

Rico Bandle trifft den Jahrhundert-Schriftsteller Rolf Hochhuth

Nummer 21 – 21. Mai 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Die mafiösen Methoden der Gewerkschaften

Wie Unia-Boss Roman Burger einen schmutzigen Krieg um Einfluss, Macht und Millionenaufträge führt. *Von Alex Baur*

Glückspillen für die Frau

Der wundersame Erfolg der Schriftstellerin Milena Moser. *Von Sarah Pines*

Afrika in der Südschweiz

«Wer reinkommen will, kommt rein»: Bei den Tessiner Grenzschützern.
Von Wolfgang Koydl



DER NEUE CR-V, NEUE PERSPEKTIVEN Ab CHF 28 300.–

4x4

9-GANG-AUTOMATIKGETRIEBE

DIESEL 1.6 160 PS

Honda
CONNECT



CR-V 2.0 i-VTEC 4WD S, 5 Türen, 114 kW/155 PS, 1997 cm³; Katalogpreis CHF 28 300.– (Foto: CR-V 1.6 i-DTEC 4WD Executive Automat, 5 Türen, 118 kW/160 PS, 1597 cm³, Katalogpreis: CHF 47 000.–). Gesamtverbrauch kombiniert (80/1268/EWG): 4,4-7,7 l/100 km. CO₂-Emissionen gemischter Zyklus: 115-179 g/km (Durchschnitt aller Neuwagen: 144 g/km). Energieeffizienzklasse: A-F.

HONDA
The Power of Dreams

Intern

«Wenn Roman Burger will, steht alles still» – nach diesem Motto hat der Unia-Boss im letzten Frühling in kurzer Zeit über ein Dutzend Mal Grossbaustellen im Raum Basel und in Zürich zwangsbestreiken lassen. Die von der Gewerkschaft mit beträchtlichem Medienecho inszenierten Blockaden waren ausschliesslich gegen den in der Baubranche angesehenen österreichischen Unternehmer Kurt Goger gerichtet – und wurden aktiv unterstützt von Gipsermeistern, die in direkter Konkurrenz zu Goger stehen. Diese Konstellation machte Redaktor Alex Baur misstrauisch: Geht es wirklich um einen Protest gegen «Lohndumping» – oder soll



Schmutziger Krieg: Unia-Boss Roman Burger.

hier ein erfolgreicher Konkurrent eliminiert werden? Die Recherchen brachten einen schmutzigen Krieg um Macht und Millionenaufträge zutage, der die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Goger ist kein Einzelfall. Doch erstmals wehrt sich ein Unternehmer mit einer Strafanzeige gegen den sanften Terror der Unia-Rotjacken. **Seite 18**

Für eine Reportage über den Grenzschutz empfiehlt sich ein Gespräch mit leibhaftigen Grenzschützern. Der übliche Weg führt über die Medienstelle der Eidgenössischen Zollverwaltung. Sie zeigt sich grundsätzlich aufgeschlossen, erwähnt ein paar Koordinierungsprobleme, bittet um Geduld und hüllt sich dann in Schweigen. Doch Zeit hat der Reporter nicht, und so fährt er nach Chiasso. Am Grenzübergang spricht er zwei Beamte an. Sie sind entspannt, denn im Moment will niemand in die Schweiz hinein. Doch die beiden dürfen nicht

reden, wollen sich aber erkundigen und rufen die Medienstelle an. Die reagiert empört und spricht ominös von einer Behinderung der Zollarbeit. Immerhin: Als «Privatperson» dürfe der Journalist einen Grenzübergang beobachten – schweigend, aus der Distanz. Zwei Tage nach dem Vorfall dann das Mail aus Bern: Aus einem Termin werde leider nichts. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt. *Weltwoche*-Redaktor Wolfgang Koydl ist dann doch ein Bericht über die Lage an der Grenze gelungen. Sein Fazit: Für Asylanten steht sie sperrangelweit offen. **Seite 40**

Mehrere tausend Menschen gingen 1963 in Basel auf die Strasse, als das dortige Stadttheater Rolf Hochhuths Papst-kritisches Stück «Der Stellvertreter» auf die Bühne brachte. Die Proteste hielten mehrere Tage an, das Stück konnte nur unter massivem Polizeischutz gespielt werden. «Der Stellvertreter» wurde zu einem Welt-erfolg, der Dramatiker wohlhabend, er erwarb vier Häuser in Basel und blieb 41 Jahre lang in der Schweiz. Mittlerweile wohnt Hochhuth in Berlin – und gehört mit 84 Jahren noch immer zu den am meisten angefeindeten Intellektuellen im deutschsprachigen Raum. Kulturredaktor Rico Bandle hat den umtriebigen Autor in seiner Wohnung nahe des Brandenburger Tors besucht. **Seite 52**

Darf man einer Frau ungefragt eine Schönheitsoperation schenken? Oder sagt man ihr damit, dass etwas nicht stimmt? Lassen sich Frauen verschönern, um den Männern zu gefallen? Oder sich selbst? Oder geht es darum, Rivalinnen auszustechen? Warum legen sich Männer unters Messer? Cédric George, medizinischer Leiter der Zürcher Klinik Pyramide am See, gibt im Gespräch mit Philipp Gut Einblick in die Geheimnisse der plastischen Chirurgie. **Seite 46**

Ihre Weltwoche

Intelligent anlegen.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Sandra Noser, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





In der Hauptrolle: John Travolta, Filmlegende, Pilot und Aeronautik-Freak. Im Rampenlicht: die mythische North American X-15, ehemalige Geschwindigkeits- und Flughöhenrekordhalterin sowie Wegbereiterin für Weltraumflüge. Produktionsleiter: Breitling, der privilegierte Partner der Aeronautik dank seiner zuverlässigen, präzisen und bahnbrechenden Instrumente – wie der Chronomat, des Pilotenchronografen par excellence. Willkommen in der Welt der Legende, der Spitzenleistung und der Performance.



GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

WELCOME TO MY WORLD



CHRONOMAT 44



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



*Meister
Werk*

Villa Antinori Riserva 2012

*Chianti classico docg, Riserva
Antinori – Toscana*

Eleganz und samtige Reife.
Erfordern Hingabe und Geduld.
Im Rebberg wie im Weinkeller.
Der Villa Antinori Riserva zeugt davon.

Aceti Bindella

CHF **17.60** netto
statt 22.00, 75 cl

Jetzt bestellen auf bindella.ch
Gültig bis 14.6.2015

*Perfekt zu Cappellacci di ricotta.
Täglich frisch in unserer
Cantinetta Antinori, Zürich.*

Bindella
la vita è bella



Wahnsinn regiert

Wer gegen US-Recht verstösst, wird bestraft. Wer sich an US-Recht hält, wird auch bestraft. Die UBS auf der Geisterbahn.
 Von Roger Köppel

Das internationale Finanzwesen verkommt zu einer Geisterbahn juristischer Verirrungen. Den Ton geben die Amerikaner an. Es herrscht Willkür. Die Unschuldsvermutung ist ausser Kraft gesetzt. Wer ins Visier gerät, bekennt sich schuldig und zahlt. Das Risiko einer Anklage kann sich niemand leisten. Wird eine Bank oder eine andere Firma vor den Richter gezerrt, droht der Untergang, auch wenn sie dereinst freigesprochen wird. In den USA ist es besser, sich auf Vorrat schuldig zu bekennen, als durch eine Anklage umgebracht zu werden. Die verpolitisierte Obama-Justiz ist zur erfolgreichsten Geldeintreibungsmaschine der Gegenwart geworden.

Die UBS steckt seit Jahren in der amerikanischen Knochenmühle. Das ist selbstverschuldet, aber nicht nur. Wohl haben ein paar UBS-Mitarbeiter in den USA gesündigt, aber die schwere Artillerie der US-Justiz feuerte ins Leere. Der stellvertretend für die Grossbank angeklagte ehemalige Topmanager Raoul Weil wurde spektakulär von einem US-Gericht in einer knappen Stunde freigesprochen – nach einer über sechsjährigen Tortur. Diese Kolossalschlappe der USA wurde hierzulande eher verschämt vermeldet, weil es eben auch bei uns zahllose Scharfrichter gibt, die möglichst viele «Bankster» hängen sehen wollen.

Der Fall Weil hat gezeigt: Wenn sich der Pulverdampf der amerikanischen Drohungen verzieht, bleibt erschreckend wenig übrig. Man muss daher mehr als skeptisch sein, wenn das aufs Einschüchtern und Geldsammeln spezialisierte Department of Justice (DoJ) nach einem Schweizer Unternehmen greift.

Das jüngste Drama, eigentlich eine Groteske, betrifft erneut die UBS. Es ist ein Fall, der in seiner Absurdität schon fast ein Bühnenprogramm hergibt. Diesmal wird die UBS bestraft, nicht weil sie angeblich gegen amerikanisches Recht versties, sondern weil sie sich streng an die Vorgaben der Amerikaner hielt.

Es geht um mutmasslich schummrige Manöver im Libor- und Devisenbereich. Libor: Das ist der Leitzins, zu dem sich Banken untereinander Geld ausleihen. Er wurde früher auf Nachfrage bei den Banken ermittelt. Die Aufseher riefen die Banken an und fragten, zu welchen Zinsen sie sich Kredite gäben. Während der Finanzkrise kam es anscheinend zu Unregelmässigkeiten in diesem naturgemäss störungs-



«Giacobbo/Müller, übernehmen Sie.»

anfälligen Verfahren. Einige Banken, darunter die UBS, sprachen sich ab. Ob und wer dadurch überhaupt geschädigt wurde, blieb unklar. Dass die Behörden, vor allem die Notenbanken, kräftig mit manipuliert hatten, ging unter. Die Richter von heute sind die Mittäter von damals.

Die UBS zeigte sich vor drei Jahren bei den Amerikanern wegen Libor-Manipulation an. Sie schloss mit den Justizbehörden ein sogenanntes Non-Prosecution Agreement (NPA). Darin bekannte sie sich gewisser Vergehen für schuldig. Sie zahlte eine stattliche Busse und entging so einer Anklage. Vor allem gelobte sie auf Geheiss der Amerikaner lückenlose Zusammenarbeit.



Das droht ihr jetzt zum Verhängnis werden.

Ein bekannter Schweizer Exportunternehmer wurde in den USA einmal von zwei Behörden gleichzeitig angeklagt: Die Zollbehörden klagten ihn an, weil er auf seinen Produkten angeblich zu hohe Preise berechne. Die Steuerbehörden des gleichen Staates klagten ihn an, weil er auf den gleichen Produkten angeblich zu tiefe Preise berechne. Der von allen Seiten in die Mangel Genommene bekannte sich schliesslich beider Vergehen für schuldig und zahlte beiden US-Behörden eine Busse.

Ähnliches erlebt jetzt die UBS. Übervorsichtig und vertragstreu zeigte sie sich nach dem Libor-Fall erneut bei den Amerikanern an. Diesmal ging es um angeblich fragwürdige Devisengeschäfte, die in dummdreisten Aufschneider-E-Mails einiger Bankmitarbeiter zum Ausdruck gekommen sein sollen. Wir verwenden bewusst den Konjunktiv, weil sich nicht nur die Finanzmarktaufsicht Finma ausserstande zeigte, der UBS trotz öffentlicher Vorverurteilung eine tatsächliche Schadensverursachung nachzuweisen.

Sogar die gestrengen amerikanischen Justizbehörden entlasten jetzt nach Prüfung des Devisenfalls die UBS, und zwar gleich doppelt. Die Kartellabteilung des DoJ gewährte der UBS wegen der Selbstanzeige volle Immunität. Auch die Kriminalabteilung konnte nichts Nennenswertes entdecken. Die Folge sind null Dollar Busse im Devisenfall.

Nun aber kommts: Das DoJ entlastet die UBS und bestraft sie dennoch. Es wird einfach ein neues Vergehen aus dem Hut gezaubert. Laut Vereinbarung musste die UBS im Devisenfall mit den US-Behörden kooperieren und sich selber anzeigen. Für diese Devisen-Selbstanzeige, die materiell nichts Kriminelles herausbrachte, wird die UBS nun als «Wiederholungstäterin» zum zweitenmal wegen Libor-Manipulation bestraft. Die Amerikaner erklären die UBS zur «kriminellen Bank», weil sich die UBS nach den amerikanischen Wünschen und Verfügungen im NPA-Vertrag gerichtet hat.

Im Durcheinandertal der US-Justiz sind alle gleich, nur die Amerikaner sind eben etwas gleicher. Die Citigroup wurde in Japan wegen Libor-Betrugs härter verurteilt als die UBS. Gegen J.P. Morgan läuft wegen Libor-Schummelei in der EU ein Verfahren. Trotzdem werden die US-Banken von den US-Behörden im Libor-Fall geschont. Dafür schiessen sie um so heftiger auf die UBS, auf die Deutsche Bank, auf Barclays oder auf die Royal Bank of Scotland.

Die Macht setzt das Recht. Und der Wahnsinn regiert. Indem sich die UBS vertragskonform verhielt, verletzte sie für die Amerikaner den Vertrag. Wer gegen US-Recht verstösst, wird bestraft. Wer sich an US-Recht hält, wird auch bestraft. Giacobbo/Müller, übernehmen Sie.

Vous trouverez sur notre site www.weltwoche.ch la traduction française de l'Editorial.



König des Selfies: Rembrandt. Seite 58



«Lampedusa der Schweiz»: Chiasso. Seite 40



Wachsender Speckgürtel: Peter Gomm. Seite 34



Duft von Frauentinte: Milena Moser. Seite 36

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 13 SRG Raffinierter Rundfunk
- 13 Im Auge Patrick Drahi, Unternehmer
- 14 Vermögen Wir Millionäre
- 14 Bildung Anmassung macht Schule
- 15 Justiz Irreführung der Öffentlichkeit
- 15 Arbeitsmarkt Tückisch
- 16 Personenkontrolle Riklin, Mörgeli, Osama M., Buser etc.
- 17 Nachruf 1 Mosche Levinger (1935–2015)
- 17 Nachruf 2 B. B. King (1925–2015)
- 18 **Die mafiosen Methoden der Gewerkschaften**
Schmutziger Machtkampf von Unia-Boss Roman Burger
- 21 Klassenkampf Der Berufsaktivist
- 23 Essay Klaus J. Stöhlker über Politiker und Lobbyisten
- 24 Die Deutschen Warm anziehen
- 24 Wirtschaft Gefährliche Verlockungen
- 25 Ausland Mehr Atomwaffen statt weniger
- 26 Mörgeli Geschlechtsneutrale Vermehrung
- 26 Bodenmann Grassierendes Wahlieber 2015
- 27 Medien Sprung in den Seitenwagen
- 27 Gesellschaft Der Deutsche
- 28 Darf man das? / Leserbrief

Hintergrund

- 30 **Lobbyisten im Staatsdienst**
Statt fürs Volk kämpfen Bundesbeamte in eigener Mission
- 33 Lobbying Die Tentakel der Verwaltung
- 34 **Das Reich des Peter Gomm**
Der höchste Sozialpolitiker im Land taugt nicht zum Vorbild
- 36 **Milena Mosers Wege zum Glück**
Die Schweizer Schriftstellerin zieht seit über zwanzig Jahren die Frauen in den Bann. Was macht ihren Erfolg aus?
- 39 Gegenrede Agrar-Propaganda des Weltwoche-Chefredaktors
- 40 **Die Schweiz ist offen wie ein Scheunentor**
Grenzschützer als Concierges im «Hotel Schweiz»
- 43 **Drohgebärden**
Die EU schwadroniert von Militäreinsätzen gegen Schlepper
- 44 **Afrika in Amden**
Ein St. Galler Bergdorf wehrt sich gegen ein Asylzentrum
- 46 **«Ich bin so glücklich, Herr Doktor»**
Schönheitschirurg Cédric George über die befreiende Wirkung von Brustoperationen



Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

Mehr Freiraum fürs Leben.



Swiss Eco Edition

cee'd Sportswagon

inkl. **€uro-Paket** von CHF

6'100.-*

Mehrausstattung

gegenüber Modell Trend

Mehrausstattung Swiss Eco Edition:
Navigationssystem mit Rückfahrkamera, Parksensoren (hinten), 2-Zonen-Klimaatomatik, Akzente in Klavierlackoptik (innen), Sitzbezüge Stoff (Color Pack 1), aut. abblendender Innen Spiegel, Licht- und Regensensor, 4 Leichtmetall-Winterräder 16", Bodenteppiche, Sonnen-/Eisschutz für Windschutzscheibe (Abdeckung), Safety Bag, Schlauchi, Swiss Eco Edition Badge.

HYS Zürich

Kia cee'd + cee'd Sportswagon



The Power to Surprise

Der cee'd Sportswagon ist ein multifunktionseller Grossraum-Kombi der Extraklasse. Ideal für die Familie, Ferienreisen, Business und Freizeit. Wie auch der fünftürige cee'd hat er Charisma, verkörpert Dynamik und modernstes Design. Beide brillieren mit Hightech vom Feinsten und verblüffen mit sportlichem Charme und einer Top-Ausstattung par excellence!

cee'd Sportswagon 1.6 L GDi 135 PS ab CHF 26'777.- (inkl. Mehrausstattung von CHF 6'100.-)

cee'd 1.6 L GDi 135 PS ab CHF 25'777.- (inkl. Mehrausstattung von CHF 6'100.-)

Abgebildete Modelle: Kia cee'd (cee'd_sw) 1.6 L GDi man. Swiss Eco Edition CHF 25'777.- (CHF 26'777.-), 5,2 (5,9) l/100 km, 119 (131) g CO₂/km, Energieeffizienzklasse C (D).
cee'd (cee'd_sw) 1.4 L CRDi man. Swiss Eco Edition CHF 26'777.- (CHF 27'777.-), 4,0 (4,2) l/100 km, 105 (109) g CO₂/km, Energieeffizienzklasse A (A).
cee'd (cee'd_sw) 1.6 L CRDi man. Swiss Eco Edition CHF 27'777.- (CHF 28'777.-), 3,7 (4,2) l/100 km, 97 (110) g CO₂/km, Energieeffizienzklasse A (A), Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 144 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). * Die Aktion ist gültig auf gekennzeichnete Fahrzeuge bis 30.6.2015 oder solange Vorrat.



Rechnungsbeispiel 3,9%-Leasing: cee'd (cee'd_sw) 1.6 L GDi Swiss Eco Edition, Listenpreis CHF 25'777.- (CHF 26'777.-), Leasingrate CHF 298.90 (CHF 310.50), Leasingzins 3,9%, eff. Leasingzins 3,97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.



PICANTO



NEW RIO



SOUL



SOUL EV



NEW VENGA



PRO_CEE'D GT



CEE'D GT



CARENS



OPTIMA HYBRID



SPORTAGE



NEW SORENTO

Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99



«Ich habe auch Glück gehabt»: Autor Hochhuth. Seite 52

Interview

52 «Macht macht böse»

Der Dramatiker Rolf Hochhuth hat mit seinem «Stellvertreter» 1963 den Vatikan erschüttert. Zu Besuch bei einem Monument der Zeitgeschichte

Stil & Kultur

50 Stil & Kultur Krokus im «Whisky a Go Go», Los Angeles

52 Bestseller

57 Jazz Lia Pale

58 Die Royals des Selfies

Kim Kardashian erobert die Bücherwelt. Und in Amsterdam ist der König des Selbstporträts zu neuem Leben erweckt: Rembrandt

60 Top 10

60 Kino «Mad Max»

62 Namen Rotierende Spanferkel

63 Hochzeit Katrin und Gavin Bentley-Widmer (Teil 1)

63 Thiel Mehr Steuern

64 Wein Isola dei Nuraghi IGT Buiò Buiò 2011

64 Zu Tisch Elena Arzak, Starköchin

65 Auto Smart Fortwo Passion

66 MvH trifft Michel Péclard, Gastronomie-Unternehmer

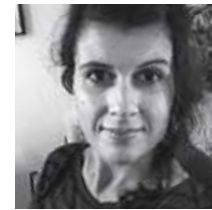
Autoren in dieser Ausgabe

Klaus J. Stöhlker



Der Pionier der Politik-Berater in der Schweiz gründete 1982 in Zollikon ZH sein eigenes PR-Unternehmen. In dieser Ausgabe schreibt er, warum der amerikanische Ex-Präsident Bill Clinton so viel verdient und warum sich Schweizer Parlamentarier gerne mit Lobbyisten treffen. Seite 23

Sarah Pines



Die Journalistin hat Literatur und Philosophie in Stanford und Düsseldorf studiert. Zurzeit bereichert sie die Redaktion der *Weltwoche* als freie Mitarbeiterin. In ihrem Porträt geht sie dem Erfolgsrezept der Schweizer Schriftstellerin Milena Moser auf den Grund. Seite 36

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store | ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCH

Sommer- und Herbstreisen auf der Donau mit Luxus-Suitenschiff MS Thurgau Ultra ☀️☀️☀️☀️☀️+

Taufe und Jungfernfahrt
gelungen, erste Gäste
begeistert zurück!



Restaurant

Es het solangs het
Rabatt*
bis Fr. 2500.-
* Abhängig von Auslastung,
Saison, Wechselkurs

1 Passau–Donaudelta–Passau

15 Tage ab Fr. 1790.-

(Rabatt Fr. 2500.- abgezogen, Hauptdeck)

Abreisedaten 2015 Es het solangs het Rabatt

20.06.*	18.07.*	18.09.+ 1000
26.06.+ 1000	01.08.*	16.10. 1500
04.07.*	07.08.+ 1000	30.10.+ 2500
17.07.+ 1000	28.08.+ 1000	

+ nur noch wenige Kabinen verfügbar

* Gleiche Reise mit MS Antonio Bellucci*****

1. Tag Schweiz–Passau Busfahrt von Zürich/St.Margrethen nach Passau. 17.30 Uhr «Leinen los!» **2. Tag Wien** Stadtrundfahrt* inkl. Stephansdom und Hofburg. **3. Tag Ordas/Südungarn** Puszta-Rundfahrt.* **4. Tag Belgrad** Rundfahrt* mit Besuch Festung Kalemegdan und Nationalmuseum. **5. Tag Eisernes Tor** Flussfahrttag. **6. Tag Bukarest** Stadtrundfahrt.* **7. Tag Tulcea/Donaudelta** Rundfahrt* mit Katamaran. Ausflug+ Schwarzes Meer mit Stadtrundgang Constanta. **8. Tag Rousse** Stadtrundfahrt/-gang* **9. Tag Eisernes Tor** Flussfahrttag **10. Tag Novi Sad** Rundgang/-fahrt* **11. Tag Mohács** Ausflug* nach Pécs. **12. Tag Budapest** Stadtrundfahrt* mit Burgviertel, Matthiaskirche und Fischer Bastei. **13. Tag Bratislava.** Stadtrundfahrt/-gang.* **14. Tag Wachau** Kloster Melk* mit Weindegustation. **15. Tag Passau–Schweiz** Ausschiffung. Busrückfahrt nach St.Margrethen/Zürich.

Deluxe Suite (22m²)



2 Passau–Pusztá–Budapest–Passau

8 Tage ab Fr. 990.-

(Rabatt Fr. 1200.- abgezogen, Hauptdeck)

Abreisedaten 2015 Es het solangs het Rabatt

13.06.*	15.08.*	11.09.+ 500	21.11.° 1200
10.07. 500	21.08.+ 500	09.10. 500	
31.07.+ 500	22.08.*	14.11.* 1200	

+ nur noch wenige Kabinen verfügbar

* Reise mit New Harlem Ramblers | ° Reise mit Dani Felber & Band

* Gleiche Reise mit MS Antonio Bellucci*****

1. Tag Schweiz–Passau Busfahrt von Zürich/St.Margrethen nach Passau. 18.00 Uhr «Leinen los!» **2. Tag Wien** Stadtrundfahrt* inkl. Stephansdom und Hofburg. **3. Tag Ordas/Südungarn** Puszta-Rundfahrt* mit ungarischer Reiterkunst. **4. Tag Budapest** Stadtrundfahrt*, Ausflug «Budapest bei Nacht» (fak.) **5. Tag Budapest–Donauknie** Freier Vormittag. Busausflug* zum «Donauknie» in Esztergom. **6. Tag Bratislava–Wien** Rundfahrt/-gang* in Bratislava. In Wien am Abend Transfer zum Prater und Heurigen (fak.) **7. Tag Weissenkirchen/Wachau** Benediktinerkloster Melk* mit Weindegustation. **8. Tag Passau–Schweiz** Ausschiffung. Busrückfahrt nach St.Margrethen/Zürich.

* im Ausflugspaket enthalten, vorab buchbar

+ nicht im Ausflugspaket enthalten | fak. Ausflüge nur an Bord buchbar | Programmänderungen vorbehalten

MS Thurgau Ultra***** In Budapest



- 42 m² Platz für jeden Gast
- Flüsterschiff dank Twin cruiser
- Thurgau Travel Superpreis – jetzt profitieren

MS Thurgau Ultra*****

Luxusschiff mit 53 Suiten und 7 Einzelkabinen für 113 Gäste. Suiten mit DU/WC, Föhn, TV, Radio, Minibar, Safe, Telefon und individuell regulierbarer Klimaanlage. Mitteldeck und Oberdeck mit franz. Balkon. Mini Suiten (14 m²) und Einzelkabinen (12 m²) auf Hauptdeck mit kleineren, nicht zu öffnenden Fenstern. Die Junior Suiten sind 18m² gross. Deluxe Suiten (22 m²) mit Sitzgruppe. Queen Suiten (30 m²) mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich und Balkon. Bürgerliche und internationale Küche im Panorama-Restaurant. Panorama-Salon mit Theatron, Wiener Kaffee, Shop, Wellness/Fitness, Sonnendeck. Gratis WLAN. Lift Mitteldeck bis Oberdeck. **Nichtrauchererschiff** (ausser Smoker's Lounge).

Preise p. P. in Fr. (vor Rabattabzug)

	1	2
Einzelkabine Hauptdeck	4290	2190
Mini Suite Hauptdeck	4290	2190
Junior Suite Mitteldeck mit franz. Balkon	4690	2390
Junior Suite Oberdeck mit franz. Balkon	5090	2590
Deluxe Suite Mitteldeck mit franz. Balkon	5490	2790
Deluxe Suite Oberdeck mit franz. Balkon	5890	2990
Queen Suite Oberdeck mit Balkon	6890	3490
Zuschlag Junior Suite zur Alleinbenutzung	1890	990
Ausflugspaket (11/6 Ausflüge)	390	230
Ausflug Schwarzes Meer/Constanta	55	-

Inkl. Kreuzfahrt, Vollpension, Bustransfer, Schleusen- und Hafengebühren. Weitere Details unter www.thurgautravel.ch

Weihnachtszauber und Kultur auf der Donau

NEU Passau–Wien–Budapest–Bratislava–Passau

8 Tage ab Fr. 990.- Rabatt Fr. 1200.- abgezogen, HD

Abreisedaten 2015 Es het solangs het Rabatt

28.11.* 1200	12.12.+ 1200	26.12.* 1000
05.12.+ 1200	19.12.*° 1200	

* Jass-Turnier mit Hans Ricklin (Fr. 100.-, vorab buchbar)

* geändertes Programm | ° kein Zuschlag zur Alleinbenutzung

+ Reise mit Alexandra Lexer | Inkl. Kreuzfahrt mit Vollpension, Bustransfer. Details siehe Internet oder Flyer verlangen.

Online navigieren
www.thurgautravel.ch

Sofort buchen oder Prospekt verlangen
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch



Geheimnisvolles Appenzellerland: **Sönd willkommen!**

Lernen Sie die Schweiz da kennen, wo sie am traditionsreichsten ist. Mit dem Weltwoche-Leserangebot reisen Sie vier Tage kreuz und quer durchs unvergleichliche Appenzellerland.

Wenn Sie denken, Sie kennen die Schweiz wie Ihre Hosentaschen, täuschen Sie sich. Mit seinen Bräuchen, uralten Traditionen und kulinarischen Rezepturen bietet das Appenzellerland immer wieder Überraschungen, die selbst eingefleischte Eidgenossen verblüffen.

Auf unserer Reise haben Sie Gelegenheit, das eine oder andere Geheimnis dieser male- rischen Landschaft zu lüften.

Reiseprogramm:

1. Tag: Im Heilkräuter-Schaugarten und im Museum von A. Vogel kommen Sie der Appenzeller Naturheiltradition auf die Spur und tanken bei traumhafter Aussicht neue Energie.

2. Tag: Auf der Alp Nasen schauen Sie dem Senn beim Käsen zu. Anschliessend wird die

zeitige Wanderung mit einem urchigen Äpplerfrühstück belohnt. Gestärkt geht es nach Urnäsch. Im Appenzeller Brauchtums- museum werden die heimischen Traditionen packend erklärt.

3. Tag: Senn Chläus, ein typischer Appenzeller, heisst Sie via iPad in der Schaukäserei willkommen. Er verrät, wie der Käse entsteht, und führt anschliessend charmant durch das Appenzeller Volkskunde-Museum, das sich gleich nebenan befindet.

4. Tag: Unterwegs mit zwei Bergbahnen, dem Postauto und dem Schiff, erleben Sie den Bodensee aus verschiedenen Perspektiven und amüsieren sich über den «listig-träfen» Appenzeller Witz. Krönender Abschluss ist der Abstecher ins Kinderdorf Pestalozzi in den Hügeln oberhalb von Trogen.

Platin-Club-Spezialangebot

Geheimnisvolles Appenzellerland –
viertägige Entdeckungsreise
Leserangebot von Juni bis August 2015

Leistungen:

- 3 Übernachtungen inkl. Frühstücksbuffet im Hotel «Zur Linde», Teufen
- Besichtigung Gesundheitszentrum Alfred Vogel inkl. Geschenk
- Besuch beim Alpsenn und Frühstück auf Alp Nasen
- Eintritt Appenzeller Brauchtumsmuseum inkl. Präsent
- Mittagessen in der Schaukäserei Stein
- iPad-Führung durch Schaukäserei und Volkskunde-Museum Stein
- «Witzige Erlebnisrundfahrt» mit 2 Bergbahnen, Postauto und Schiff
- Eintritt Kinderdorf Pestalozzi in Trogen

Preis:

Pauschal Fr. 324.– pro Person (statt Fr. 431.–)

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Arrangement telefonisch über 071 898 33 00 oder per Mail: info@appenzellerland.ch. Bitte Stichwort «Platinclub» angeben.

Veranstalter:

Appenzellerland Tourismus AR
Bahnhofstrasse 2, 9410 Heiden
www.appenzellerland.ch
Telefon 071 898 33 00
info@appenzellerland.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Raffinierter Rundfunk

Von Beat Gygi — Mit der Umwandlung der Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen in eine allgemeine Abgabe will sich die SRG eine sturmsichere Einnahmequelle schaffen.



Jagd auf ein fest zuteilbares Publikum.

In der Schweiz steht eine Änderung der Finanzierung von Radio- und Fernsehen zur Debatte, die auf den ersten Blick nicht weltbewegend und eher technisch wirkt, im Grunde aber tief geht. Am 14. Juni entscheiden die Stimmbürger, ob die bisherigen Empfangsgebühren für Radio- und Fernsehen durch eine neue Abgabe ersetzt werden sollen. Heute müssen alle Haushalte und Unternehmen, die ein betriebsbereites Empfangsgerät haben, eine Empfangsgebühr zahlen; diese dient hauptsächlich zur Finanzierung der SRG. Da immer mehr andere Geräte wie Computer und Handys ebenfalls den Empfang ermöglichen, wollen Bundesrat und Parlament die Gebühren ablösen durch eine allgemeine Abgabe, die pro Haushalt und pro Firma erhoben wird.

Die Befürworter konzentrieren sich bei ihrer Propaganda praktisch vollständig auf die Einnahmenseite, auf die Zahlungspflichtigen. Bundesrat, Verwaltung und SRG erwecken den Eindruck, als dächten sie vor allem daran, wie sie die Zahlungspflichtigen besser und fairer behandeln könnten. Aufgezählt werden über ein halbes Dutzend erwartete Entlastungen, etwa für Leute in Alters- und in Studentenheimen. Und allgemein nehme die Belastung pro Haushalt leicht ab, weil das neue System mehr Zahler erfasse als das bisherige und Trittbrettfahren kaum mehr zulasse.

Die Gruppe der Zahlungspflichtigen zu vergrössern und damit die Belastung für die einzelnen etwas zu mildern, ist ein raffiniertes Vorgehen. Dies verringert die Spürbarkeit der Zahlungen und damit die Wahrscheinlichkeit, dass sich im Publikum Widerstand regt. Diesen Zusammenhang kennt man auch von den Steuern her: Wenn mehr Geschäfte oder Haushalte einer Steuer unterworfen werden, trifft dies viele Steuerzahler persönlich weniger hart und dämpft ihre Neigung zum Aufbegehren.

Unter diesem Weichzeichner sieht das Bild aber anders aus. Blickt man auf die Umwälzungen im Radio- und Fernsehwesen, kommt man zum Schluss, dass Regierung, Verwaltung und hoheitliche Sendeunternehmen vor allem an sich denken, wenn sie den Mechanismus für das Geldeinziehen ändern. Im Zentrum steht weniger die Rücksicht auf Gebührenzahler als viel mehr die langfristige Sicherung der eigenen Position. Das erklärt auch den fieberhaften Einsatz von SRG-Chef Roger de Weck für diese Vorlage. Die vorgeschlagene Ablösung der geräteabhängigen Empfangsgebühren durch eine allgemeine Abgabe ist vielleicht eine der letzten Gelegenheiten, dem hoheitlichen Rundfunksektor eine quasi sturmfeste automatisierte Einnahmequelle zu sichern, bevor dessen Geschäftsgrundlage brüchig wird und sich mehr oder weniger aufzulösen beginnt.

Zurzeit stützt sich die Finanzierung von Radio und Fernsehen darauf, dass es zentrale Sender und relativ fest damit verbundene Empfänger von Informationen und Unterhaltung gibt und dass die Empfänger den Sendern via Gebühren die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Was passiert aber, wenn es keine zentralen Sender mit einer daran angeschlossenen Gruppe von Empfängern mehr gibt? Im Internet sind bereits Millionen von Sendern und Empfängern aktiv, die in keiner klaren Ordnung zueinander stehen, die wild durcheinander in Kontakt miteinander treten und sich meistens spontan untereinander austauschen.

Informationsplattformen, Filmabonnements- und Streaming-Dienste schwächen die Stellung angestammter Sendeunternehmen zunehmend. Es ist nicht klar, wie lange hoheitliche Radio- und Fernsehsender diesen stürmischen Entwicklungen widerstehen und ein fest zuteilbares Publikum bei sich halten können. Aus ihrer Sicht ist es deshalb besser, die Finanzierung früh genug an Haushalte und Firmen zu binden statt an «Empfänger», die irgendwann irgendwohin entschwinden können.

Der Medienriese aus Z.



Patrick Drahi, Unternehmer.

Mais non, nicht der SRG-Monster-Dompteur de Weck oder der Tamedia-Clan in Zürich und nicht Ringier Zofingen ist gemeint, sondern Patrick Drahi, aus Zermatt, der grösste Medienunternehmer des Landes. Nur kennt niemand den Geheimnisvollen, es gibt keine Homestories, keine privaten Interviews, nur Gerüchte, falls er denn überhaupt seine Fussabdrücke im Schnee am Fusse des Matterhorns hinterlassen sollte. Seine Holding Altice hat hier ihren Papiersitz. Das Magazin *Forbes* schätzt sein Vermögen auf achtzehn Milliarden Dollar. Eher anzutreffen ist der leibhaftige Patrick Drahi, 52, in der Villa im Genfer Vorort Coligny bei seiner Frau Lina-Nazirah und den vier Kindern. Gemeldet ist er aber nicht.

Der genervte französische Minister Arnaud Montebourg versuchte ihn über Radio Europe 1 zu lokalisieren: «Die Holding liegt in Luxemburg, ist an der Börse Amsterdam kotiert, seine Anteile parkiert er im Steuerparadies Guernsey, er selber residiert in der Schweiz. Es wird Zeit, dass er seine Besitztümer nach Frankreich repatriert. Wir müssen ihm Fragen stellen.» Doch Monsieur Drahis Anwalt erklärt, den französischen Pass habe sein Mandant löschen lassen, er sei ausschliesslich Staatsbürger Israels. Geboren wurde Drahi 1963 in Casablanca, beide Eltern waren Mathematiker. Als er fünfzehn war, zog die Familie nach Montpellier. Sein Studium an der Télécom-Hochschule in Paris finanzierte er, indem er über Mittag Versicherungspolice verkaufte. Vor zwanzig Jahren begann er – visionär – Kabel- und Telefonfirmen aufzukaufen. Im April 2014 schnappt sich Drahi gegen alle staatlichen Widerstände die Mobilfunktochter des Marktriesen Vivendi. Er expandiert in die Benelux-Staaten, nach Portugal und Afrika, in Israel baut er einen Konkurrenzsender zu Al-Dschasira auf. Überraschenderweise verbirgt er eine altmodische Seele, schwarz wie Drucker-schwärze: Drahi erwarb das Wochenmagazin *L'Express*, Kulturhefte wie *Lire* und *Pianiste*, und er rettete die linke, von Sartre gegründete Tageszeitung *Libération*, zum Durchblättern, wenn er sich vielleicht gerade unsichtbar ausruht in Zermatt.

Peter Hartmann

Wir Millionäre

Von Markus Schär — Ist der Reichtum in der Schweiz so ungleich verteilt wie nirgends?

Wer hat, dem wird gegeben. In Zukunft lassen sich Vermögen nicht mehr wie seit der Industrialisierung mit Einfällen und Einsatz machen, sondern nur noch mit Erben; deshalb ballt sich der Reichtum immer mehr zusammen. Was der gefeierte Franzose Thomas Piketty behauptet, verbreitet der bescheidene Schweizer Hans Kissling schon lange. Der ehemalige Chefstatistiker des Kantons Zürich gab 2008 das Buch «Reichtum ohne Leistung» heraus und kämpft für die Erbschaftssteuer-Initiative, über die wir am 14. Juni abstimmen. Wenn der Staat den Erben nichts wegnehme, dann breche in der Schweiz – wo angeblich das Prozent der Reichsten 58 Prozent der Vermögen besitzt – ein neuer Feudalismus an.

Gegen Thomas Piketty hagelt es Kritik, bis hin zur Feststellung eines Studenten, er habe sich schlicht verrechnet. Den wohl wichtigsten Einwand brachte der amerikanische Ökonom David N. Weil vor: Mit seiner Vorstellung vom Kapital sei Piketty nicht auf der Höhe unserer Zeit. Bis ins 19. Jahrhundert bestanden Vermögen vor allem aus Land, im 20. Jahrhundert aus Unternehmen. Im 21. Jahrhundert aber kommt es für die meisten Menschen auf andere Formen von Kapital an: einerseits auf Wissen und Können, mit dem sich Einkommen erzielen lässt, andererseits auf Anwartschaften, also das Recht, zukünftig Renten zu bekommen. Wer dies mit Bedenke rechnet, rechnet der Kritiker vor, der könne nicht mehr behaupten, die Vermögen seien immer ungleicher verteilt.

Wie steht es damit in der Schweiz? Hier gilt, wie meist bei den wichtigen Fragen: Im Statistik-Entwicklungsland gibt es die Zahlen nicht. Immerhin stellt eine kürzlich veröffentlichte Studie von Avenir Suisse zu «Kapital und Kapitalsteuern» fest: Das Reinvermögen, das angeblich so ungleich verteilt ist wie nirgends sonst in Europa, macht nur die Hälfte des Finanzvermögens aus. 44 Prozent davon bildet daneben mit insgesamt 940 Milliarden Franken die berufliche Vorsorge, die weit gleichmässiger verteilt ist. Wer vierzig Jahre in einem gutbezahlten Job arbeitet, ist bei der Pensionierung Millionär. Dazu kommen die AHV sowie Ergänzungsleistungen, wenn das Geld nicht reicht.

Wer soll da noch vorsorgen, also Vermögen bilden, wenn die sichere Rente für alle winkt? Das heisst: Die Linke, die eine Rundumversorgung fordert, sorgt selber dafür, dass nur noch wenige sparen – und dafür immer grössere Vermögen halten.

Anmassung macht Schule

Von Peter Keller — Im Zweifelsfall gegen die direkte Demokratie: Im Kanton St. Gallen wurde eine Volksinitiative für unzulässig erklärt, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule fordert.

Wieder ein Schlag gegen die direkte Demokratie. Im Kanton St. Gallen schützt das Verwaltungsgericht die Regierung. Diese hatte eine Volksinitiative für unzulässig erklärt, welche auf Primarstufe nur noch eine Fremdsprache forderte. Begründung: Die Initiative widerspreche der Bundesverfassung und dem daraus abgeleiteten Harmonisierungsauftrag (Harmos-Konkordat), der für den Unterricht auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen vorschreibe.

Die Richter räumten zwar ein, dass die Initiative politisch bedeutsame Anliegen aufgreife, nur habe die St. Galler Bevölkerung eben auch per Abstimmung dem Beitritt zum Harmos-Konkordat zugestimmt. Initiativen seien insbesondere dann ganz oder teilweise unzulässig, heisst es in der richterlichen Begründung weiter, wenn sie gegen höherrangiges Recht verstossen. Was in diesem Fall zutraf: Schliesslich wolle die Initiative die Umsetzung des übergeordneten Harmos-Konkordates verhindern.

Es gibt Vergnüglicheres, als Gerichtsentseide zu lesen. Interessant an der ganzen Debatte ist, dass die Befürworter zweier Fremdsprachen auf der Primarstufe fast kaum pädagogisch argumentieren. Ob sich der grosse Aufwand lohnt – kein Thema. Dass der strukturierte Erwerb einer Fremdsprache auf der Oberstufe mindestens so gute Resultate bringt – das wird geflissentlich übergangen. Grosse empirische Studien zeigen, dass der Grundsatz «Je früher, desto besser» beim Fremdsprachenunterricht nicht zutrifft.

Umso ausführlicher werden dafür die politischen und juristischen Dimensionen ins Feld geführt. Man beschwört den nationalen Zusammenhalt, als ob es die Schweiz vor dem Frühfranzösisch nicht gegeben hätte. Mindestens so eindringlich wird auf den Harmonisierungsauftrag verwiesen, der im Bildungsartikel der Bundesverfassung formuliert sei. Dass dort gleichzeitig die kantonale Hoheit in Bildungsfragen gewährleistet wird, blenden die Harmonisierungsturbos aus. Nochmals: In der Schule geht es um Kinder – und nicht um juristische Spitzfindigkeiten, die nur dazu dienen, pädagogisch begründete Kritik und demokratisch zustandgekommene Initiativen abzublocken.

Am Ende steht die Monokultur

Harmonisierung an sich ist gar nicht wünschenswert. Am Ende der Harmonisierung droht die Monokultur. Man kann nicht am Sonntag die «Vielfalt der Schweiz» besingen

und werktags gegen diese vorgehen, nur weil Vielfalt eben auch zu Widerspruch führt. Wenn der Kanton Uri, als Nachbar des Tessins, sich für Frühitalienisch entscheidet, würde er auch übergeordnetes Recht (Harmonisierungsauftrag der Verfassung) verletzen – aber gleichzeitig ein schönes Zeichen setzen für die mehrsprachige Schweiz.

Ganz zu Beginn, im ersten Artikel der Bundesverfassung, wird unser Staatsgebilde näher definiert: «Das Schweizervolk und die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft.» Mit anderen Worten: Der Souverän in der Schweiz ist zusammengesetzt aus den Bürgerinnen und Bürgern (Schweizervolk) und den 26 Kantonen (Ständen). Von Regierungskonferenzen, die irgendwelche Konkordate auskugeln, ist keine Rede. Hier masst man sich eine Rolle an, die den direktdemokratischen Grundsätzen der Schweizerischen Eidgenossenschaft widerspricht – dass sich die Gerichte im Zweifelsfall gegen den Souverän stellen, ist leider auch kein Einzelfall.



Es gab eine Schweiz vor dem Frühfranzösisch.

Irreführung der Öffentlichkeit

Von Alex Baur — Mit einem Strafbefehl gegen einen vermeintlich korrupten Sittenpolizisten will die Zürcher Staatsanwaltschaft ihr Gesicht im «Chilli's»-Debakel retten.

Wie die Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich letzte Woche mitteilte, hat sie einen Zürcher Stadtpolizisten wegen Bestechung, Amtsmissbrauch und Amtsgeheimnisverletzung per Strafbefehl zu neunzig Tagessätzen bedingt verurteilt. Der Funktionär der Fachgruppe Milieu- und Sexualdelikte (Sitte), so ist dem Communiqué zu entnehmen, habe geheime polizeiliche Informationen für «sexuelle Zuwendungen» preisgegeben.

Das Verdikt lässt aufhorchen. So wie eine Frau nicht ein bisschen schwanger sein kann, kann ein Polizist nicht einfach ein bisschen bestechlich sein. Ein korrupter Sittenpolizist, der Gratissex von Dirnen «verlangt», darf erst recht keine Milde erwarten. Entweder hat er es getan, dann gehört er ins Gefängnis – oder er hat es nicht getan, dann gehört er freigesprochen. Dazwischen gibt es kaum Spielraum.

Blenden wir zurück. Im Herbst 2013 hob die Staatsanwaltschaft unter medialem Getöse einen angeblichen Korruptionsring bei der Zürcher Sittenpolizei aus. Die Verfahren gegen acht der elf angeschuldigten Polizisten wurden inzwischen diskret eingestellt, zwei sind noch hängig. Wie die *Weltwoche* kürzlich in einer mehrteiligen Serie aufgezeigt hat, steckt hinter der ausufernden Strafuntersuchung, die auf Intrigen und wildes Milieugeschwätz baut, ein polizeinterne Machtkampf.

Jetzt präsentiert die Staatsanwaltschaft also doch noch ihren angeblich korrupten Polizisten. Es handelt sich um Bruno O., damals stellvertretender Chef der Sittenpolizei. Der *Weltwoche* liegt der geheime Strafbefehl gegen den Beamten vor. Und dieser zeigt: Die Oberstaatsanwaltschaft erweckt mit ihrem formell zwar korrekten, in der Sache aber irreführenden Communiqué einen falschen Eindruck. Mit dem Sexmilieu hat die Sache rein gar nichts zu tun.

«Küsse dein Ärschlein»

Eine Auswertung Hunderter von SMS und Telefonaten hatte zwar ergeben, dass Bruno O. vor geraumer Zeit eine ebenso kurze wie fulminante Affäre mit einer brasilianischen Bardame hatte. Doch diese Frau ist notabene keine Prostituierte, sie arbeitete auch nicht in einem Sexlokal, polizeilich lag nichts gegen sie vor. Richtig ist sodann, dass die Brasilianerin den Polizisten später einmal gefragt hat, ob gegen ihren Ehemann etwas vorliege. Im Computer habe er nichts gefunden, antwortete dieser. Das war geschummelt. In Wahrheit lag sehr wohl etwas gegen den Gatten vor, Bruno O. hatte dies



Seltsames Verhalten: Staatsanwalt Hausherr.

auch gesehen – und seine Ex-Liebhaberin mit einer ausweichenden Auskunft abgewimmelt.

Dass nicht jede Brasilianerin eine Prostituierte ist und dass auch Südamerikanerinnen bisweilen aus Vergnügen Sex mit einem Schweizer haben können, auch wenn sie ihn ein halbes Jahr später um einen Gefallen bitten, überstieg offenbar das Vorstellungsvermögen von Staatsanwalt Manfred Hausherr. Er hielt es denn auch nicht für nötig, die Frau zu befragen. Seltsamerweise verzichtete er trotz Offizialdelikt auf ein Verfahren gegen die vermeintliche Sex-Bestecherin. Und nun soll Bruno O. mit seiner Falschauskunft auch noch ein Staatsgeheimnis verraten haben – na ja, auf diese Idee muss man erst kommen.

Mangels substanzieller Beweise zitiert Hausherr seitenlang aus den Sex-Chats des Polizisten mit der heissblütigen Ehebrecherin («Küsse dein Ärschlein» usw.). Das brünstige Gesimse mag moralisch nicht ganz einwandfrei sein, aber sicher nicht strafbar. Vielleicht spekuliert Hausherr darauf, dass sein Strafbefehl nicht angefochten wird, weil dem Polizisten ein öffentlicher Prozess peinlich wäre. Doch selbst in diesem Punkt hat er sich geirrt. Bruno O. hat Einsprache erhoben. Richtig peinlich ist der Fall nur noch für die Staatsanwaltschaft, die mit abstrusen Konstrukten offenkundig von ihrem eigenen Versagen ablenken will.

Tückisch

Für ältere Stellensuchende wäre ein erhöhter Kündigungsschutz eine schlechte Nachricht.

Wie viel ist älteren Mitarbeitern geholfen, wenn man sie vor Kündigung schützt, damit sie mit sechzig nicht plötzlich ihre Stelle verlieren? In politischen Diskussionen spielt die Generation der über 55-Jährigen heute eine spezielle Rolle, weil sie einerseits als hochqualifizierte Mitarbeiter gelobt werden, die möglichst lange im Arbeitsprozess bleiben sollten, andererseits aber besonders grosse Mühe haben, im Fall der Arbeitslosigkeit eine neue Stelle zu finden. Warum also nicht ein wenig korrigierend eingreifen und für diese Gruppe den Kündigungsschutz erhöhen?

Das Bundesgericht hat im vergangenen November in diese Richtung entschieden. In einem Fall, der zunächst von Fachzeitschriften und nun vom *Tages-Anzeiger* aufgegriffen wurde, hat das Bundesgericht wie die Vorinstanzen eine Kündigung gegenüber einem 59-Jährigen als missbräuchlich eingestuft. Das Unternehmen hatte dem langjährigen Key-Account-Manager nach zwei Burnouts innerhalb von fünf Jahren zunächst bei der Rückkehr in den Arbeitsprozess zu helfen versucht, mit Blick auf verbliebene Konflikte und ungenügende Arbeitsleistung ihm dann aber gekündigt. In ihrer Kritik argumentieren die Gerichte unter anderem, bei älteren langjährigen Arbeitnehmern sei eine erweiterte Fürsorgepflicht zu erwarten.

Entscheide und Argumente dieser Art mögen vielleicht all jene Älteren beruhigen, die heute einen Arbeitsplatz haben, aber für Stellensuchende ist das eine schlechte Nachricht. So wird es für Firmen riskanter, solche Bewerber anzustellen. In der Schweiz gibt es vor allem deshalb deutlich weniger Arbeitslosigkeit als anderswo, weil die Arbeitsmärkte ziemlich gut funktionieren. Die Kündigungsfreiheit ist eine wichtige Grundlage dafür: Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis kann jederzeit von jeder Vertragspartei unter Einhaltung der Kündigungsfristen aufgelöst werden. Firmenchefs müssen also nicht Angst haben, ungeeignete Mitarbeiter blieben fast ewig auf der Lohnliste, so dass sie lockerer Neueinstellungen vornehmen als die Kollegen im Ausland.

Klar, für Ältere ist es auf dem Arbeitsmarkt nicht einfach, Stellenwechsel sind für viele eine heikle bis unmögliche Sache, aber ein Kündigungsschutz würde ihnen zusätzlich Möglichkeiten verbauen. Gefragt wäre eher mehr Spielraum für Arbeitsverträge, etwa Löhne, die flexibler sind als jene, welche sich nach der typischen, mit Alter stetig steigenden Gehaltskurve richten. (gy)

Personenkontrolle

Riklin, Mörgeli, Osama M., Buser, Baltisser, Bär, Leutenegger Oberholzer, Levrat, Jordan, Müller, Meyer, Breitmeier, Schaeppi, de Weck, Schawinski

Zehn Tagessätze zu 380 Franken bedingt – so lautet das Urteil des Berner Obergerichts gegen CVP-Nationalrätin **Kathy Riklin**. Das Gericht sieht es als erwiesen, dass Riklin in ihrer Funktion als Zürcher Universitätsrätin das Amtsgeheimnis verletzt hat, und kehrt damit den erstinstanzlichen Entscheid. Riklin hatte in der Wandelhalle des Bundeshauses Inhaltliches eines noch unveröffentlichten Berichts der Universität Zürich zu **Christoph Mörgeli** verraten. Der SVP-Nationalrat stand damals als Mitarbeiter der Uni unter Beschuss und wurde kurz danach entlassen. In der Verhandlung hatte Riklins Verteidigerin Mörgeli vorgeworfen, eine unliebsame politische Gegnerin auf juristischem Weg ausschalten zu wollen. Das Gericht liess sich davon nicht irritieren. Zu Recht: Wie bestens dokumentiert ist, führte vielmehr eine politisch motivierte Intrige zur Vertreibung von Mörgeli von der Uni – unter Beteiligung seiner Vorgesetzten Riklin. (are)

Osama M. bestätigt die düstersten Befürchtungen der Kritiker des Asylwesens. 2013 anerkannte die Schweiz den kriegsversehrten Iraker als Flüchtling. Vor über einem Jahr wurde der heute 29-jährige dann aber verhaftet. Er ist mutmasslich Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Verurteilt wurde er bislang zwar nicht, doch laut einem Entscheid des Bundesstrafgerichts gibt es zum terroristischen Hintergrund von Osama M. kaum mehr Zweifel. Es bestehe «dringender Tatverdacht». Das Gericht lehnte darum eine Haftentlassung ab. Gemäss dem Entscheid bestätigte Osama M. selber, für den IS gekämpft zu haben. Der Bund hat sein Asylgesuch also krass falsch beurteilt. Mutmasslich wurde der Iraker, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, gezielt ins Land geschleust, um seine Verletzungen als IS-Kämpfer behandeln zu lassen. Während die Schweiz ihm Behandlung und Sozialhilfe zukommen liess – in der Meinung, er sei ein Flüchtling –, agierte Osama M. mutmasslich weiter für den IS und bereitete einen Terroranschlag vor. Die christlichen Bewohner der Schweiz sind für ihn, wie das Gericht schreibt, «zum Enthaupten». Es brauchte die Warnungen des US-Nachrichtendienstes, um die Schweizer Behörden wachzurütteln. (are)

Hierzulande verliert man sich derweil in Grundsatzdebatten zur Einwanderung.



«Zum Enthaupten»: Osama M.

Muss die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative für nichtig erklärt werden, weil die SVP mit strafbaren Mitteln dafür warb? Darüber denkt im *Jusletter* die Basler Titularprofessorin **Denise Buser** nach, die sonst als Juristin vor allem dafür kämpft, dass die katholische Kirche auch Frauen zum Priesteramt zulässt. Sie erwähnt zwar nie das Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf», für das die SVP-Generalsekretäre **Martin Baltisser** und **Silvia Bär** in erster Instanz (also noch nicht rechtskräftig) verurteilt worden sind. Aber sie schliesst daraus: Für das Bundesgericht komme die Aufhebung einer Abstimmung zwar «nur unter grösster Zurückhaltung und bei ganz schwerwiegenden Verstössen in Betracht»; bei einem «strafrechtlich verbotenen Inserat» wäre aber eine «unzulässige private Einwirkung» zu prüfen. Die Professorin verschweigt allerdings: Das Inserat erschien 2011 während der Unterschriftensammlung in einzelnen Zeitungen. Es bekam im Abstimmungskampf im Winter 2013/14 nicht die geringste Bedeutung. (sär)

«Erodiert die Mittelschicht?», fragte Nationalrätin **Susanne Leutenegger Oberholzer** (SP) im Dezember 2010 den Bundesrat in einem Postulat. Nein, antwortete zwei Jahre später der Think-Tank *Avenir Suisse* mit seinem Buch «Der strapazierte Mittelstand»: In der Schweiz geht es den Mittelschichten sehr gut; ihr grösstes Problem ist der Staat, der sie mit immer mehr Steuern und Abgaben bedrängt. Der Staat könne deshalb dem Mittelstand am besten mit dem Kampf gegen das «Dickicht an Umverteilungsmassnahmen» helfen. SPS-Präsident **Christian Levrat** heulte über die «ebenso fantasielosen wie schädli-



Amtsgeheimnis verletzt: Kathy Riklin.



«Unzulässige private Einwirkung»: Denise Buser.



Mittelstand? Leutenegger Oberholzer.

chen Forderungen» auf. Und die Bundesverwaltung, die nur hätte abschreiben können, werkelt zwei weitere Jahre an einer Hintergrundstudie. Der Bericht zum Postulat kam letzte Woche heraus, viereinhalb Jahre nach der Einreichung. Er stellt fest, «dass die Entwicklung der Mittelschicht von 1998 bis 2012 weitgehend stabil geblieben ist»; die Mittelschicht zahlte zwar deutlich mehr für die Krankenkasse und leicht mehr für die Miete, genoss aber insgesamt den grössten Einkommenszuwachs. Und die SPS setzte als Titel über ihr (vorgefertigtes?) Communiqué: «Mittelstand unter Druck». Susanne Leutenegger Oberholzer gehört übrigens allein mit ihrem Nationalratsmandat nicht dem Mittelstand, sondern der einkommensstärksten Schicht an. (sär)

Die Oberlehrerin des Globus gab Bundespräsidentin **Simonetta Sommaruga**, als sie den Schweizer Pavillon an der Expo in Mailand besuchte. Sie runzelte die Stirn, als sie sah, dass die Besucher in den vier Türmen schon



Apfelringli: Simonetta Sommaruga.



Kunstform Bürgersprechstunde: Thomas Jordan.

einen Viertel der Apfelringli und der Wasserbecher mitgenommen haben, während sich Kaffee und Salz geringerer Beliebtheit erfreuen: Dies veranschaulicht bereits deutlich, wie Probleme durch zu viel Eigennutz entstehen könnten, mahnte sie gemäss SDA. Was sie nicht sagte: Die vier Türme, in denen sich Lebensmittel zum Mitnehmen stapeln, sind die einzige Attraktion des Schweizer Pavillons. Über dessen unerträgliche Volkserziehung, die das Publikum fernhält, titelte der *Sonntagsblick*: «Wir, die einsamen Streber von Mailand». (sär)

Die Spitzenmanager öffentlich-rechtlicher Firmen üben sich neuerdings in der Kunstform der öffentlich annoncierten «Bürgersprechstunde». Via *Schweiz am Sonntag* lässt etwa Nationalbank-Präsident **Thomas Jordan** acht von Chefredaktor **Patrik Müller** persönlich ausgewählten Leserinnen zu einer Fragestunde bitten. Bereits früher im Jahr hatte SBB-Chef **Andreas Meyer** einer glühenden Verehrerin der Bundesbahn, die sich auf dem Kurznachrichtendienst Twitter profiliert, eine Fahrt mit ihm und zwanzig weiteren SBB-Enthusiasten im Speisewagen offeriert. Man wartet noch auf entsprechende Initiativen von Ruag-Chef **Urs Breitmeier** und Swisscom-Chef **Urs Schaeppi**. Auch der aristokratisch auftretende SRG-Generaldirektor **Roger de Weck** hat bislang nicht die Nähe der Zuschauerinnen und -hörerinnen gesucht. Stattdessen liess er sich letzte Woche von einem ungewöhnlich zahmen **Roger Schwinski** im eigenen Sender befragen. (fsc)

Nachruf

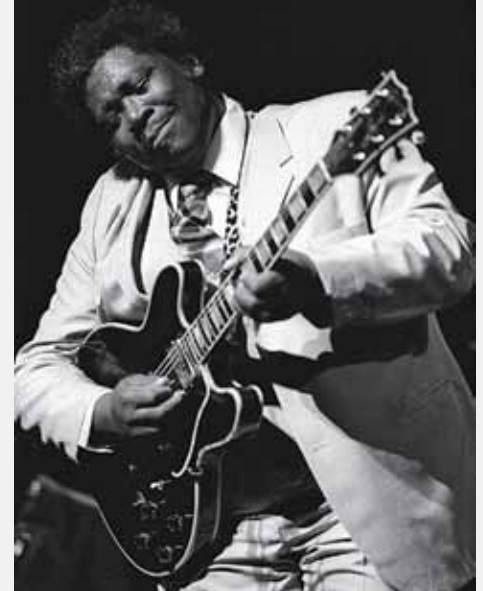


Vater der Siedlerbewegung: Mosche Levinger.

Mosche Levinger (1935–2015) — Der Rabbi gab sich als Schweizer Tourist aus, als er Ende März 1968 im palästinensischen «Park Hotel» in Hebron eincheckte. Er werde bald das ganze Haus mieten, sagte er, um mit zahlreichen Freunden das Pessach-Fest zu feiern, das eine Woche dauert. Vielleicht, stellte er in Aussicht, würden sie auch länger bleiben. Der palästinensische Manager, so ist anzunehmen, freute sich über die fromme Schar. Seit dem Sechstagekrieg war noch kein Jahr vergangen, und er war dankbar für jedes Zimmer, das er vermieten konnte. Dass aus der Hotelbuchung einst die umstrittene jüdische Siedlung Hebron entstehen würde, konnte er nicht ahnen, zumal die Beziehungen zur israelischen Armee damals locker waren.

Die harmlos wirkende Gruppe von Religiosen, die der «Schweizer» Levinger anführte, wurde bald zum Symbol der Siedlerbewegung. Er werde die jüdische Gemeinde in Hebron, die 1929 bei einem Massaker vernichtet worden war, wieder aufbauen, sagte Levinger, Sohn deutsch-jüdischer Einwanderer. Danach schickte er sich an, im ganzen Westjordanland Siedlungen zu errichten. Dabei ging er nicht zimperlich vor, schoss um sich und stellte sich der Gewalt, die ihm entgegenschlug. Er führe sich wie ein Sheriff auf, sagte einmal ein Richter über ihn und fügte hinzu: «Aber niemand hat ihn dazu ernannt.»

Die letzten Jahre war es ruhig geworden um den Mann, den die einen als Siedlervater bewunderten, die anderen als Besatzer verachteten. Sein Grab ist jetzt dort, wo er sich zeitlebens am wohlsten fühlte: in der Patriarchenstadt Hebron. *Pierre Heumann*



Verkörperung der Bluesmusik: B. B. King.

B. B. King (1925–2015) — Eine unscheinbare Gibson L-30 war es vermutlich, die das Schlüsselwort für das Leben von Riley B. King bildete. Es war im harten Winter 1949, in einem Kaff namens Twist, Arkansas. Zwei Kerle kriegten sich in die Haare wegen einer Frau und schlugen sich, bis der Kerosin-Eimer, der mitten auf der Tanzfläche stand, umfiel und auslief. Die Bar brannte lichterloh, und der Gitarrist, der an diesem Abend aufgespielt hatte, suchte augenblicklich das Weite. Draussen fiel ihm ein, dass er seine L-30 vergessen hatte, und er rannte zurück in die brennende Spelunke. Kaum hatte er das Instrument gerettet, stürzte hinter ihm das Gebäude ein und begrub zwei Menschen unter sich. King nannte seine Gibsons hinfort «Lucille» – nach der Lady, die den Streit der zwei eifersüchtigen Schläger ausgelöst hatte. Die Glut der beiden Liebhaber prägte auch den Sound von «Lucille»: ein rasierklingscharfer, dringlicher Ton, der mehr und mehr zur Stimme von B. B. King wurde. King spielte nur auf jeweils einer Saite, diese Spielweise verlieh jeder Note den Nachdruck eines Einschreibens. Sein Ton, so schrieb der *Rolling Stone*, war nicht weniger als «die Verkörperung der gesamten amerikanischen Blues-Musik» – dieser Ton war untrennbar mit Kings Identität verbunden: «In der Sekunde, wenn ich aufhöre, vokal zu singen, fange ich an, durch Lucille zu singen», sagte er. Als er hörte, wie John Lennon am TV sagte, er würde gern so gut spielen können wie B. B. King, fand er, es sei an der Zeit, die Dinge bewusster anzugehen. Bescheiden ist er bis zum Ende geblieben. Am 14. Mai ist er im Alter von 89 Jahren zu Hause in Los Angeles gestorben. *Thomas Würdehoff*



Dr. Octopus der Linken: Berufsprotestler Burger.

Gewerkschaften

Sie nennen ihn «Burger Kim»

Von Alex Baur — Selbstherrlich schliesst Unia-Boss Roman Burger Baustellen, schüchtert Unternehmer ein und terrorisiert ausländische Arbeiter. Angeblich kämpft die Gewerkschaft gegen Dumpinglöhne, in Wahrheit herrscht auf dem Bau ein schmutziger Krieg um Einfluss, Macht und Millionenaufträge.

Die Überfälle sind jeweils generalstabsmässig geplant. Unverhofft prescht ein Konvoi von knallroten Unia-Fahrzeugen auf die Grossbaustelle zu und blockiert die Zufahrt. Dann stürmen Aktivisten der Gewerkschaft mit roten Jacken das Gelände, sie bauen sich vor den Eingängen auf und weisen die Handwerker an, nach Hause zu gehen. Leisten die Bauarbeiter dem Streikbefehl der Unia nicht Folge, sind härtere Massnahmen angesagt: Mit Trillerpfeifen, Presslufthörnern und Megafonen terrorisieren die mit Gehörschutz gewappneten Aktivisten

die Bauarbeiter mit einem ohrenbetäubenden Lärm so lange, bis diese das Feld räumen.

Mindestens zwölfmal haben die roten Horden innerhalb einer Woche im letzten April nach diesem Muster Baustellen im Raum Basel und Zürich zwangsbestreikt. Ein richterliches Verbot ignorierte die Unia kaltschnäuzig. Ziel der Aktion war immer dieselbe Firma: Goger-Swiss AG, ein auf Gipstrockenbau spezialisiertes Unternehmen mit Sitz in Dietlikon ZH. Mit rund hundert Mitarbeitern gehört es zu den grösseren Anbietern auf diesem Spezial-

gebiet. Der Besitzer Kurt Goger stammt aus Österreich. Er kam vor zehn Jahren ins Land und hat den behäbigen Schweizer Markt seither zünftig aufgemischt.

Mindestens ein Skandal pro Monat

Es gibt kaum eine Grossbaustelle in der Deutschschweiz, bei der Goger nicht mitgearbeitet hat – von der Postfinance-Arena in Bern über das «Dolder Grand» bis zum Toni-Areal in Zürich. Sein Ruf innerhalb der Branche ist ausgezeichnet. Goger ist dynamisch. Erst



pagne. Solche unheiligen Allianzen hat es früher schon gegeben: Für das Boulevardblatt wie für die Unia gehört es zum Kerngeschäft, Skandale und Randalen zu bewirtschaften. Doch diesmal kam eine neue Dimension hinzu: Gipserunternehmer, namentlich Reinhard Meier (Winterthur) und Severino Cassani (Zürich), hatten sich auf die Seite der Gewerkschaft geschlagen und bei der Kampagne mitgewirkt.

Spätestens hier müssten die Alarmglocken schrillen: Meier steht in einem knallharten Konkurrenzkampf mit Goger, beim inzwischen konkursiten Cassani war dies zumindest früher der Fall. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* mischen im Hintergrund auch noch andere Konkurrenten von Goger mit. Hinter der Lohndumping-Kampagne gegen Goger verbirgt sich in Wirklichkeit ein dreckiger Konkurrenzkampf, es geht um Macht, Einfluss und sehr viel Geld. Der Arbeiterschutz entpuppt sich bei genauem Hinschauen als zynischer Vorwand. Doch davon später.

Die Anti-Goger-Kampagne trägt die Handschrift des Gewerkschaftsbosses Roman Burger, der die Unia-Sektion Zürich-Schaffhausen seit Jahren mit straffer Hand führt. Bei seinen öffentlichen Auftritten mimt der unscheinbare Funktionär mit dem gmögigen Berner Dialekt gern den lösungsorientierten Pragmatiker. Innerhalb der Gewerkschaften ist Roman Burger aber nicht nur wegen seiner rabiaten Methoden, sondern auch ob seines diktatorischen Habitus berüchtigt. In Anspielung auf die nordkoreanische Diktatordynastie verspottet eine ehemalige Unia-Mitarbeiterin ihren vormaligen Chef als «Burger Kim».

Roman Burger, ein Zögling des strammen Trotzkiten Andreas Rieger, sagt die ehemalige Unia-Frau, habe das «Campaigning nach amerikanischer Schule» bei der Gewerkschaft durchgesetzt. Die Sektor-Verantwortlichen müssten mindestens einmal im Monat für einen Skandal mit medialem Echo sorgen. Das heisst: Sie müssten irgendeine bekannte Firma attackieren und an den Pranger stellen, egal ob an den schrillen Vorwürfen etwas dran sei. Sonst riskierten sie den Rauswurf. Leute, die sich dieser «gnadenlosen Propagandamaschine» verweigerten, würden aus der Sektion weggemobbt. Vor allem bei älteren Semestern stiessen Burgers Methoden auf Widerstand.

Mag sein, dass bei diesen Worten Ressentiments einer Gefeuerten mitspielen. Doch die Fakten sprechen für sich. So geschmeidig und umgänglich sich Roman Burger gegen aussen geben mag, vom Arbeitsfrieden hält er gar nichts. Das wird klar, wenn man den Doppeltzüngigen an seinen Taten statt an seinen trügerischen Statements misst. Es gibt kaum ein Rotjacken-Spektakel in den letzten zehn Jahren, bei dem Roman Burger nicht die Strippen gezogen hätte: Streik am Messeturm in Basel, illegale Verkehrsblockade am Baregg-Tunnel, Schliessung mehrerer Neat-Baustellen, Taxistreik am

Flughafen Kloten, Streik am Zürcher Schauspielhaus, das Debakel um Swissmetal in Reconvilier, diverse Blockaden von SBB-Baustellen am HB Zürich, Blockaden gegen die Ladenkette Spar trotz richterlichem Verbot.

Von einem echten Streik konnte dabei nie die Rede sein. Bei den Rotjacken handelt es sich fast ausnahmslos um Berufsprotestler im Sold der Unia. Jeder Schritt wird vom Zürcher Unia-Boss Burger geplant und angeordnet. Schaut man sich die organisierte Randalen im Zeitraffer an, lassen sich zwei Konstanten herauslesen: Die Opfer der Attacken waren partout Firmen oder Institutionen mit klingenden Namen, die naturgemäss viel Wert auf ihr Image legen; blockiert wurden oft komplexe Grossbaustellen,

Man kann diese Geldtransfers durchaus beim Namen nennen: Schutzgeldzahlungen.

bei denen Verzögerungen schnell einmal zu Millionenverlusten führen.

Auch wenn man die medial geschickt inszenierten Skandale auf ihren Gehalt untersucht, findet man einen gemeinsamen Nenner: viel Lärm um nichts. Keine der attackierten Firmen wurde je in einem rechtsstaatlich sauberen Verfahren verurteilt. Burgers Aktionen haben deshalb stets eine erpresserische Komponente. Die Opfer machen gute Miene zum fiesem Spiel und lassen sich auf einen faulen Kompromiss ein, um den Schaden zu begrenzen – was Burger dann als Schuldeingeständnis wertet. Der perfekte Zirkelschluss. Das Betrüblichste am Ganzen: Keiner bietet Burger wirklich die Stirn, viele Medien lassen sich bei diesem schmutzigen Poker bereitwillig instrumentalisieren.

Radau im Namen des Proletariats

Ein Beispiel für das System Burger ist die Unia-Aktion gegen die Baustelle an der noblen Zürcher Bahnhofstrasse vor einem Jahr, wo die spanische Modekette Zara einen neuen Flagship-Store aufbaute. Wegen angeblichen Lohndumpings verordnete Burger eine Blockade der Baustelle während zweier Wochen. Obwohl das Modelabel mit dem Bau direkt nichts zu tun hatte, gelang es der Unia, eine Affäre Zara aus der Geschichte zu machen.

Um den Schaden in Grenzen zu halten, zahlte die Bauherrschaft schliesslich 450 000 Franken auf ein von der Unia mitverwaltetes Sperrkonto für angeblich zu tief berechnete Löhne sowie 150 000 Franken direkt an die linke NGO Solidar. Zur Erinnerung: Solidar hiess einmal Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH) und gehört zum Teil der Unia. Man kann diese Geldtransfers durchaus beim Namen nennen: Schutzgeldzahlungen.

Die Grenze zwischen amerikanischem Marketing (Campaigning) und Gangsterterror (Racketeering) ist fliessend. So tragen die

letztes Jahr wurde er für seine Qualitätsarbeit mit dem ersten Preis des nationalen Branchenverbands geehrt. In der Folge vertrat der Österreicher die Schweiz offiziell an einem internationalen Wettbewerb in Berlin.

Welch ein Kontrast zu den Vorwürfen der Unia. Kurt Goger, so der Tenor der Gewerkschaft, beute seine Arbeiter aus Ungarn, Polen und Österreich aus wie Sklaven. Wochenlang beherrschte der angebliche Goger-Skandal die Schlagzeilen des *Blicks*, der sich der Unia als Sprachrohr angedient hatte. Die Vorwürfe sind happig: Die Arbeiter hausen angeblich in miserablen und überteuerten Absteigen, sie werden zu Überstunden genötigt, ja man soll sie sogar zwingen, einen grossen Teil ihres nur formell korrekt ausgezahlten Lohns unter der Hand dem Arbeitgeber zurückzugeben.

Die reisserischen *Blick*-Artikel waren sorgfältig abgestimmt mit den Baustellenblockaden der Unia, mithin offenkundig ein Teil der Kam-

«Risikoanalysen», die Burgers Unia für Generalbauunternehmen erstellt, durchaus Züge von Schutzgelderpressungen. Die Firma Allreal zum Beispiel bezahlt der Gewerkschaft happige Summen für Pseudogutachten, in denen Handwerker vor der Auftragsvergabe von der Unia in Hinblick auf das sogenannte Reputationsrisiko überprüft werden. Das ist etwa so, als würde ein Einbrechersyndikat Diebstahlversicherungen verkaufen. Firmen, die der Gewerkschaft gefällig sind, erhalten ein grünes Label, andere ein oranges oder gar ein rotes. Die Gewerkschaft mischt damit bei der Auftragsvergabe aktiv mit – und kassiert dafür erst noch ab. Und, oh Wunder: Seit die Firma Allreal die Unia für «Risikoanalysen» bezahlt, werden ihre Baustellen nicht mehr bestreikt.

Die illegalen Blockaden und Diffamierungskampagnen sind nichts anderes als ein einträgliches Geschäft, das die Schwerfälligkeit unserer Justiz ausnutzt. Mit Mitgliederbeiträgen können die Gewerkschaften, die in der Arbeiterschaft schon lange keine repräsentative Basis mehr haben, kaum noch überleben. Die meisten Rotjacken, die im Namen des Proletariats Radau machen, sind bezahlte Söldner, die kaum je auf dem Bau oder in einer Fabrik geschuftet haben.

Die Personenfreizügigkeit hat den Gewerkschaften zudem eine parastaatliche Position beschert. Unter dem Titel «flankierende Massnahmen» wurden auf dem Bau streng reglementierte Löhne eingeführt, die von den Regionalen Paritätischen Berufskommissionen (RPBK) kontrolliert werden. Diese Kommissionen, die je zur Hälfte aus Gewerkschaften und Arbeitgebern bestehen, werden durch Zwangsabgaben auf den Löhnen finanziert. Dieses System beschert der Unia nicht nur sichere Einnahmen, sondern auch viel Macht.

Die Gewerkschaft tritt heute auf den Baustellen als Lohnpolizei, Ankläger, Richter und Exekutor in Personalunion auf – ein Traum für einen wie «Burger Kim», der diese Machtfülle skrupellos ausreizt. Die eingangs erwähnte Kampagne gegen den Trockengipser Kurt Goger liefert ein erschreckendes Beispiel dafür. Die Chronologie der Ereignisse:

25. Februar 2015 — *Blick*-Redaktor Philipp Albrecht konfrontiert Goger mit dem Vorwurf, seine Arbeiter müssten einen Teil ihres Lohns unter der Hand zurückzahlen, es laufe bei der RPBK ein Lohndumping-Verfahren gegen ihn. Der Unternehmer weiss nichts von einem solchen Verfahren; frühere Prüfungen hatten ihm – mit einer Ausnahme, die auf einen Formfehler seines langjährigen Treuhänders zurückzuführen war und längst bereinigt ist – stets ein tadelloses Lohnmanagement attestiert. Alarmiert durch die *Blick*-Anfrage, lässt Goger 129 Mitarbeiter eine Erklärung in ihrer Muttersprache unterzeichnen, in der diese bestätigen, dass es nie zu Lohnrückzahlungen weder gegenüber Goger noch Dritten kam.



Prämierte Qualitätsarbeit für die Schweiz: Bauunternehmer Kurt Goger (Mitte), 2014.

26. Februar — Während *Blick* seine Kampagne («Die neue Lohndumping-Masche») anfährt, führen Unia-Kommissäre auf einer Baustelle in Dietikon ZH eine Lohnkontrolle durch. Gemäss den von der Unia erstellten Rapporten müssen ungarische Arbeiter bis zu sechzig Stunden pro Woche arbeiten und einen Teil des Lohns zurückzahlen. Die betroffenen Arbeiter, soweit diese überhaupt für Goger arbeiten, sagen später aus, diese Aussagen stammten gar nicht von ihnen; die Rapporte seien nachträglich ohne ihr Wissen von Unia-Funktionären ergänzt und abgeändert worden.

3. März — Auf der Baustelle Atlantis verlangt die Generalunternehmerin, wie das seit Einführung der flankierenden Massnahmen üblich ist, von den Goger-Arbeitern Lohndeklarationen. Sie sollen schriftlich bestätigen, dass sie ihren vollen GAV-konformen Lohn erhalten haben. Acht ungarische Arbeiter fordern für ihre Unterschrift je 40 000 Franken sowie langjährige Verträge und drohen, sich ansonsten der Unia-Kampagne anzuschliessen. Die Masche ist bekannt und wurde angeblich auch schon in Holland angewandt. Goger entlässt die drei Wortführer fristlos und erstattet Strafanzeige wegen versuchter Erpressung; bei den anderen bleibt es bei einer Verwarnung.

9. März — An einer Pressekonferenz erheben Unia-Boss Roman Burger sowie die Gipsermeister Reinhard Meier und Severino Cassani schwere Vorwürfe gegen Goger. Meier ist ein direkter Konkurrent von Goger, der konkursite Cassani war es zumindest einmal, beide hatten in der Vergangenheit bei Vergaben trotz tiefen Angeboten schon den Kürzeren gezogen. Vor den Medien werden die drei entlassenen unga-

rischen Erpresser als Kronzeugen gegen Goger präsentiert. Zwanzig loyale Goger-Arbeiter erscheinen unangemeldet zur Medienkonferenz, verteidigen ihren Arbeitgeber und bezichtigen ihre Exkollegen der Lüge; Burger interpretiert dies als Einschüchterung. Die Unia und die Gipsermeister fordern einen Boykott gegen Goger und drohen mit Ungemach für alle, die weiter mit ihm geschäften.

11. März — Die RPBK verdonnert Kurt Goger gemäss *Blick* aufgrund einer angeblichen Buchprüfung zu einer Lohnnachzahlung von rund 1,3 Millionen Franken. RPBK-Präsident Bruno Schneebeli – ein von zahlreichen Betreibungen geplagter Konkurrent von Goger – kündigt via *Blick* zudem eine Busse in derselben Grössenordnung an. Goger selber hat den Prüfungsbericht nicht erhalten und kann inhaltlich nichts dazu sagen. Am gleichen Tag fordern Unia und Gipsermeister an einem «runden Tisch» die involvierten Generalunternehmer auf, 35 Prozent aller Auszahlungen an Goger auf einem Sperrkonto einzufrieren, das von der Gewerkschaft verwaltet werden soll. Goger selber wird zum Gespräch nicht eingeladen. Wäre die Unia mit dieser Forderung durchgekommen, hätte dies unweigerlich den Konkurs der Gipserfirma bedeutet. Goger gelingt es, mit den Generalunternehmern eine vertragliche Lösung zu finden.

14. März — Der Rechtsanwalt von Kurt Goger, Adrian Bachmann, sucht das Gespräch mit Roman Burger. Bachmann, der aus einer traditionsreichen SP-Familie stammt, hat ein offenes Ohr für gewerkschaftliche Anliegen. Er will der Unia mit Dokumenten darlegen, warum die Vorwürfe an die Adresse seines Mandanten nicht stimmen können. Gemäss Bachmann in-

teressiert sich Burger nicht für die Unterlagen und verweigert jeden Dialog.

20. März — Die Übersetzerin und Unia-Agentin Eva Molnar lädt in Budapest siebzehn ehemalige Mitarbeiter von Goger-Swiss zu einem Mittagessen ein und schlägt diesen vor, gemeinsam gegen die Firma vorzugehen. Als Erfolgsprämie verspricht sie eine Abfindung von fünf Monatslöhnen, Sprachkurse und Jobs in der Schweiz. Die Arbeiter müssen im Gegenzug (mutmasslich vorgefertigte) Erklärungen unterzeichnen, wonach sie einen Teil ihres Lohns unter der Hand zurückzahlen mussten. Beim Anlass wird klar, dass viele Arbeiter wohl effektiv einzelne Zahlungen aus ihrem Lohn geleistet hatten, doch waren dies korrekt abgerechnete Vorschüsse, die ihnen ihr ungarischer Vorgesetzter, meist im Hinblick auf den Stellenantritt in der Schweiz, privat geliehen hatte. Aus den Gesprächen, die von loyalen Goger-Arbeitern heimlich aufgezeichnet wurden, ist zu schliessen, dass Molnar gemeinsam mit den entlassenen Meuterern von der Baustelle Atlantis die ehemaligen Arbeiter aufforderte, das Wort «Vorschuss» oder «Kredit» tunlichst zu vermeiden, um die Mär der Lohnrückzahlungen aufrechtzuerhalten.

8. April — Beim Fifa-Museum in Zürich startet die Unia eine Serie von Baustellenblockaden. Innerhalb gut einer Woche kommt es zu einem Dutzend Zwangsbestreikungen von drei Grossbaustellen in Zürich und Pratteln BL. Vordergründig richten sich die Aktionen gegen Goger-Swiss, indirekt betroffen sind aber auch Auftraggeber wie Implenla oder Swiss Life, die dafür abgestraft werden sollen, dass sie den Unia-Vorschlag mit dem 35-Prozent-Werklohnrückbehalt nicht akzeptiert hatten.

9. April — Gemäss *Blick* («SBB werfen Gipser Goger raus») trägt die Diffamierungskampagne erste Früchte. Ein Sprecher der Bundesbahnen erklärt: «Die Zusammenarbeit mit der betreffenden Firma wird per sofort beendet.» Die Implenla will «keine weiteren Aufträge an die Goger-Swiss AG» mehr vergeben, bis die Vorwürfe geklärt seien. Gipsermeister Cassani triumphiert. Gegenüber der NZZ erklärt er unumwunden, es sei das Ziel der Übung, dass Goger keine Aufträge mehr bekomme.

14. April — Das Berner Handelsgericht verbietet der Unia in einer dringlichen Verfügung, gestützt auf das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), unter Strafdrohung weitere Baustellenblockaden. Die Unia setzt sich über die richterliche Verfügung hinweg und intensiviert die Aktionen sogar. In Zürich schlägt ein Unia-Aktivist – ob es sich um Roman Burger persönlich handelt, ist umstritten, die Staatsanwaltschaft ermittelt – einem Arbeiter, der die illegale Besetzung aufzeichnen will, das Handy aus der Hand. >>>

Klassenkampf

Der Glitschige

Für Unia-Chef Roman Burger sind Baustellen-Blockaden eine legale Massnahme. *Von Alex Baur*



Unfassbar: Roman Burger.

Die technischen Details zum Fall Goger-Swiss AG überlässt er seinem Mediensprecher. Roman Burger ist zuständig für die grossen Fragen. Wir treffen den 38-jährigen im Zürcher Volkshaus. Sein Auftritt (T-Shirt, Jeans) wirkt unaufdringlich, im Umgang gibt sich Burger ebenso freundlich wie unverbindlich, sein unauffälliges Gesicht würde man wohl schnell wieder vergessen, sähe man es nicht in Zusammenhang mit fast jedem Arbeitskonflikt und gelegentlich in der TV-Sendung «Sonntalk» bei Markus Gilli.

Formell ist Roman Burger bloss Chef der Unia-Sektion Zürich-Schaffhausen. Doch er gilt als nationaler Kampagnenstrategie der Gewerkschaft, als einer, der am liebsten im Hintergrund die Strippen zieht. Bereits im Alter von achtzehn Jahren trat Burger als Gymnasiast der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) bei, die als besonders kämpferisch galt und später mit anderen zur Unia fusionierte. Kaum hatte er die Matura in der Tasche, wurde er zum Berufsaktivisten.

Man kann sich den schmächtigen Akademiker (Vater Fotograf, Mutter Sozialpädagogin) kaum mit einer Werkzeugkiste unter dem Arm vorstellen. Burger gilt denn auch als der Vertreter einer neuen Generation von Gewerkschaftern, die, nach dem Vorbild amerikanischer NGOs, ihre Anhängerschaft

im links-urbanen Milieu suchen. Die zahllosen Arbeitskämpfe, die seine Karriere säumen, passen so schlecht zu diesem Mann wie die Baustellen, auf denen er sie austrug. Der Eindruck täuscht. Seine grösste Stärke ist vielleicht, dass man einen Unfassbaren wie ihn gerne unterschätzt. Burger beherrscht zudem die Kunst, komplexe Botschaften in einfachen und eingängigen Worten und Formeln zu deuten und umzudeuten.

Burger mag denn auch nicht von Blockaden sprechen, höchstens von «Einstellungen». Für ihn ist das «Gewerkschaftsarbeit» mittels «peaceful picketing». Gemeint sind damit Ansammlungen von Aktivisten, die den Zugang zu einem Arbeitsplatz verstellen. Wo liegt der Unterschied? «Die Methode ist legal», meint Burger. Sicher dreissigmal habe man ihn verklagt, erklärt er, nie sei er verurteilt worden. Ein Hausverbot auf Baustellen gebe es nicht, das Recht auf Gewerkschaftsarbeit stehe über allfälligen Zutrittsbeschränkungen. Dazu gebe es Gerichtsurteile.

Warum wendet er sich im Kampf gegen Gipser Goger (siehe Haupttext) denn nicht an den Rechtsstaat, auf den er sich in eigener Sache gerne beruft? Würden die Vorwürfe der Lohnrückzahlungen zutreffen, wäre dies doch ein Fall für den Strafrichter (Bilanzfälschung, Steuerbetrug). Burger winkt ab: «Solche Verfahren dauern Jahre; wenn es zu einem Urteil kommt, nützt es den Betroffenen nichts mehr.» Wo nimmt er das Recht her, selber den Richter zu spielen? Roman Burger lächelt müde: Die Gewerkschaft habe keine Verfügungsgewalt, sie weise lediglich auf Missstände hin.

Kommen wir also zur Baustelle der Modekette Zara an der Bahnhofstrasse, welche die Unia letztes Jahr zwei Wochen lang blockierte – Pardon, stilllegte –, bis die Bauherrin sich bereit erklärte, 150 000 Franken an die Gewerkschafts-NGO Solidar zu zahlen. Ist das etwa nicht eine Form von Schutzgelderpressung? Burgers müdes Lächeln wird nun fast mitleidig. Die Modekette habe das Lohndumping mit der Zahlung ja zugegeben, meint er. Und: «Zara hat ein kommunikatives Interesse, das Geld ist als Form der Entschuldigung zu verstehen.» Auf Deutsch: Die Modekette hat etwas für ihren guten Ruf getan, es floss Geld für den guten Zweck. Und gut ist, was Burger gut findet. Wo liegt das Problem?

Ihr privates Weltwoche-Archiv.



Jetzt downloaden!



Als Abonnent/-in lesen Sie die Weltwoche bequem auch unterwegs.

- Auch zum Nachschlagen: Drei vollständige Jahrgänge verfügbar.
- Neu: mit Autorensuche.

Jetzt im App-Store für nur Fr. 5.– (einmaliger Download).

DIE WELTWOCH

16. April — Ein Grossaufgebot der Stadtpolizei Zürich weist die Unia erstmals in die Schranken und schützt die Arbeiter auf der Baustelle TicTric Trac in der Binz vor dem Rotjacken-Terror. Die Polizei fesselt renitente Unia-Söldner sogar mit Kabelbindern. Doch kaum sind die Ordnungshüter weg, stürmen sie unter der Leitung von Roman Burger das Baugelände trotz Hausverbot erneut und traktieren die ausländischen Handwerker mit Trillerpfeifen, Presslufthörnern und Megafon-Gekreisch. Drei Goger-Arbeiter begeben sich wegen Gehörschäden ins Spital.

Danach brach der Rotjacken-Terror so unverhofft zusammen, wie er aufgeflammt war. Doch Kurt Goger denkt nicht daran, klein beizugeben. Für ihn ist der Schaden längst angerichtet, aber vielleicht lassen sich zukünftige Opfer verhindern. Über seinen Anwalt hat Goger in diesen Tagen Strafanzeige gegen Roman Burger und Konsorten eingereicht. Dass ausgerechnet ein Österreicher die Rolle des Winkelrieds übernimmt und der unheiligen Allianz von Unia, *Blick* und dem lokalen Gipserkartell den Kampf ansagt, ist eine bittere Ironie dieser Geschichte.

Die Liste der Vorwürfe, die Rechtsanwalt Bachmann in seiner gut fünfzig Seiten dicken Strafanzeige zusammengetragen hat, ist lang: Urkundenfälschung, Nötigung, Widerhandlung gegen amtliche Verfügungen, Tätlichkeit, Körperverletzung, Sachbeschädigung, unlauterer Wettbewerb, Verleumdung, Hausfriedensbruch, Verletzung des Amtsgeheimnisses. Was am Schluss hängenbleibt, ist Sache der Justiz. Doch Goger kann für sich in Anspruch nehmen, den Weg der Rechtsstaatlichkeit zu suchen – im Kampf gegen einen Gegner, der zwar Teil ebenjenes Staates sein will, über dessen Spielregeln er sich eiskalt hinwegsetzt.

Bleibt die Frage, was an der 1,3-Millionen-Forderung der RPBK gegen Goger effektiv dran ist. Diese baut auf einen Untersuchungsbericht, der von einer gewissen Changepoint GmbH mit Sitz an der Poststrasse 6 in Baar ZG verfasst wurde. Doch unter dieser Bezeichnung findet sich nicht einmal eine Telefonnummer, geschweige denn eine Website. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* handelt es sich bei der Changepoint GmbH um eine Zuger Briefkastenfirma, die von einem gewissen André Saglio in Alleinregie betrieben wird. Saglio reagierte auf eine Anfrage höchst unwirsch und mochte keinerlei Auskunft zu seiner Qualifikation erteilen.

So dubios wie die Firma Changepoint ist auch der Inhalt des Prüfungsberichts. 909 116 Franken, also rund 70 Prozent der angeblich zu wenig gezahlten Löhne, betreffen Wohnkosten für Arbeiter. Für ein Bett in einem Zweierzimmer (inkl. Wäsche, Möbel, TV, Wi-Fi, Parkplatz etc.) stellte die Goger-Swiss AG den Arbeitern 20 Franken pro Nacht in Rechnung. Der Betrag war



Rotjacken-Terror: Verhaftung in Zürich im April.

vertraglich geregelt und von den Steuerbehörden absegnet. Was daran unrecht sein soll, ist schleierhaft. Doch Saglio ist offenbar der Meinung, dass Arbeiter gratis wohnen sollen. Auch wenn dies in keinem Vertrag geschrieben steht.

Die vermeintlichen Lohnrückzahlungen nimmt offenbar nicht einmal Briefkastenexperte Saglio ernst. Sie kommen in seinem Bericht nicht vor. Sehr wohl aber die Arbeitszeiten. Angeblich haben die Ungarn zwischen 50 und 60 Stunden pro Woche gearbeitet. Das ist zwar nicht ganz falsch – aber eben auch nicht richtig. Tatsächlich arbeiteten viele jeweils zwei Wochen hintereinander auch am Samstag, um danach fünf Freitage für einen Heimaturlaub einzuziehen. Im Schnitt arbeiteten sie nicht mehr als vertraglich vorgesehen: 40 Stunden pro Woche. Was übrigbleibt, sind Finessen in einem komplizierten, von unterschiedlichen Gesamtarbeitsverträgen beeinflussten Lohnregelwerk, das Gogers Buchhalter möglicherweise besser im Griff haben als der ominöse André Saglio.

Und was sagt Roman Burger zum Fall Goger? Von Blockaden und Nötigung kann seiner Meinung nach keine Rede sein, erklärt er der *Weltwoche*, die Gewerkschaft mache lediglich ihre Arbeit und weise auf Missstände hin. «Peaceful picketing» nennt er seine Methode, die weltweit anerkannt sei. Gemäss Burger herrscht auf den Baustellen ein Notstand, die «flankierenden Massnahmen» seien ein zahnloser Papiertiger. Die Unia erhebt deshalb zwei radikale Forderungen. Erstens: eine Beweislastumkehr beim Lohndumping – jeder Unternehmer gilt als Übeltäter, solange er nicht seine Unschuld beweist. Zweitens: Vollmachten zur offiziellen «Einstellung» von Baustellen bei Verdacht auf Lohndumping. Willkommen im Arbeiterparadies des allmächtigen Burger Kim. ○

So motiviert man Politiker

Wenn Politiker sich mit Lobbyisten unterhalten, tun sie das praktisch nie aus finanziellen Erwägungen. Sie wollen vielmehr der Langeweile entkommen, welche die Fraktionsdisziplin ihnen aufzwingt.

Von Klaus J. Stöhlker



Ausgerechnet Peter Schweizer heisst der AUS-Autor, der soeben mit seinem Buch «Clinton Cash» offengelegt hat, warum Bill Clinton 750 000 Dollar für einen Vortrag erhält: nicht für seine schönen Augen, sondern für die Vermittlung eines Uran-Deals. Das ist Lobbying auf höchstem Niveau, Privatflugzeug inklusive.

Die Schweizer Regierung, Bundesrat Johann Schneider-Ammann an der Spitze, laden Unternehmer der A-Schweiz, der grossen und mittleren Konzerne, gerne zu *door opener*-Flügen in alle Welt ein. Jeder weiss: Es geht um Aufträge. *Le Gouvernement suisse est à votre disposition*. Die Regierung ist Chef-Lobbyist der Wirtschaft. Schweizer Parlamentarier haben es schwieriger. Sie werden meist von der Bundesverwaltung mit Vorstössen gefüttert, die sie treu weiterleiten. Da derlei aber langweilig ist und wenig zur eigenen Positionierung beiträgt, helfen sie auch gerne Dritten, spezielle Anliegen einzubringen.

Ich bekenne mich schuldig: Als mir SVP- und FDP-Politiker halfen, die Subventionen für Zivilschutzkeller zu verlängern, glaubten wir alle, für das Volk zu handeln, «denn der Zivilschutz ist so wichtig wie die AHV». Erst seit kurzem wird dies wieder von links in Frage gestellt. Als wir nach fast zwanzigjährigem Kampf das neue Kleinkreditgesetz im Parlament in Bern durchbrachten, war dies gegen starke Mittel-links-Opposition ein Sieg für die Freiheit eines jeden Bürgers. Weil ich in Zürich zwanzig Jahre half, jede Taxi-Preiserhöhung durchzusetzen, umarmten mich nicht nur die Fuhrhalter, sondern auch deren Chauffeure. Guter Service hat seinen Preis – in der reichsten Stadt der Welt.

Wenn Politiker sich mit Lobbyisten unterhalten, tun sie das praktisch nie aus finanziellen Erwägungen, sondern weil man sich gegenseitig gerne «Steine in den Garten wirft» und sie der Langeweile entkommen können, welche die Fraktionsdisziplin ihnen aufzwingt. Politiker sind hochkreative Menschen, die mit einem Dutzend Bällen und mehr jonglieren können, weil jeder Ball eine Chance bedeutet.

Wie motiviert man Politiker? Es sind zwei Punkte, die über ihren Einstieg entscheiden:

1 — Fördert ein solcher Vorstoss unter Umständen meine Karriere? Das ist der beste Ausgangspunkt.

2 — Erhalte ich aufgrund meines Engagements mehr Einfluss und Macht in Bern? Diese Analyse ist sehr wichtig.

Einladungen zu Reisen sind schon deshalb weniger wichtig, weil jeder Parlamentarier wenig Zeit hat. Handelt es sich um einen Sponsor der eigenen Partei, der Weiterbildung anbietet, sieht dies schon anders aus.

Es wäre nun falsch, dies allein auf National- und Ständeräte zu beziehen. In vielen Kantonen ist das Zusammenspiel zwischen Lobby und Parlament so wie der Regierung viel direkter; es ist gewissermassen *courant normal*. Dort spielen Altpolitiker jeglicher Couleur eine wichtige Rolle; sie sind leicht ansprechbar und meist



Sie stehen nicht gerne abseits: Ex-Präsident Clinton.

höchst wirksam. Sie stehen nicht gerne abseits. Sagt der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker: «Zürich soll gut positioniert werden für Digitalfirmen», ist dies eine Einladung für alle Lobbyisten dieser Branche, hart zu verhandeln.

Auf internationaler Ebene hat dies die Fluggesellschaft Swiss mit der Zuwahl von alt Bundesrat Moritz Leuenberger in ihre Luftfahrtstiftung bewiesen. Welcher Linke demonstriert gerne gegen Fluglärm in Zürich und Basel, wenn sein eigener Bundesrat dies als nicht opportun befindet?

Im Parlament in Bern stellt sich jedem Mitglied die Frage, ob es Ausdruck des Volkswillens (seiner Wähler) oder Dienstleister «fremder

Fürsten» sein will. Angesichts der Globalisierung der Schweiz muss unterschieden werden zwischen der Lobby für Stamminteressen, wie der Bauern oder der Importindustrie, der Zigarettenhersteller und des Tourismus, und der Lobby der neuen Machtgruppen. Die USA, Israel und Deutschland haben über Jahrzehnte klare Verhältnisse geschaffen. Russland, Kasachstan, Brasilien und die Staaten Nordafrikas müssen sich in Bern neu orientieren.

Wie grässlich auch intelligente Leute auf den Bauch fallen können, zeigen die verzweifelten Versuche von SRG-Chef Roger de Weck, getragen von seinem Chef Raymond Loretan, Lobbying mit einem guten Abstimmungskampf zu verbinden. Angesichts der bekannten Schwäche des amtierenden Bundesrates, der durch die Verwaltung geführt wird, haben Konzerne wie Nestlé, Novartis und ABB längst gelernt, ihre Lobby als Teil der Verwaltung zu sehen.

Transparenz ist eine Illusion

Gute Beispiele für effizientes Lobbying sind: das mit Hilfe eines Schweizer Botschafters und des Urnens Franz Steinegger in die Wege geleitete Engagement des Ägypters Samih Sawiris in Andermatt. Er erhielt den Boden geschenkt, den andere teuer bezahlen müssen. Der sehr erfolgreiche Einsatz von FDP-Ständerat Felix Gutzwiller für die Gesundheitsindustrie. Weiter die Sonderzuschüsse des Steuerzahlers für Nestlé, Emmi und Lindt & Sprüngli, damit sie ihre Produktion in der Schweiz behalten. Diese Liste liesse sich leicht verlängern. Den tüchtigsten Parlamentariern winken am Ende Sitze im Verwaltungsrat, in Beiräten und als Gutachter.

Zwei Vorurteilen sei an dieser Stelle begegnet: Es wird nie funktionieren, wie derzeit in Bern Mode, «die Transparenz der Lobbyisten schonungslos einzufordern». Vielmehr wäre es richtig, wie in den USA und in Grossbritannien üblich, die Auftraggeber zu veranlassen, ihre Lobbyisten bekanntzugeben.

Eines ist klar: So reich wie Bill Clinton wird dabei keiner. Unser zwinglianisch-calvinistisches Erbe ist ein Schutz, auch dann, wenn es – jetzt und in Zukunft – von der Globalisierung der Schweiz überrannt wird.

Klaus J. Stöhlker ist Unternehmensberater für Öffentlichkeitsbildung in Zollikon.

Mehr zum Thema: Seite 30

Warm anziehen

Von Henryk M. Broder — Die «Schonzeit» für Schweizer Juden scheint vorbei zu sein.



Ich möchte heute meine deutsche Blockhütte kurz verlassen und etwas über die Schweiz sagen, genauer: über die Schweizer Juden. Es ist noch nicht lange her, da hat mir der

Vorsitzende des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Herbert Winter, den Unterschied zwischen den schweizerischen und den deutschen Juden erklärt. Die deutschen Juden würden in ständiger Angst leben, in der Schweiz sei das nicht so. Er, Herbert Winter, könne ohne Polizeischutz überall hingehen, in jedes Café, jedes Geschäft, jede Veranstaltung. Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland dagegen könne sein Haus nicht ohne eine Polizeieskorte verlassen.

Mittlerweile scheint sich die Situation in der Schweiz geändert zu haben. Wie ich der «Tageschau» des Schweizer Fernsehens entnehmen konnte, sind die Schweizer Juden «besorgt», die Angst vor möglichen Anschlägen ist «gestiegen». Herbert Winter, der Vorsitzende des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, hofft «auf mehr Entgegenkommen und Unterstützung» seitens der Behörden. Was sollen die Behörden tun, um die Sorgen der Juden zu zerstreuen? Jedem «jüdischen Mitbürger» einen Polizisten an die Seite stellen? Nein, das nicht. Herbert Winter hat eine bessere Idee. Die beste Antwort auf die zunehmende Bedrohungs- lage sei «der Dialog mit den anderen Religionen». Deswegen habe man zu der letzten Delegiertenversammlung des SIG Kardinal Kurt Koch, den höchsten Repräsentanten der Schweizer Katholiken, eingeladen.

Ich kenne Kardinal Koch nicht, gehe aber davon aus, dass er kein Antisemit ist. Und wenn ich die Nachrichten aus der Schweiz richtig deute, kommt der Antisemitismus derzeit nicht aus dem katholischen Milieu (auch nicht aus dem protestantischen), sondern aus dem links-alternativen, wo der Juden- hass als «Israelkritik» praktiziert wird. Dieses Milieu hört auf die Namen Geri Müller und Daniel Vischer.

Angesichts solcher Umstände mit einem Kardinal über den Antisemitismus zu dialogisieren, ist so albern, als würden sich Vegetarier mit Veganern zu einem Gedankenaustausch über Kannibalismus treffen. Die «Schonzeit» für die Schweizer Juden scheint vorbei zu sein. Herbert Winter muss sich warm anziehen.

Gefährliche Verlockungen

Von Kurt Schiltknecht — Soziale Wohltaten wie die Erbschaftssteuer helfen den Ärmern nur scheinbar. Sie gefährden die wichtigste Zutat für den Wohlstand der Schweiz: die Vermögensbildung.

Ob das Volkseinkommen eines Landes wächst, hängt unter anderem davon ab, wie viele Leute wie lange arbeiten. Aber auch die Arbeitsproduktivität ist für das Wachstum von grosser Bedeutung. Diese wird durch Innovationen, durch technischen Fortschritt, durch die Menge des eingesetzten Kapitals und den Ausbildungsstand der Arbeitskräfte bestimmt. Während langer Zeit trug die demografische Entwicklung zu den hohen Wachstumsraten in den Industrieländern bei. Immer mehr junge und gut qualifizierte Leute traten in den Arbeitsmarkt ein. Dadurch stieg der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung, und das Volkseinkommen pro Kopf nahm mehr oder weniger laufend zu.

Die Welt war in Ordnung, und die Leute wurden reicher. Begünstigt wurde die Entwicklung in der Schweiz durch eine hohe Sparquote und einen starken Ausbau des Kapitalstocks. Dadurch konnte die Schweiz die überproportional steigenden öffentlichen Ausgaben und die Kosten der Altersvorsorge finanzieren, ohne sich übermässig zu verschulden. Doch ohne Steuererhöhungen ging es auch in der Schweiz nicht.

Inzwischen hat sich die demografische Entwicklung verändert. Das Verhältnis zwischen der Anzahl von Erwerbs- und Nichterwerbstätigen verschlechtert sich infolge Geburtenrückgangs und steigender Lebenserwartung. Immer weniger Leute müssen für immer mehr aufkommen. Das stellt die Wirtschaftspolitik vor eine grosse Herausforderung. Auf der einen Seite muss geprüft werden, welche öffentlichen Ausgaben gestrichen werden können. Auf der anderen Seite muss sich die Politik fragen, mit welchen Massnahmen die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann. Dies ist von zentraler Bedeutung, weil bei der jetzigen demografischen Entwicklung die Erhöhung der Produktivität die einzige Möglichkeit ist, das Volkseinkommen zu steigern.

Marx und die Schiffbrüchigen

Ohne Wachstum lassen sich die steigenden Sozialausgaben nicht finanzieren. Leider wird diesem Aspekt viel zu wenig Beachtung geschenkt. Dafür glauben viele, mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen die Ungleichheit in der Gesellschaft überwinden und zu einer gerechteren Vermögens- und Einkommensverteilung gelangen zu können. Solche

Ideen konnten noch nie erfolgreich umgesetzt werden. Wir wissen aber auch, dass die von Marx vorausgesagte Verelendung des Proletariats in kapitalistischen Ländern nicht eingetreten ist und dass alle sozialistisch oder kommunistisch regierten Länder wirtschaftlichen Schiffbruch erlitten haben.

Dennoch genossen die Umverteilungsideen, so beispielsweise auch die Erbschaftssteuer-Initiative, in breiten Kreisen grosse Unterstützung. Solche auf den ersten Blick nicht unvernünftiger scheinenden Forderungen verkennen die Realität. Sie berücksichtigen viel zu wenig, dass sich das Verhalten der Einwohner als Folge staatlicher Umverteilungsmassnahmen ändert. Wenn beispielsweise Geld von den Reichen in die Hände von Armen umgeleitet wird, wird dieses anders verwendet als erwartet. Die von der Umverteilung Begünstigten können – zumindest anfänglich – etwas mehr konsumieren. Auf der anderen Seite führt, weil Reiche

eine höhere Sparquote haben, eine starke Umverteilung zu geringeren Ersparnissen und letztlich zu einer geringeren Kapitalbildung. Wenn aber der Kapitalstock in der Wirtschaft weniger wächst oder sogar zurückgeht, hat dies einen negativen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität und auf die Löhne. Je schlechter sich diese entwickeln, umso weniger Geld steht



zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben und der Sozialwerke zur Verfügung. Die Leidtragenden sind dann vor allem diejenigen, die von den Umverteilungsmassnahmen scheinbar am meisten profitieren würden.

In den letzten Jahren konnte vor allem in den unter der Steuerlast leidenden europäischen Industriestaaten beobachtet werden, dass Innovationen wegen der zu kleinen Kapitalbildung nur sehr langsam in der Wirtschaft umgesetzt wurden. Dementsprechend gering war die Zunahme der Arbeitsproduktivität. Die Folgen für die öffentlichen Finanzen sind bekannt. Die Schweiz wäre gut beraten, wenn sie auf Umverteilungsexperimente wie jenes mit der Erbschaftssteuer verzichten und stattdessen mit der Entlastung des Kapitals für einen starken Ausbau des Kapitalstocks sorgen würde. Denn nur mit dessen starkem Anstieg können die Sozialwerke mehr oder weniger gesichert werden. Es ist naiv, zu glauben, dass mit einer Vermögensumverteilung die Finanzierung der Sozialwerke verbessert werden könnte.

Mehr Atomwaffen statt weniger

Von Hansrudolf Kamer — Das von der Administration Obama skizzierte Atomabkommen mit dem Iran generiert einen Rüstungswettlauf. Auch der Atomwaffen-Sperrvertrag offenbart zurzeit seine Nutzlosigkeit.



Was die Aussicht auf ein Atomabkommen mit dem Iran betrifft, so sind die Meinungen gemacht. Der amerikanische Präsident erhofft sich von ihm ein neues geopolitisches Gleichgewicht

in der Region. Ausserdem glaubt er, dass diese neue Machtbalance für Amerika, aber auch für den Mittleren Osten ein Gewinn wäre. Er ist einer von wenigen, die sich an diesen Glauben klammern.

Gleichzeitig läuft am Sitz der Uno in New York die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz des Atomwaffen-Sperrvertrags von 1968 (NPT). Die professionellen Abrüster, Diplomaten, Wissenschaftler und andere Experten stellen sich mehrheitlich hinter Obama und erklären, ein Iran-Deal wäre gut für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen auf der Welt. Sie glauben wie Obama, dass Verträge generell ihre Vermehrung verhindern können.

Die Realität sieht anders aus. Nur die fünf Veto-Mächte des Uno-Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Britannien, Frankreich) sind laut NPT «anerkannte» Atomwaffenstaaten. Indien, Pakistan und Israel sind dem NPT nie beigetreten, besitzen aber Kernwaffen. Nordkorea kündigte den Vertrag im Jahr 2003 und soll nach chinesischen Angaben zurzeit über mehr als zwanzig nukleare Gefechtsköpfe verfügen. Die Politik der Nichtweiterverbreitung unter dem Uno-Schirm ist seit langem gescheitert.

Die Politik bedient sich anderer Mittel, wenn es wirklich gefährlich wird. Eines davon sind Militäreinsätze. Die Israeli zerstörten einen Atomreaktor im Irak noch zu Saddam Husseins Zeiten und Jahrzehnte später einen in Syrien – rechtzeitig, bevor das Land im Chaos des Bürgerkriegs versank. Auch der Golfkrieg von 1991 und der Irakkrieg von 2003 verhinderten, dass das Zweistromland ein Atomwaffenstaat wurde.

Diplomatie und Verhandlungen zeitigten gemischte Resultate. Südafrika, Brasilien und Libyen, alle mit suspekten Nuklearprogrammen, gaben ihre Waffenpläne auf. Nordkorea verhandelte jahrelang und unterschrieb separate Abkommen, kassierte Wirtschaftshilfe

und führte die Welt an der Nase herum. Inzwischen soll es Atomraketen von U-Booten aus getestet haben. Natürlich weiss man bei Nordkorea nie genau, was wirklich Sache ist.

Nun ist der Iran ante portas. Die Aussichten für einen Nonproliferations-Erfolg stehen nicht gut. Früher galt die Sorge in der arabischen Welt, ob sie nun echt war oder nicht, den israelischen Atomwaffen. Heute bewegt der Iran die Gemüter.

Das bekam Obama zu spüren, als er dieser Tage die Führer des Golf-Kooperationsrates (Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate) nach Camp David einlud, um ihnen die Vorteile des Iran-Deals schmackhaft zu machen. Nur zwei von ihnen kamen überhaupt; die andern liessen sich durch die zweite Garnitur vertreten.

Kurz vorher hatte der ehemalige Chef der saudischen Nachrichtendienste erklärt, sein Land werde ein Atomprogramm beginnen, falls dem Iran gestattet werde, nukleare Anreicherungs-kapazitäten zu behalten. In der linksliberalen Zeitung *Haaretz* war dazu zu lesen, Israel könnte dabei Hilfe leisten – eine bisher unvorstellbare Perspektive. Ägypten liess durchblicken, es werde wie die Saudis in diesem Fall die nukleare Option wählen.

Die Araber lehnen nicht nur das iranische Atomprogramm ab, sie befürchten auch, die

Aufhebung der Sanktionen könnte dem Regime Mittel in die Kasse spülen, die dann im ganzen Mittleren Osten für terroristische Wühlaktivitäten verwendet würden. Ähnlich hatte der israelische Ministerpräsident Netanjahu vor dem Kongress in Washington argumentiert.

Obama beteuerte auch in Camp David wieder, die Sanktionen würden automatisch wieder sofort in Kraft gesetzt, sollte sich der Iran nicht an das Abkommen halten. Nicht nur die Erfahrung spricht dagegen. Der russische Uno-Botschafter Witali Tschurkin erklärte, von einem Automatismus könne keine Rede sein, sollte der Iran das Abkommen verletzen.

Es sind die fünf Veto-Mächte im Uno-Sicherheitsrat, die im Einzelfall jeweils bestimmen, ob eine Verletzung überhaupt vorliegt oder nicht. Der Findungsprozess ist ein politischer. So erstaunt es nicht, dass wenig später Wladimir Putin die Entwicklung vorwegnahm und die jahrelang sistierte Lieferung der S-300-Abwehrraketen an den Iran freigab. Er wartete gar nicht auf einen Uno-Beschluss.

Neue regionale Machtbalance

So zerfällt Obamas Iran-Politik, bevor das viel diskutierte Atomabkommen überhaupt geboren ist. Das einzige Druckmittel, über das der Präsident verfügt, die Sanktionen, gibt er aus der Hand für eine dubiose Vereinbarung, deren Einhaltung kaum verifizierbar und deren Auswirkung nicht überschaubar ist.

Mit den jüngsten militärischen Erfolgen des Islamischen Staates im Irak zeichnet sich eine neue regionale Machtbalance ab, aber nicht im Sinne Obamas. Die Welt wird deshalb lernen müssen, mit mehr, nicht weniger Atomwaffen zu leben. Vor Tische las man's anders.



Vor Tische las man's anders: Präsident Obama mit arabischen Gästen, Mai 2015.

Geschlechtsneutrale Vermehrung

Von Christoph Mörgeli

Alles ist möglich. Alles ist finanzierbar. Alles gehört allen. Und alles soll der Staat richten. Denn der Staat sind ja schliesslich immer die anderen. So lautet das Credo der sozialistischen Ideologie. So lautet das Credo einer ganzen 68er Generation: «Ich. Alles. Subito.» Dass diese egoistische, vielfach erpresserische «Geld her!»-Politik auch noch der Glorienschein des moralisch Guten umgibt, gehört zu den vielen Torheiten unserer Zeit.

Möglichst schrill vorgetragene Forderungen haben gerade auch im Bildungswesen System. Tagtäglich wird unseren Kindern gepredigt, dass ihnen vom Staat so ziemlich jeder Bildungsanspruch zusteht. Wehe, wenn irgendjemand die real existierende Bildungsbürokratie hinterfragt. Wehe, wenn jemand darauf hinweist, dass gute Bildung nicht immer nur eine Frage des Geldes ist. Genau jene, die den wirtschaftlichen Umgang mit Rohstoffen auf den Tod verteufeln, verlangen ununterbrochen mehr vom «Rohstoff Bildung».

Das Stipendienwesen fiel in unserem Bundesstaat genau wie die Bildung seit je ganz selbstverständlich in die Kompetenz der Kantone. Diese definieren die Anspruchsberechtigung und die Höhe der Ausbildungsbeiträge. Doch die üblichen parlamentarischen Beutejäger-Vorstösse haben seither vom Bund ein immer stärkeres finanzielles Engagement gefordert. Denn die Linken wollen nicht Begabtenförderung, sondern Chancengleichheit.

Der Verband Schweizerischer Studierendenschaften (VSS) ist eine typische Gewerkschaft. Sein Name ist geschlechtsneutral; dennoch strebt er unentwegt nach Vermehrung und muss seinen zahlenden Mitgliedern einen Gegenwert bieten. Die vom VSS eingereichte Stipendieninitiative will am 14. Juni jedem Studenten ein bedingungsloses Grundeinkommen verschaffen. Im Minimum 24.000 Franken. Schluss mit lästigen Nebenjobs und beengendem «Hotel Mama».

Ziel der Initiative sind: Zentralisierung beim Bund, Harmonisierung unter den Kantonen und Explosion der Ausgaben. Eine halbe Milliarde mehr soll's sein – etwa so viel, wie den Bund unsere Fachhochschulen kosten. Dabei tragen die Steuerzahler heute schon ein Vielfaches der Semestergebühren bei. Die künftige Elite des Landes soll möglichst früh lernen, Ansprüche an den Staat zu stellen. Spätpubertäre Stipendienansprüche von heute sind rot-grüne Stimmen von morgen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Grassierendes Wahlfieber 2015

Von Peter Bodenmann — Pokerspieler bei der Nationalbank; Schweiz als Eldorado der Geheimdienste; Kapitulation vor den Bauern.



Die besten Karten: SNB-Direktor Fritz Zurbrugg.

Vor den Wahlen greift Hektik um sich. Viele verlieren den Kopf. Obwohl sich in diesem Wahlherbst nicht viel verändern wird.

Niemand verteidigt politisch mehr die Aufhebung des Mindestkurses. Woche für Woche werden die Flurschäden der Schweizerischen Kapitulationsbank sichtbarer. Der Doyen der Schweizer Währungspolitik, Peter Bernholz, widerlegt in der *NZZ am Sonntag* Punkt für Punkt die Argumente des Beamten-Trios Jordan, Zurbrugg und Danthine.

Zurbrugg wehrte sich in der *Berner Zeitung*. Es gebe keine Spekulation gegen den Franken. Und sie von der Nationalbank seien keine Pokerspieler. Wahr ist das Gegenteil: Täglich wird weltweit in Billionenhöhe mit Franken, Euros, Yens und Dollars spekuliert. Mit die besten Karten in diesem Spiel hat die Schweizer Nationalbank. Im Gegensatz zu den Dänen begreifen unsere drei Nötzlis die Regeln der Währungspolitik nach wie vor nicht. Sie haben – wie Bernholz richtig feststellt – ihre Glaubwürdigkeit verloren. Die Schweiz ist ein Eldorado der Geheimdienste. Jedes Telefon wird aufgezeichnet. Jede E-Mail abgefischt. Jeder Computer früher oder später gehackt. Wer das Gegenteil behauptet, ist naiv oder instrumentalisiert. Warum dürfen wir nicht wissen, was Ueli Maurer so alles kaufen will? Warum ist geheim, was der Bundesrat über Kasachstan denkt? Ist doch den Interessierten alles längst bekannt.

Neu haben nicht nur Länder Geheimdienste, sondern auch oppositionelle Oligarchen. Die Geheimdienste und Spindoktoren des oppositionellen Kasachen Chrapunow lassen Christa Markwalder und Co. auffliegen. Die bürgerlichen Parteien mit ihren geheimen Finanzierungen sind erpressbar: weil fremde Mächte wissen, was Schweizerinnen und Schweizer wegen fehlender Transparenz nicht wissen dürfen.

Jetzt ist es amtlich: Jeder Schweizer Haushalt bezahlt pro Jahr 3500 Franken zu viel für landwirtschaftliche Produkte. Bauern und Kartelle saugen uns dank zu hohen Zöllen aus. Einst war Christoph Blocher nachweislich für den ruralen Freihandel. Der Vitale wollte die viel zu hohen Zölle abschaffen und aus den Bauern Unternehmer machen. Herrliberg musste vor den Bauern kapitulieren. Gleich geht es dem Nachwuchs. Neu muss Roger Köppel wider besseres Wissen die Schweizer Bauern vor den vitaleren Bauern aus Tirol und Bayern schützen. Damit sie im Herbst für ihn stimmen. Stimmenkauf.

Diese Spitzkehre ist nur möglich, weil SP-Politiker wie Corrado Pardini und Cédric Wermuth beim ruralen 10-Milliarden-Wahnsinn, der von den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlt wird, mitmachen. Und selbst gegen das Cassis-de-Dijon-Prinzip stimmen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Sprung in den Seitenwagen

Von Kurt W. Zimmermann — Erst verloren die Verlagshäuser das Geld, dann die Schlacht – und nun auch noch den Stolz.

Das letzte Mal im Blatt gab es das seltene Ereignis vor drei Wochen. In der *Sonntagszeitung* hatte es eine «Pano». Es war eine Pano von Toyota.

Die Pano, das Kürzel für Panoramaseite, ist die Königsform der klassischen Werbung. Der Kunde schaltet ein Inserat, das zwei nebeneinanderliegende Seiten abdeckt. Die Pano ist die teuerste Werbeform im Print. In der *Sonntagszeitung* kostet die Doppelseite nach Listenpreis 67 163 Franken.

Noch vor zwanzig Jahren waren die Zeitungen und Zeitschriften mit Panos prall gefüllt. Die Verlagshäuser verdienten massig Geld. Mit Spott blickten sie hinunter auf das neue Internet und seine Tastversuche im Werbemarkt. Die junge Konkurrenz war für sie bloss eine Erscheinung im Eintagsfliegen-Modus. Sie zitierten genüsslich Bill Gates, der 1993 angekündigt hatte: «Das Internet ist nur ein Hype.»

Es war ein epochaler Irrtum. Die Inserategelder verschwanden schneller ins Netz, als die Verleger ihre Verluste zählen konnten. Google, der digitale Werbegigant, wird dieses Jahr bereits einen Umsatz von 80 Milliarden Dollar erreichen. Immer wichtiger als Werbeträger wird auch Facebook, das dieses Jahr auf 15 Milliarden Dollar kommen wird.

Nachdem ihre Anzeigen abgezogen waren, setzten die Verleger auf eine Angriffsstrategie gegen den Feind. Sie wollten von Google Geld eintreiben, weil die Suchmaschine ihre Online-News ohne Gegenleistung verbreitete. Google lächelte nur milde. Denn inzwischen waren die Verlage in hohe Abhängigkeit geraten. Ohne Google brachen die Zugriffe auf ihre Zeitungs-Websites zusammen. Die Schlacht ging darum verloren. Google bedient sich heute ungenierter als je bei den Inhaltsproduzenten.

In den letzten Wochen nun folgte eine neue Eskalationsstufe bei der Unterwerfung unter Google und Facebook, die siegreichen Widersacher im Werbemarkt. Die Verlagshäuser begruben nun auch ihren letzten Widerstand.

Soeben gingen führende Grossverlage eine sogenannte Kooperation mit Google ein. In Wirklichkeit lassen sie sich von Google sponsern. Der Konzern wirft jährlich 150 Millionen auf, um den Medienhäusern zu zeigen, wie man zu besseren Erlösen kommt. Auch renommierte Unternehmen von Guardian bis FAZ-Verlag akzeptierten die Almosen von Google. Es ist eine Art Armenspeisung aus Angst vor dem Aushungern.



«Das Internet ist nur ein Hype»: Bill Gates.

Noch einschneidender ist der Deal, den die Verlage unter dem Titel «Instant Articles» soeben mit Facebook eingegangen sind. Facebook darf künftig ihre Artikel in seinem Netzwerk aufschalten. Sie sind viel schneller abrufbar als bisher. Die Medienhäuser bekommen nichts für ihre Inhalte, nicht einmal einen Link auf ihre Websites, die es nun nicht mehr braucht. Wiederum machen von *New York Times* bis *Spiegel* die führenden Print-Adressen mit. Es ist eine Art journalistischer Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Gewaltiger Kulturwandel

Die Zeitungshäuser haben ihren früheren Stolz an der Garderobe abgegeben. Sie kapitulieren mittlerweile vor der Macht der Stärkeren. Die Stärkeren sind die Internetgiganten mit ihrem Milliardenpublikum. Ohne sie erreichen die Medienhäuser die Leser nicht mehr.

Der Kulturwandel, der sich in den letzten Wochen akzentuierte, ist tatsächlich gewaltig. Jahrzehntlang waren die Zeitungen die Eisenbahnen, auf die kommerzielle Trittbrettfahrer aufsprangen. Nun sind Google und Facebook zu Eisenbahnen geworden, und die Verlagsunternehmen springen als kommerzielle Trittbrettfahrer auf.

Man konnte den Wandel des Journalismus nie besser beschreiben als derzeit. Es ist der Wechsel vom Fahrersitz in den Seitenwagen.

Der Deutsche

Von Beatrice Schlag — Kritik an den Schweizerinnen

Werdet lockerer und lächelt mal!», rät der 31-jährige Sebastian den Schweizerinnen. Sebastian ist ein gutaussehender Deutscher. Er lebt seit über zehn Jahren in der Schweiz und macht bei der zurzeit laufenden Staffel von «Die Bachelorette» des Schweizer Privatsenders 3+ mit. Angeblich wirkt er im Fernsehen arrogant, was ich nicht beurteilen kann, weil ich nur über ihn gelesen habe. Vor wenigen Tagen beklagte er sich in einem ausführlichen Interview mit *Blick am Abend* über Aussehen und Benehmen der Schweizerinnen, die er «verklemt und unnahbar» findet.



Hass oder Frust?

Damit ist er bei weitem nicht der Einzige. Dasselbe sagen unzählige Schweizer Männer, wenn man sie nach ihren Landsmänninnen fragt. Sie hadern damit, dass viele Schweizerinnen auf den Versuch eines unbekanntes Mannes, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, so empört reagieren, als handle es sich um einen sexuellen Übergriff. Aber wenn ein Deutscher und ein Schweizer über Schweizerinnen das Gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe. Dass der *Blick* Sebastians Aussagen als «Hass-Attacke auf Schweizer Frauen» brandmarkte, war dennoch erschreckend. Erstens handelt es sich allenfalls um eine Frust-Attacke. Und zweitens könnte man kurz darüber nachdenken, warum Schweizerinnen so oft bei Männern anecken, egal, woher diese stammen.

Ob man eine Schweizerin in einem Lokal fragt, ob der Stuhl neben ihr frei sei oder ob man sie zu einem Glas einladen dürfe: die Wahrscheinlichkeit, dass die Antwort unwirsch und angeödet klingt, ist hoch. Oder, wie Sebastian sagt: «Viele denken, sie seien eine Prinzessin. Sie stylen sich für den Ausgang und wollen dann doch mit keinem reden.» Dabei seien Frauen unter dreissig noch relativ nett im Vergleich zu den älteren: «Wenn sie erst dreissig sind, kaufen sich manche eine Katze. Ab vierzig werden sie esoterisch und spüren den zweiten Frühling. Dann machen sie sich rote Strähnchen ins Haar und lassen sich die Brust straffen.» Das ist nicht schlecht beobachtet, aber sehr uncharmant ausgedrückt. Vermutlich ist der Mann tatsächlich ein arroganter Pinkel.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man zum Talerschwingen – natürlich nur im äussersten Notfall – auch eine Euro-Münze benutzen? *Jakob Ruppel, Stein am Rhein*

Man darf heute fast alles, aber in diesem Fall muss man sich fragen, ob eine Ein-Euro- oder auch eine Zwei-Euro-Münze über die notwendigen physikalischen Eigenschaften wie Umfang, Gewicht und Legierung verfügt. Ich würde das verneinen und daher dringend davon abraten. Wesentlich besser geeignet wäre da schon ein Fünfliber. Ein amerikanischer Silberdollar wäre jedoch eindeutig die optimale Variante. *Silvio Borner*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Der Artikel zeigt mal wieder, wie viel Ungerechtigkeit es auch in der Schweiz gibt.» *Daniel Rickli*



«Abwählen»: Schweizer Parlamentarier.

Auf einem anderen Niveau

Nr. 20 – «Gekaufte Politiker»;
Roger Köppel über Parlamentarier

Der Artikel zeigt mal wieder, wie viel Ungerechtigkeit es auch in der Schweiz gibt. Ungerechtigkeit auf einem anderen Niveau, ja, aber Ungerechtigkeit, die man bekämpfen soll und muss. Die einfachste Art, die politische Ungerechtigkeit zu bekämpfen, ist meiner Meinung nach folgende: diese Politiker abwählen. *Daniel Rickli, Burgdorf*

Erstaunliche Schlüsse

Nr. 20 – «Lob den Bauern»;
Editorial von Roger Köppel

Der Autor formulierte einst meinen Leitgedanken in der Landwirtschaftspolitik, indem er die Schönheit der unberührten Natur im wilden Osten pries. Im letzten Editorial glorifiziert er jedoch die Schweizer Landschaftspflege durch die Bauern im Nachgang zur Aufhebung des Cassis-de-Dijon-Prinzips und liegt damit mehrfach falsch: Auch die einseitige Anwendung dieses Grundsatzes rechtfertigt nicht dessen Aufhebung. Stattdessen wäre eine gegenseitige Anerkennung der Qualitätsstandards erstrebenswert.

Doch mündige Schweizer Konsumenten brauchen keine staatliche Ernährungskontrolle. Der vom Autor verteidigte Weg verhindert wichtige Freihandelsverträge wie beispielsweise jenen mit den USA. Dieser Protektionismus bildet kei-

ne liberale Basis für Schweizer Bauern, die zu achtzig Prozent keinen unternehmerischen Mechanismen mehr ausgesetzt sind. Die Bauern werden nicht aussterben. Der fortschreitende Strukturwandel hilft ihnen, sich neu zu positionieren. Auch wenn sie lediglich 3,5 Prozent der Beschäftigten in der Schweiz ausmachen und weniger als 1 Prozent zur Schweizer Wertschöpfung beitragen, geniessen die Schweizer Bauern eine breitabgestützte Solidarität. Mit seinem Appell für wirtschaftliche Abschottung setzt sich SVP-Kandidat Köppel dem Verdacht aus, bei dieser Klientel auf Stimmenfang zu gehen. *Martin Hartmann, Zürich*

Aus verhandlungstaktischen Gründen mag es Sinn machen, das Cassis-de-Dijon-Prinzip nicht einseitig aufrechtzuerhalten. Trotzdem erstaunt es, zu welchen Schlüssen Herr Köppel kommt. Ja, die Auflagen in der Landwirtschaft sind zum Teil absurd. Mit dem Regelwahn und anderen finanziell ausufernden Bereichen die Subventionen für die Bauern zu verteidigen, ist jedoch wenig freiheitlich. Ich freue mich auf den künftigen Nationalrat Köppel, welcher sich gegen Bürokratie und Subventionen einsetzt. *Marcel Remund, Zollikofen*

Jüdische Heimstätte

Nr. 20 – «Das Völkerrecht ist unmoralisch»;
Interview mit Alan M. Dershowitz

Israel könne alles ändern mit einem grosszügigen Angebot an die Palästinenser, meint Der-

showitz. Er übersieht, dass die gültigen Satzungen der PLO und der Hamas so oder so die Vernichtung Israels zum Ziel haben. Auch Verträge bieten Israel null Sicherheit. Denn früher muslimisch beherrschtes Gebiet darf gemäss Islam nie in der Hand von Ungläubigen (in diesem Fall Juden) bleiben! Wohin «Weitherzigkeit» führt, hat München 1938 gezeigt. Ja, Israel hat als Antwort auf einen Angriff Jordaniens das Westjordanland besetzt. Nur vergisst Dershowitz, dass es sich dabei um Judäa und Samaria handelt, Gebiete, die Jordanien 1949 widerrechtlich besetzt hatte. Es ist also nicht «Niemandland», sondern es gehört zur «jüdischen Heimstätte» gemäss gültigem Völkerbundsmandat von 1922 – ebenso wie ganz Jerusalem! *Hanspeter Büchi, Stäfa*

Unaufgeregtheit, die guttut

Nr. 19 – «Es ist mir wieder eins gestorben»; Peter Holenstein über Heinrich Götti

Was sich auf den ersten Blick wie ein Protokoll mit Aussicht auf ein schlimmes Ende liest, erhellt auf den zweiten Blick menschliche Abgründe von besonderer Eindringlichkeit – und vermittelt ein Sittenbild aus einer Zeit, die für uns Komfortmenschen nur schwer nachzuvollziehen ist. Der Autor Peter Holenstein ist mit dieser Geschichte seinem Stil und seiner Arbeitsweise treu geblieben. Er braucht sie nicht, die ultimative «persönliche Bewertung», um eine Story aufregend zu machen; seine Form des Haltungsjournalismus gründet auf detaillierter Recherche und einer ebenso detaillierten Erzählweise. Warum ich das betone? In einer Zeit, wo Storys durch Aufblähung, moralinsaures Gutmenschentum und die allzeit präsente «Vermutung» um ihre Bedeutung buhlen, tut Holensteins Unaufgeregtheit gut. Rudolf Augstein hat einst gefordert: «Journalisten sollen Geschichten schreiben, nicht Geschichten machen.» Holenstein verkörpert dies seit Jahrzehnten. Ich freue mich auf die nächste Geschichte aus seiner Feder.

Armin Menzi, Frauenfeld

Mehr Macht

Nr. 19 – «Die Weisheit des Volkes»; Peter Keller über Initiativen

Wer Volksrechte einschränkt, will mehr persönliche Macht. Ich glaube immer noch nicht an den selbstlosen Politiker.

Roland Gazzotti, Basel

Und Stalin?

Nr. 19 – «Sieg über Hitler»;

Es sei der *Weltwoche* nachgesehen, dass sie den Kommunisten Stalin nicht aufs Cover bringt. Er war derselbe abscheuliche Verbrecher mit ähnlich bescheidener Schulbildung und mit

Minderwertigkeitskomplexen wie Hitler. Aber er beziehungsweise die damalige Sowjetunion kann bis heute den Hauptanteil am Sieg über Nazideutschland für sich in Anspruch nehmen. Die Invasion der Alliierten in der Normandie erfolgte nach der Niederlage bei Stalingrad und dem Zusammenbruch der Ostfront, also als Nazideutschland militärisch und moralisch bereits angezählt war. Bei dem riesigen Blutzoll, den die Sowjetunion dafür bezahlen musste, sollte so viel Objektivität schon noch sein. *Karl Baier, Basel*

Gewolltes Totschweigen

Nr. 19 – «Uni im Unrecht»; Kommentar von Philipp Gut

Das Totschweigen der Rolle von alt Regierungsrätin Regine Aepli im Fall Mörgeli ist, bei Lichte besehen, nicht nur «erstaunlich», vielmehr gewollt – und damit ein Skandal, einer Rekurskommission unwürdig. Es bleibt zu hoffen, die Regierung schliesse den/die Vorsteher/-in der Bildungsdirektion, wie in meiner vom Kantonsrat deutlich überwiesenen Einzelinitiative verlangt, künftig vom Präsidium des Universitätsrats aus, verkehre die Stossrichtung der Einzelinitiative nicht wie auch schon ins Gegenteil. Die *Weltwoche* möge hier ein Auge draufhaben, damit sich ein Fall Mörgeli nicht wiederholt. Der Dank ist ihr gewiss! *Hans-Jacob Heitz, Männedorf*

Korrigenda

In der Ausgabe Nr. 18/2015 berichtete die *Weltwoche* unter dem Titel «Der grosse Lauschangriff» über die Strafermittlung gegen elf Zürcher Sittenpolizisten, bei der diverse Telefone abgehört und Wanzen eingesetzt wurden. Der im Artikel erwähnte Oberrichter Thomas Meyer hat das Verfahren gegen die Beamten bewilligt, jedoch nicht, wie fälschlicherweise berichtet, den Lauschangriff. Dieser wurde von den Zürcher Oberrichtern Willy Meyer und Pierre Martin bewilligt.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Clever sparen!

Jetzt nur 450.–/Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.–/Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000 Impressions pro Monat

Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

200'000 Impressions pro Monat

Das Stellenportal für Medical-Stellen

180'000 Impressions pro Monat

Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

300'000 Impressions pro Monat

Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80



Die Welt verbessern...: (Ex-)Bundesbeamte Philippe Roch, Stefan Jordi, Ueli Stückelberger, Daniel Dubas, Michael Aebersold, Thomas Götting (v.l.).

Lobbyisten im Staatsdienst

In der aufgeregten Debatte darüber, wer dem Parlament einflüstert, geht vergessen: Niemand beeinflusst die Gesetzgebung so stark wie die Verwaltung. In vielen Bundesämtern gilt: Wer angeblich dem Staat und damit dem Volk dient, kämpft tatsächlich für seine eigene Mission. *Von Markus Schär*

So treten Sieger auf. «Die Gesetze macht nicht das Parlament und auch nicht der Bundesrat», trumpft Ueli Stückelberger auf, «sondern die Verwaltung.» Der Direktor des Verbandes öffentlicher Verkehr sorgt damit für Aufhorchen an der Tagung, an der die Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung über das Lobbying nachdenkt – «die verbotene Substanz, die den Geist der Demokratie vergiftet», wie sich Präsident Martin Wyss vom Bundesamt für Justiz ausdrückt.

Niemand im Publikum glaubt, dass die Parlamentarier nur an das Wohl des Landes oder wenigstens ihrer Wähler denken, wenn sie Gesetze machen. Aber Stückelberger raubt seinen Zuhörern den letzten Rest von staatsbürgerlichem Idealismus. Er höhnt, selbst in den Kommissionen, wo die Parlamentarier mit Fachwissen sitzen, lese nur ein Drittel die Botschaften. Er plaudert aus, die Anträge kämen nicht von den Volksvertretern («das ist die Fiktion»), sondern von den Verbänden und vor allem von der Verwaltung – «und ihr Einfluss kann auch von der Botschaft abweichen». Er rät, die Staatsdiener müssten «einen Antrag so schreiben können, dass sich der Parlamentarier in der Kommission nicht lächerlich macht». Er spottet, die Verwaltung lasse sich von den Räten gerne Aufträge für Berichte geben, die sie schon ohne Auftrag verfasst habe. Und er ätzt: «Die Verwaltung sieht das Parlament als unwissenden Feind.»

Ueli Stückelberger weiss, worüber er seine Sprüche klopft: Der Fürsprecher, nebenbei grüner Politiker und VCS-Aktivist, arbeitete zwölf Jahre in führenden Positionen im Bundesamt für Verkehr. Und er feierte da einen der grössten, zumindest teuersten Lobbying-Erfolge in der Schweizer Geschichte, aber dazu später.

«Die gängige Vorstellung, dass die Politik entscheidet und die Verwaltung umsetzt, ist nicht die helvetische Realität», schreiben Matthias Daum, Ralph Pöhner und Peer Teuwsen im Buch «Wer regiert die Schweiz?». Die Frage beantworten die Autoren anders als der Journalist Hans Tschäni, der sie 1983 aufwarf: Sie sehen nicht mehr den freisinnigen Filz aus Parlamentariern, Wirtschaftsführern und Armeechefs – oft in Personalunion – an der Gesetzesmaschine hebeln, sondern Leute wie Ueli Stückelberger, also Vertreter von Nichtregierungsorganisationen. Ob Entwicklungshilfe, Energiewende oder Gleichstellung: Diese Lobbyisten beeinflussen die Gesetzgebung weit stärker, als es ihrem Gewicht in der Gesellschaft entspräche; sie bekommen also eine Macht, die weniger demokratisch legitimiert ist als jene der ein Jahrhundert lang herrschenden FDP mit ihrem Filz.

Warum? Die alltägliche Wirklichkeit ist das Gegenteil der gängigen Vorstellung, dass die Politik entscheidet und die Verwaltung umsetzt: Die Verwaltung entscheidet – und sie

sorgt mit ihrem Lobbying dafür, dass die Politik umsetzt. «Das Parlament kann sehr viel», witzelt Ueli Stückelberger, «aber eigentlich nur blockieren.» Dies zeigt sich vor allem in den Bundesämtern, die die Welt verbessern und die Menschen umerziehen wollen. Hier finden Nichtregierungsorganisationen immer ein offenes Ohr, denn diese Bundesämter denken wie sie. Das sieht, wer die Organigramme anschaut: In diesen Bundesämtern sind sympathisierende Lobbyisten und sogar aktive Politiker der Roten und der Grünen in führenden Positionen.

«Ausgeprägte Deckungsgleichheit»

Dass die Verwaltung im Bund das Sagen hat, obwohl sie weit stärker nach links neigt als das Volk, ist nicht von Politikern erfunden, sondern von Politikern belegt. Zwar liege für die Schweiz keine generelle Studie vor, stellt der Lausanner Professor Andreas Ladner fest, der das «Handbuch der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz» mitherausgegeben hat. «Es gehört jedoch schon seit Jahren zum Standardwissen der Politikwissenschaften, dass die Verwaltung nicht lediglich ausführt, was ihr von Parlament und Regierung aufgetragen wird, sondern auch eine aktive, gestaltende und somit im weiteren Sinn politische Rolle einnimmt. Das macht ja eigentlich auch Sinn, weil die Verwaltung über mehr Fachwissen und Er-



fahrung verfügt.» Aufgrund der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung der Politik gewannen die Staatsdiener immer mehr Gewicht: «Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, über Gutachten, Expertenberichte oder internationale Organisationen auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen.»

Wie die Mechanik im Polit-Alltag funktioniert, untersuchten Karin Ingold und Manuel Fischer von der Uni Bern in ihrer Studie darüber, wer in den letzten fünfzehn Jahren in der Schweiz die strengste Klimapolitik der Welt durchsetzte. Als «mächtigste Akteure» sehen sie das Bundesamt für Umwelt (0,8 auf ihrer Skala) und das Bundesamt für Energie (0,7). Auf ähnlich hohe Werte kommen nur Economiesuisse und WWF; dagegen steht das – damals noch von Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) geführte – Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation nur bei 0,6, und die Parteien finden sich unter «ferner redeten mit».

In diesem politischen Prozess gab es «eine ausgeprägte Deckungsgleichheit der Akteure bei der Ausarbeitung und bei der Einführung der Gesetze». Das heisst: Die Verwaltung als mächtigste Akteurin prägte sowohl die Entscheidungen als auch die Umsetzung der Klimapolitik. «Staatliche Akteure», meinen Ingold und Fischer, «gehören typischerweise nicht zu einer der Koalitionen im Konflikt; sie pflegen neutrale Ansichten zum Problem und dienen deshalb als Vermittler zwischen den Parteien.» Es läuft also angeblich so, wie es im Buch von Daum, Pöhner und Teuwsen der WWF-Lobbyist Patrick Hofstetter sagt: «Bei Anhörungen und Vernehmlassungen ist es immer dasselbe Game: Wir wollen mehr, Economiesuisse will weniger. Und die Verwaltung sagt: <Super, da haben wir ja die goldene Mitte gefunden.>

Das heisst: Da verändert sich kein Millimeter am Vorschlag der Verwaltung.»

Dass in diesem Seilziehen die Verwaltung als «neutraler» Schiedsrichter auftritt, ist ein schlechter Witz. Denn die Chefbeamten in den weltverbessernden Bundesämtern sind in ihren Ansichten nicht neutral, sondern extrem. Als Beispiel dient auch Philippe Roch, der frühere Direktor des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft. Der «homme politique» (Wikipedia) führte zuvor den WWF Schweiz und siegte mit der Rothenthurm-Initiative für den Schutz der Hochmoore. Er wehrte sich im Bundesamt gegen rechtmässige Freisetzungsversuche mit Gentech-Pflanzen der ETH Zürich, für die sich die Experten aussprachen. Und er

Die Chefbeamten sind in ihren Ansichten nicht neutral, sondern extrem.

kämpfte seit seinem Rücktritt für die Zweitwohnungsinitiative und für die Ecopop-Initiative, die das Volk im letzten November mit 74 Prozent ablehnte, «als Antwort zur Überbevölkerung in der Schweiz und weltweit».

Der Nachfolger im Bundesamt für Umwelt, Bruno Maria Carmelo Oberle, gilt als Technokrat. Dafür toben sich seine Untergebenen auf ihrer politischen Mission aus. Vizedirektorin Karine Siegwart Merz sass bis vor zwei Jahren für die Grünen im Freiburger Stadtparlament, zusammen mit Hubert Zurkinden, dem damaligen Generalsekretär der Grünen Schweiz. Sektionschefin Susanne Schorta Baumann, zuständig für politische Geschäfte, diente dem SP-Ständerat und ehemaligen Bieler Stadtpräsidenten Hans Stöckli als persönliche Mitarbeite-

rin; ihr Ehemann sorgt in der SP Bremgarten fürs «Networking». Und Kommunikationschef Thomas Göttin, zuvor Journalist bei Radio DRS und Propagandist der Gewerkschaft Smuv, sitzt für die SP im Parlament der Stadt Bern und führte bis vor zwei Jahren mit der heutigen SPS-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen die Stadtpartei. Als Grund für den Wechsel ins üppig entlohnte Bundesamt gab er den Wunsch an, weniger zu arbeiten – so bleibt Zeit für die Politik.

Selbst für Coop zu radikal

Neu arbeitet im Bundesamt auch Sibylle Anwender Phan-huy: Die Agrarökonomin sorgte als langjährige Leiterin Nachhaltigkeit und Public Affairs dafür, dass sich Coop weltweit als ökologisch und sozial vorbildlicher Detailhändler rühmen kann. Sie eckte allerdings selbst da mit ihrer ideologischen Militanz an; nach ihrem Rauswurf gründete sie vor einem Jahr eine Beratungsfirma, brachte die CVP Basel dazu, sie in den Bankrat der Kantonalbank zu schicken, und stieg kurz darauf als Geschäftsführerin der Pro Terra Foundation ein, die gegen die Gentechnik kämpft. Beim Bund fand sich allerdings ein einfluss- und ertragreicherer Posten: Als Chefin der Abteilung Ökonomie und Umweltbeobachtung setzt sie jetzt für alle Firmen durch, was selbst Coop zu radikal war.

Im Bundesamt für Raumentwicklung bastelt die Sektion Nachhaltige Entwicklung derzeit mit 200 gleichgesinnten «Stakeholdern» an der Strategie «Nachhaltige Entwicklung», die der Bundesrat im Januar 2016 zusammen mit der Legislaturplanung vorlegt (*Weltwoche* Nr. 13/15). Sektionschef Daniel Dubas sitzt für die Grünen im Stadtparlament von Lausanne. Und Stellvertreterin Anne DuPasquier macht im leitenden Ausschuss der Stiftung Sanu



...und die Menschen umerziehen: Bundesbeamte Benno Frauchiger, Karine Siegwart Merz, Sibylle Anwander (v.l.).

Durabilitas mit, die für «die notwendigen Erfolge in der Umsetzung der Nachhaltigkeit» sorgen will. Deren Präsident, der Lausanner Professor Peter Knoepfel, forscht denn auch selbst, wie sich eine noch strengere Klimapolitik gegen das «grosse Oppositionspotenzial der Zielgruppen» erzwingen liesse.

Im Bundesamt für Energie schliesslich bietet Direktor Walter Steinmann (SP) seinen Genossen weiten Auslauf. Michael Aebersold, zuständig für die Entsorgung radioaktiver Abfälle, leitet die SP-Fraktion im Berner Grosse Rat. Stefan Jordi, verantwortlich für die regionale Partizipation, führt als langjähriger Parlamentarier die SP der Stadt Bern. Benno Frauchiger, stellvertretender Leiter der Sektion Erneuerba-

re Energien, sitzt im Berner Stadtparlament. Und die drei Männer stehen alle auf der Nationalratsliste der SP Bern. Die rot-grün beherrschten Bundesämter gehören zum Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek): Es wird seit viereinhalb Jahren von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) geführt.

Das Volk kann nur noch blockieren

Die Scheinstaatdiener fühlen sich alle auf einer Mission: die Welt vor den Menschen zu retten. Ob sie für die Biodiversität oder gegen die Gentechnik kämpfen, für die Energiewende oder gegen den (angeblichen) Ressourcenverschleiss, für den öffentlichen Verkehr oder gegen den «Siedlungsbrei» (den sie mit der hochsubventionierten Mobilität erzeugen): Sie treiben ihre eigene Agenda voran – der Bundesrat, die Volksvertreter und vor allem das Volk, das ihre Spitzenlöhne bezahlt, können nur blockieren.

Das zeigt gerade der vermeintliche Technokrat Bruno Oberle. Den Direktor des Bundesamtes prägte einst als Jugendlichen, wie seine ganze Generation, der Club of Rome mit seiner längst widerlegten These von den «Grenzen des Wachstums». Im Gegensatz zu den meisten Gleichaltrigen, die aus den real existierenden Experimenten lernten, glaubt er noch heute, nur der Staat könne für den ökonomisch und ökologisch richtigen Einsatz der Ressourcen sorgen. Im Bundesamt kämpft er gegen Abfälle, führte «Produktumweltdeklarationen» ein und baute Reffnet, eine «Agentur für Ressourceneffizienz», auf – alles ohne Rechtsgrundlage.

Die Grünen sollten sie mit ihrer im Herbst 2012 eingereichten Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft nachliefern. In der Volksabstimmung käme die Initiative allerdings kaum auf 25 Prozent; deshalb legte das Bundesamt für Umwelt

flugs einen «Gegenvorschlag» vor, der ebenso weit ging. Der Ständerat weigerte sich vor einem Jahr zuerst, darauf einzutreten. Der Luzerner CVP-Mann Konrad Graber musste das Gesetz für seine Bundesrätin retten, indem er wenigstens die wirtschaftsfeindlichsten Paragraphen strich. Derzeit setzt sich der Nationalrat mit der Vorlage auseinander. Die Wirtschaftsleute staunten über gleich fünf Vertreter des Bundesamtes, die in der Kommission dabeisassen. Und sie hörten, was ihnen der Direktor androhte: Wenn sie nicht «freiwillig» strengen Zielen zustimmten, gebe es nur *command and control*.

Wie man es macht, als Staatsdiener seine eigene Mission durchzusetzen, zeigte Ueli Stückelberger. Der Jurist stieg 1999 beim Bundesamt für Verkehr ein, leitete ab 2001 den Rechtsdienst und führte ab 2010 die Abteilung Politik. Daneben stand er zehn Jahre lang der GFL/EVP-Fraktion im Berner Stadtparlament vor. Und er tat im VCS mit, auch bei der Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr». Im Bundesamt andererseits werkelt er mit beim Gegenvorschlag «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (Fabi), der dreieinhalb Milliarden Franken kosten sollte. Im Parlament legten die vereinigten Regionalpolitiker noch drei Milliarden drauf, angefeuert vom Bundesamt und von CVP-Ständerat Peter Bieri, der für 140 000 Franken für den Informationsdienst des öffentlichen Verkehrs Litra weibelte. Da konnte der VCS seine Initiative freudig zurückziehen: Ihre Ziele seien mit dem Gegenvorschlag erfüllt.

Und Ueli Stückelberger kann sich als Star fühlen, wenn gilt, was der Berater Stefan Wyer an der Tagung über das Lobbying sagte: «Ein guter Lobbyist setzt den Hebel dort an, wo Vorlagen ausgedacht werden – und er begleitet sie auf dem ganzen Instanzenweg.» ○

WERKPLATZ UND ARBEITSPLÄTZE VERNICHTEN?

NEIN!

Am 14. Juni 2015:

- ➔ NEIN zur Erbschaftssteuer
- ➔ NEIN zur Billag-Steuer



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Werden Sie Mitglied beim BDS!
Unterstützen Sie unsere Aktivitäten
mit einer Spende auf PC 80-7627-7.
Herzlichen Dank!

Die Tentakel der Verwaltung

Die Linken können sich bei der aktuellen Lobbyisten-Diskussion genüsslich zurücklehnen: Das Milizprinzip wird weiter geschwächt, der Staatsapparat gestärkt.

Von Peter Keller

Kürzlich fragte mich ein NZZ-Journalist, wie ich das Lobbying in Bern erlebe. Grundsätzlich ist es richtig, dass sich Interessengruppen – oder: Betroffene – einbringen. Wenn der Bund wieder eine unsinnige Bestimmung ausheckt, soll sich das Gewerbe oder die Finanzbranche oder wer auch immer zur Wehr setzen. Der ungeschminkte Polit-Alltag bedeutet ja oft nichts anderes, als das Schlimmste zu verhindern.

Dann gibt es die – wir wollen sie mal die Zeugen Jehovas unter den Lobbyisten nennen. Nicht weil sie eine persönliche Mission verfolgen, Gott behüte, sondern der Aufsässigkeit wegen. Sie sind die Vertreterbranche, quasi das Callcenter auf zwei Beinen. Bezahlte Agenten von links bis rechts, von den Umweltverbänden bis zur Pharmaindustrie. Durchaus charmant im Auftreten, nutzen sie das Terrain vor den Ratssälen, um Parlamentarier zu umgarnen.

Manch Kollege liess sich schon aus über deren Aufdringlichkeit – oft waren es solche, die ihre Zutrittskarten selber an Interessenvertreter vergeben haben. Persönlich wunderte ich mich über die Klagen. Mir nähert sich nur höchst selten ein Exemplar. Das hat weniger mit moralischer Standhaftigkeit meinerseits zu tun als mit einer Weisheit des unsterblichen Udo Jürgens, der einmal sagte, für nicht attraktive Menschen sei es wesentlich einfacher, treu zu sein. Oder anders gesagt: Es gibt für Lobbyisten prickelndere Dating-Profilen im Parlament als die von SVP-Mitgliedern, die für die *Weltwoche* schreiben.

Da kichern die Hühner

Die flexible Mitte lohnt sich da schon eher. Womit wir bei Christa Markwalder wären. Ihre Kasachstan-Interpellation an sich ist eine Lappalie. Aufschlussreich bis amüsant waren bloss die Reaktionen im Nachgang. Sie sei halt zu gutgläubig, beteuerte die FDP-Nationalrätin, ihr sei nicht bewusst gewesen, dass die für das PR-Unternehmen Burson-Marsteller arbeitende Marie-Louise Baumann (ebenfalls FDP) Geld für diesen Vorstoss kassiert habe. Da kichern die Hühner. Man muss nicht einmal selber in dieser Branche tätig sein, wie die von der Zurich-Versicherung bezahlte Christa Markwalder, um zu wissen, dass hier keiner zum Spass oder für Gotteslohn unterwegs ist.

Oder fast keiner. Da gibt es noch den Lobbyisten des Allerhöchsten im Bundeshaus, Beat Christen, bibelfest und immer freundlich. Mal wirbt er für die frühmorgendliche Parlamentarierandacht, dann für den Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag. Mit ihm schwatze ich

regelmässig ein paar Minuten, meist über Historisches. Nie hat er wegen eines politischen Geschäftes Einfluss zu nehmen versucht. Er ist in anderen Dimensionen unterwegs. Sein Badge erhält Beat Christen vom St. Galler Nationalrat Jakob Büchler. Die zweite Karte hat der CVP-Politiker und Präsident der parlamentarischen Gruppe Christ und Politik, ökumenisch korrekt, einem katholischen Seelsorger vergeben.

Jeder Parlamentarier verfügt über zwei Badges. Andrea Caroni (FDP) würde ein Akkreditierungsverfahren durch die Bundesverwaltung vorziehen, wie es die Journalisten kennen. «Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein», so der Appenzeller. Klingt vernünftig, wäre aber nur ein weiterer Schritt ins Halbdunkel. Heute herrscht einigermaßen Transparenz, jeder kann das Register mit den Zutrittsberechtigten einsehen, und als Parlamentarier legt man eine Art Bürgschaft für die Begünstigten ab. Nur deswegen hat die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger der Kasachen-Lobbyistin Marie-Louise Baumann das Badge entzogen – eine etwas gar wohlfeile Aktion. Aber was wäre, wenn die Bundesverwaltung über die Akkreditierung entscheiden könnte? Eine solche Änderung würde nur für mehr Intransparenz und Behördenwillkür sorgen.

Die Markwalder-Kasachstan-Story lenkt vom Hauptakteur ab: Der grösste und erfolgreichste

Lobbyist im Bundeshaus ist nicht etwa die Gesundheitsbranche oder die bösen Banken oder die noch ärgeren Rohstoffhändler, sondern der Staat selber, die Verwaltung mit all ihren Tentakeln in Form von öffentlich finanzierten Institutionen aus der Sozial- und Ökoindustrie, dem Bildungs- und Kulturkuchen. Apropos Abzocker: Allein der Bund kommt auf einen Umsatz von 67 Milliarden Franken im Jahr, finanziert durch den Steuerzahler. Die Verwaltung spuckt jährlich Tausende Seiten neue Gesetze und Bestimmungen aus. Hunderte Bundesangestellte und Informationsbeauftragte kneten die Geschäfte vor und verpassen der Politik einen Drall. Zwar gibt es noch ein paar freisinnige Bastionen in den Departementen und Ämtern, aber in den letzten Jahrzehnten hat ein stiller Umbau stattgefunden. Keine Partei betreibt erfolgreichere Personalpolitik auf Bundesebene als die SP – und niemand erweist sich darin so grotenunfähig wie die Schweizerische Volkspartei.

So können sich die Linken auch bei der aktuellen Lobbyisten-Diskussion genüsslich zurücklehnen: Das Milizprinzip wird weiter geschwächt, der Staatsapparat gestärkt. Nur die direkte Demokratie hält die bürgerliche Mehrheit im Volk draussen noch einigermaßen im Spiel. Aber auch da wird kräftig gesägt.

Peter Keller ist *Weltwoche*-Autor und SVP-Nationalrat.



Keine Partei betreibt erfolgreichere Personalpolitik auf Bundesebene als die SP.



Ausser Kontrolle geratene Kosten: SP-Spitzenpolitiker Gomm.

Das Reich des Peter Gomm

Der Solothurner SP-Regierungsrat ist Präsident der schweizerischen Sozialdirektorenkonferenz. Doch der höchste Sozialpolitiker im Land taugt nicht zum Vorbild: Er findet immer neue und fragwürdige Wege, um die Sozialausgaben zu erhöhen. Mit Vorliebe profitieren Genossen. *Von Philipp Gut*

Die *Weltwoche*-Recherche zu den Missständen im Fürsorgewesen des Kantons Solothurn, ausgeführt am Beispiel der «Sozialregion» Olten («Solothurner Sozialfilz», Nr. 17/15), hat zu einem kleineren lokalen Nachbeben geführt. Tagelang berichtete das *Oltner Tagblatt* darüber; das Thema habe jetzt «landesweit Beachtung» gefunden, der «Nadelstich» gehe «in die richtige Richtung». Dennoch blieben eigene Nachforschungen weitgehend aus. Die Lokalpresse gab den Verantwortlichen eine Plattform, um alle unangenehmen Fragen wegzuwischen und sich im Sonntagsstaat zu präsentieren («Nichts von Gemauschel und Filz»).

Die Reaktionen sind Symptome der diagnostizierten Krankheit. Diese hat nicht nur die direkt betroffenen Gemeinden und die vor einigen Jahren neugeschaffenen, aber erstaunlich fehleranfälligen und kostentreibenden Sozialregionen erfasst, sondern auch die höhere Ebene: den Kanton. Claudia Hänzi,

Chefin des kantonalen Amtes für soziale Sicherheit, vermied in Zeitungsinterviews jede selbstkritische Note. Fakt ist: Obwohl die Sozialhilfe und der Kinder- und Erwachsenenschutz professionalisiert und zentralisiert wurden, steigen Fallzahlen und Kosten.

Kanton verschlimmert die Lage noch

Der Kanton schaut der abschüssigen Entwicklung nicht nur kritik- und tatenlos zu, er verschlimmert die Lage noch, indem er aktiv in die Sozialpolitik drängt und in Felder vorstösst, für die eigentlich die Gemeinden zuständig sind. Ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode: Die Aufblähung des Sozialstaats ist im Kanton Solothurn Regierungsangelegenheit. Zuständig ist SP-Regierungsrat Peter Gomm, als Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren so etwas wie der höchste Sozialpolitiker im Land. Er ist seit 2005 im Amt, damals verlor

die SP ihren zweiten Regierungssitz, aber Gomm verdrängte den amtierenden Genossen Roberto Zanetti. Gomm habe schnell «autokratische Züge» angenommen, berichten Mitstreiter. Sein Führungsstil zeichne sich durch eine eigenartige Ambivalenz aus: Einerseits greife er bis weit hinunter in operative Belange ein, andererseits schotte er sich gegenüber konkreten Problemen souverän ab. Im Gespräch, so schildern Vertraute, verhalte sich der SP-Magistrat wie eine Majestät. Auf das Gegenüber gehe er kaum ein, er tue einfach seine eigenen Ansichten kund und schaue dabei in die Luft.

Peter Gomm ist nicht nur deshalb für die ausser Kontrolle geratenen Sozialausgaben mitverantwortlich, weil in seiner Amtszeit die Fürsorge umgekrempelt und die umstrittenen Sozialregionen eingeführt wurden. Er tut

»» Fortsetzung nach der Werbestrecke auf Seite 35

selbst auch alles, damit der Kanton munter an der Kostenspirale mitschraubt. Findig sucht der Regierungsrat unter der Ägide seines Innen- und Sozialministers Gomm nach immer neuen Mitteln und Wegen, um den Sozialstaat auszubauen.

Dabei sind die Aufgaben klar definiert. Laut Gesetz sind die Gemeinden für die Sozialhilfe und die Bereiche Familie, Kinder, Jugend und Alter zuständig (Paragraf 26). Doch der Kanton umgeht die gesetzlichen Bestimmungen geschickt und oft am Rande der Legalität, indem er etwa den Lotteriefonds anzapft. Mittels sogenannter Leistungsvereinbarungen, die oft längerfristig vergeben oder verlängert werden, schafft er sich die Möglichkeit zu Ausgaben jenseits der gesetzlichen Finanzordnung. Häufig profitieren dabei Parteigenossen in Stiftungen und privaten Organisationen. So hat sich Peter Gomm, der Kontrolle durch das Parlament entzogen, ein eigenes Reich geschaffen, das entfernt an das mittelalterliche Lehnswesen erinnert. Konkrete Beispiele finden sich zuhauf.

1 — Pro Senectute. Mit Beschluss vom 30. August 2011 traf der Regierungsrat eine mehrjährige Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Pro Senectute. Präsidentin des Stiftungsrats ist Bea Heim, SP-Nationalrätin und Parteikollegin von Peter Gomm. Die Geschäfte von Pro Senectute Solothurn führt ebenfalls eine Genossin, die ehemalige Kantonsrätin Ida Boos Waldner. Pro Jahr erhält die Stiftung 120 000 Franken, «für den Betrieb einer Koordinationsstelle Alter». Zum Zweck heisst es: «Die Vermittlung von Bildung und Kultur sowie der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit [...] sollen dabei die wichtigsten Betätigungsfelder sein.» Vater Staat sorgt sich um alles. Verteilt wird das Geld durch Gomms Departement und das Sozialamt unter Chefin Claudia Hänzi. Einfallsreich werden verschiedene Finanzquellen angezapft: die öffentliche Rechnung (30 000 Franken), der Lotteriefonds (70 000) und sogar der Sportfonds (20 000). Total macht das in der vierjährigen Laufzeit 480 000 Franken.

Gomm schafft Strukturen und Bedürfnisse, die er langfristig nicht selber finanzieren kann.

2 — Kompass. Dieses zweite Exempel illustriert, wie aus explizit «versuchsweisen» und «befristeten» Angeboten oft definitive werden. Schon in den Jahren 1993 und 1995 – also noch vor der Amtszeit Peter Gomms – wurden unter dem Namen «Kompass Familienplatzierung» und «Kompass Familienbegleitung» zwei Projekte als «Übergangslösung» entwickelt. Später dann wurden die vorübergehen-

den Ausgaben in dauerhafte umgemünzt. Profiteur ist der Verein Kompass unter Geschäftsleiterin Maria Kamber-Baschung, einer guten Bekannten von Regierungsrat Gomm. Wie aus der entsprechenden Leistungsvereinbarung hervorgeht, sucht der Kanton Solothurn geradezu nach solchen Ausgaben. Die Bereiche «freiwillige und ambulante Familienhilfe» sowie «Prävention» befänden sich nach wie vor im Aufbau und verzeichneten «ein deutliches Wachstum», so der Regierungsrat in seinem Beschluss vom 5. Januar 2010. Daher ergebe sich «Dienstleistungsbedarf», der dann einen «Finanzierungsbedarf» hervorruft. Und natürlich ist der Solothurner Sozialstaat gommscher Prägung



Einfallsreich: Sozialamt-Chefin Hänzi.

jeweils sofort zur Stelle: In vier Jahren bekam Kompass fast eine Million Franken (genau: Fr. 952 512,75), aus der Bettagskollekte, aus dem Lotterie- und dem Schläfli-Fonds.

3 — Stiftung Arkadis. Zwar stammen viele Profiteure des gommschen Geldverteilungssystems aus dem links-grünen Milieu, aber es gibt Ausnahmen. Die Oltner Stiftung Arkadis, die sich für Behinderte engagiert, ist in der Hand des lokalen Freisinns, darunter Urs Knapp, FDP-Fraktionspräsident im Stadtparlament. Das hat den Vorteil, dass die Kritik von liberaler Seite an der SP-geleiteten Sozialpolitik eher mild ausfällt. Für den Betrieb der Fachstelle Pflegefamilien bekam die Stiftung in den letzten vier Jahren je 80 000 Franken, insgesamt also 320 000 Franken, aus dem Lotteriefonds. «Die Abteilung Lotterie- und Sportfonds ist ermächtigt, jeweils auf Antrag des Amtes für soziale Sicherheit [geführt von Claudia Hänzi, die Red.] die Beiträge [...] zu lasten des Kontos 233 003 <Lotteriefonds> an-

zuweisen», heisst es in der einschlägigen Leistungsvereinbarung.

4 — Verein für Selbsthilfe. Es gehört zur Logik der etatistischen Politik dieses Kantons, in dem selbst der Freisinn ein Staatsfreisinn ist, dass auch der Verein Selbsthilfe Kanton Solothurn, der «Hilfe zur Selbsthilfe» anbietet, auf staatliche Hilfe angewiesen ist. Der Verein führt eine Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und erhielt dafür in den Jahren 2010 bis 2013 60 000 Franken jährlich, verteilt durch das fremdspendable Duo Peter Gomm / Claudia Hänzi. Quelle wiederum: Lotteriefonds. Präsident des Vereins Selbsthilfe ist Gomms Genosse Martin Straumann, ehemaliger SP-Gemeindepräsident von Trimbach, wo Peter Gomm aufgewachsen ist. Straumanns Vorgänger als Gemeindepräsident war Ernst Gomm, der Vater des Regierungsrats. Klein ist die Welt, und kurz sind die Wege der Solothurner Sozialprofiteure.

Die Liste der Beispiele liesse sich beliebig verlängern. Allein in den letzten paar Jahren hat Gomms Innendepartement weit über ein Dutzend solcher Leistungsvereinbarungen im Sozialbereich abgeschlossen. Die Gesamtkosten gehen in die Millionen. Es profitiert ein stetig wachsender Speckgürtel von sozialen Vereinen, Stiftungen, Organisationen.

Claudia Hänzi, Chefin des Amtes für soziale Sicherheit, betont im Namen von Peter Gomm, alles laufe korrekt ab. «Die Regeln werden eingehalten.» Der Kanton sei sogar verpflichtet, Beratungsstellen und kommunale Angebote zu koordinieren. Den Vorwurf der Klientel- und Vetternwirtschaft fürchte sie nicht, so Hänzi. Parteizugehörigkeiten würden beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen nicht beachtet.

«Juristisch ein Ärgernis»

Dabei handelt es sich um Grosszügigkeit auf Kosten Dritter. Die Gefahr besteht, dass auch auf die Gemeinden Mehrausgaben zukommen. Sozialchef Gomm schafft Strukturen und Bedürfnisse, die er langfristig nicht selber finanzieren kann. Es ist zu befürchten, dass die Gemeinden einspringen müssen, wenn sich der Kanton irgendwann wieder zurückzieht. Jene Gemeinden, die bereits heute unter den wachsenden Soziallasten leiden. Die Schlaumeierei mit den Lotteriefondsgeldern ist schliesslich auch juristisch problematisch. Professor Felix Uhlmann, Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Rechtssetzungslehre an der Universität Zürich, spricht gar von einem «juristischen Ärgernis». Je nach rechtlicher Ausgestaltung und Praxis handle es sich um «Spielgeld» der Regierung, das der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen sei. Uhlmann sieht in der Verwendung der Lotteriefondsgelder «eines der letzten Reservate staatlicher Willkür». Kaum einer schöpft diese Willkür so virtuos aus wie SP-Magistrat Peter Gomm. ○

Milena Mosers Wege zum Glück

Der Schweizer Schriftstellerin gelingt es seit über zwanzig Jahren, die Frauen in ihren Bann zu ziehen. Jetzt veröffentlicht sie einen autobiografischen Roman. Was macht ihren Erfolg aus? Von Sarah Pines

Heute Abend geht es um das Thema Glück. Wie man zu Glück gelange? Nun, antwortet die hochgewachsene Frau auf dem Podium mit breitem Lächeln, man solle nicht passiv darauf warten, sondern es explizit verlangen. Sie schweigt kurz. Dann: Vielleicht könne man so was mit dem Bestellen von Essen in einem Restaurant vergleichen. Anstatt dem Kellner die Wahl der einzelnen Gänge zu überlassen, fordere man sein Essen ja auch selber.

Im vornehmlich weiblichen Publikum verstreutes Gelächter, hier und da nachdenklich schräggestehende Häuse, in der vorletzten Reihe ist ein Mann beim Zuhören eingeschlafen und dabei vornübergekippt, seine Frau daneben hat es nicht bemerkt. Bei den Zuhörerinnen dominieren brombeerfarbener Filzstoff, Sandaletten, Umhängetaschen und ergrautes Haar; zwei Herren kamen allein, die restlichen acht mit der Partnerin. «Können Sie das Glück definieren?», wird später mit der ersten Publikumsfrage insistiert – ein Mann stellt sie. «Das Glück ist nicht so ..., das Ich ..., das verändert sich ja ständig», sagt Moser, zuerst etwas vage. Es hänge in der Luft herum, wie der schwere Geruch von Pommes frites.

Roadtrip nach der Trennung

Am 12. Mai stellte Milena Moser im Rahmen einer Lesereise im Basler Volkshaus ihren neuen Roman «Das Glück sieht immer anders aus» vor. Das Buch ist ein autobiografischer Reisebericht; nach ihrer Trennung und zu ihrem fünfzigsten Geburtstag unternimmt Moser einen Roadtrip durch die USA und findet in Santa Fe ein neues Zuhause. Vor allem Frauen sind den Büchern der Schweizer Bestsellerautorin verfallen. Sie verstehe die Frauen, erzähle vom «wahren Leben» und den Schwierigkeiten darin, man erkenne sich in ihren Geschichten wieder, so der Tenor der Amazon-Kundenbewertungen. Einige wenige Stimmen bemängeln Mosers Stereotypisierung der (weiblichen) Realität, eine moniert gar, Moser solle doch, anstatt den Klischeedurst von Frauen zu stillen, einmal Intellektuellenliteratur schaffen, «das Zeug dazu hätte sie».

Moser wurde 1963 in Zürich geboren, lebte viele Jahre in San Francisco, dann wieder in der Schweiz und wandert diesen Sommer ein zweites Mal nach Santa Fe, New Mexico, aus. Vor ihrer Karriere als Schriftstellerin war sie Buch-

händlerin, gründete dann zusammen mit Freunden einen eigenen Buchverlag. Nach einer ersten Kurzgeschichtensammlung, «Gebrochene Herzen oder Mein erster bis elfter Mord» (1990), veröffentlichte Moser 1991 ihren ersten Bestseller, «Die Putzfraueninsel». Neben dem Schreiben zahlreicher weiterer Romane, viele davon Bestseller, gibt Moser Schreibworkshops, manche davon auch an Schulen, und verfasste acht Jahre lang eine Kolumne für die Zeitschrift *Schweizer Familie*, die sie nun, unmittelbar vor ihrem Umzug, eingestellt hat.

Private Frauengeschichten

In ihrem berühmten Aufsatz «Der Duft von Frauentinte», der 1998 in *Harper's Magazine* erschien, beschreibt die amerikanische Autorin Francine Prose den Frauenroman, der «aus Klischees, Beschönigungen, tröstlichen Konventionen» schöpfe, «aus Spannung, Blut und romantischer Fantasie».

Zwar betont Moser an der Lesung im Basler Volkshaus, dass sie in ihrem Werk Männer und Frauen gleichermassen ansprechen wolle. Doch bereits auf ihren Buchvorderseiten signalisiert eine akzentuierte Eierfarbenästhetik, was das Lesen dann bestätigt: eine aus einem Schminkspiegel in Richtung Betrachter schauende Frau im Hausfrauenturban, Wäscheklammern an einer Leine, ein Balletschuh-rosa Wohnwagen in einer Wüste, Lotusitze, Handtaschen in Vuitton-Optik, eine Frau am Küchentisch, darauf Artischocken, ein weiblicher Torso im pink Taftkleid, auf Décolleté-Höhe ein Küchenmesser. Mosers Romane bewegen sich vor allem in der heimischen Sphäre privater Frauengeschichten.

Doch, insistiert Moser, gehe es ihr stets um ein universelleres Problem: Glücklichein von Frau und Mann gleichermassen, trotz oder gerade wegen der Überforderung durch gesellschaftliche Rollen, wie Ehepartner, Angestellter, Elternteil und so fort. Während Frauen sich ärgerten, dass sie und nicht der Partner das Turnzeug für die Kinder rechtzeitig waschen müssten, erklärt sie, ärgerten sich Männer, dass ausschliesslich sie fällige Rechnungen zahlen würden. Trotz dieser geschlechtsstereotypen Beispiele gehe es aber in beiden Fällen um ähnliche Gefühle der Machtlosigkeit dem Partner oder Umfeld gegenüber. Für ihr Gesamtwerk entwirft Moser



«... und uns allen tun die Füsse weh»: Autorin

«die Schlampe» – die unvollkommene Frau – als kraftvolle Identifikationsfläche für eine beeindruckend grosse weibliche Leserschaft. Die Schlampe ist für Moser Gegenstück zu den femininen Idealen aus Sicht des Kulturpatriar-



Moser.

chats: Hausfrau, Mutter, Karrieristin, Feministin. Die Schlampe, so die Autorin in einem jüngsten Gespräch mit dem *Tages-Anzeiger*, sei «die Frau, die sagt: «Es tut mir leid, ich mache, was ich kann, aber es reicht halt nicht für ein

Ideal.» Was ihr selbst stets geholfen habe, so Moser einmal in der *Weltwoche* auf die Frage: «Was ist eine gute Mutter?», sei «die Verbundenheit mit anderen nicht perfekten Frauen, mit Müttern» gewesen, «die sich Tag für Tag

bemühen, scheitern, strampeln, zweifeln, lachen. Wir sind nicht allein. Wir sind alle hundemüde, und uns allen tun die Füße weh.»

Ähnlich geht es ihren Leserinnen. Für diese stellen Mosers Bücher vor allem das Ge-

samtspektrum weiblicher Unzulänglichkeitsgefühle dar: hinsichtlich der Klippen Lebensmitte und Menopause, des Lebensabschnitts Scheidung, Trennung und Leben als Alleinerziehende, Krankheit oder manchmal auch schlicht Faulheit und Unlust, sich die Nägel zu lackieren sowie Versagensängste in Beruf oder Freundschaften, Erschöpfung und Burnout. Sie erzähle einfach, wie es für sie war, sagt Moser, gebe in jedem Buch etwas von sich preis, ob es nun Schwächen oder Stärken seien. Wenn sich die Menschen darin wiedererkennen können, dann sei dies wunderbar.

Die eigene Unvollkommenheit

«Milena Moser kratzt hinreissend bissig am Lack, holt unangenehme Gespenster der Vergangenheit aus dem Keller», schreibt eine Leserin auf Amazon. Zwar verlockt der Typ Tadellos-manikürte-Hand manche von Mosers Erzählerinnen zu freundlich-distanzierter Ungläubigkeit. Trotzdem verzichtet die Autorin auf Klassiker – Minderheiten- oder Opferkult, Selbstmitleid, Bitterkeit über andere und Schuldzuweisungen an diese fehlen in den Büchern; Männer, Ex-Männer oder Ex-Freunde tauchen meist nur als vage Schatten der Vergangenheit auf. Stattdessen begegnet Moser der eigenen Unvollkommenheit mit Gelassenheit: «Ich hatte ein Burnout wie alle anderen auch, nur war meines selbstgebastelt.

Wie Michael von der Heide immer so treffend sagt: «Selber schuld ist man immer selber.» Logisch», schreibt sie in ihrer Kolumne in der *Schweizer Familie*.

Moser ist sich der Herausforderung des durch Poesiealbumsprüche und Horoskope überlasteten Themas Glück bewusst – «Ich weiss, das klingt jetzt zu einfach, ein Klischee», fällt sie sich auf der Lesung einmal selbst ins Wort, bezieht sich dann – indirekt – auf Marcel Proust, einen von Moser vielgeliebten Autor. Für Proust war der Körper Ort des Glücks, das den Einzelnen in Momenten der «unfreiwilligen Erinnerung» überkommt, dann, wenn vergangene und gegenwärtige sinnliche Eindrücke übereinstimmen. An einem Punkt in «Unterwegs zu Swann» sitzt der Protagonist Marcel an einem Küchentisch und schmeckt eine in Tee getunkte Madeleine. In diesem Moment entsteht die Vergangenheit – einstige Nachmittagsteestunden bei seiner Tante Léonie, seine Jugend in dem Städtchen Combray – auf wundersame Weise vor seinem inneren Auge und versetzt ihn in einen nie gekannten Glückszustand.

Ähnlich für Moser: Das Glück überkomme einen zufällig, plötzlich, oft flüchtig, daher fast unbemerkt, etwa beim Anblick von etwas Schönerem wie einem blauen Himmel oder einer eleganten Lampe, sagt sie und zeigt auf eine der Hängelampen im Lesungssaal. Anerkennendes Nicken, keiner hebt den Kopf. Ob

sie sich an einen Schulbesuch vor 22 Jahren als junge Autorin erinnere, fragt dann eine grauhaarige Dame. Ja, natürlich, lacht Moser, das sei ein schöner Tag gewesen – das sei zum Beispiel Glück gewesen.

Mosers interessantes Leben

Mehr noch als an ihren Büchern sind die Zuhörer an dem Leben der Autorin interessiert, lauschen gebannt ihren fröhlichen Ausführungen zu Umzugskisten oder Sportstunden. «Wie läuft's mit dem Yoga?», lautet die zweite Frage auf der Buchlesung, «Welche Bücher nehmen sie mit nach Amerika?», die vorletzte. Als Moser von einem Glücksring erzählt, den sie auf einem Flohmarkt in Santa Fe von einer Schweizer Auswanderin erhalten hat, lacht das Publikum hell auf, klatscht dann besonders stark nach der letzten Stelle, die Moser aus ihrem Roman liest. Es ging um Weihnachten. So bietet Milena Moser den Leserinnen Kompensationsstrategien gegenüber einer als bedrückend empfundenen Welt: Die Einsamkeit bleierner Alltagsmüdigkeit soll selbstgenügsame Freude nicht ausschliessen. Die Einsicht, dass es Arriviertsein vielleicht gar nicht gibt, sich aber Versagen und Verlieren in etwas Positives wenden lassen – diese Ambivalenz ist Mosers Erfolg. «Haben Sie einen Plan für Ihr Leben?», wird Moser am Ende noch gefragt. Antwort: herzliches Lachen. ○



IHR HANDICAP ...



AIRLUX-Luftschlafsystem mit isolierender Auflage (1), Schaumstoffrahmen (2), Luftkern (3), weichem Pumpenkörper (4), Luftreservoir (5) und Druckregler (6)

Guter und gesunder Schlaf ist die allerbeste Basis für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden!

Ein geeignetes Schlafsystem muss alle unsere individuellen Bedürfnisse berücksichtigen können. Der Druck des Körpers muss gleichmässig auf die Liegefläche verteilt werden. Keine Schaumstoff- oder Federkern-Matratze kann diese Problemstellung optimal lösen. AIRLUX® Luftschlafsysteme revolutionieren das Schlaferlebnis. Tausende von begeisterten AIRLUX® Kunden berichten tagtäglich davon. Denken Sie darüber nach.

AIRLUX International AG

Brunaustrasse 185 · 8951 Fahrweid
www.airlux.ch · Telefon +41(0)43 5000 200

Sponsoring Partner der
Esmeralda-Charity-Golfturnierserie 2015
Medienpartner:





Gegenrede

Wie eine Gewerkschaft

In der letzten *Weltwoche* schrieb Roger Köppel eine Lobeshymne auf die Schweizer Bauern. Die Agrar-Propaganda des *Weltwoche*-Chefredaktors erfordert ein paar Klarstellungen.
Von Hans Rentsch

Roger Köppel nimmt das Polit-Theater um «Cassis de Dijon» zum Anlass für eine pauschale Lobhudelei auf die Schweizer Bauern. Der Verdacht liegt nahe: Das bäuerliche Wählerpotenzial für die Nationalratswahlen muss auch massiert werden. Köppel scheint die verfügbare Literatur zum Thema entweder nicht zu kennen, oder sie passt ihm jetzt nicht ins Konzept. Hier ein paar Klarstellungen:

Auch die als «Zeitgeist-Liberale», «Klischee-Liberale» oder «Galerie-Liberale» etikettierten Kritiker der Agrarpolitik (nicht der Bauern, das ist ein Unterschied) haben nie den Big Bang à la Neuseeland gefordert. Zwischen dem Extremprotektionismus der Schweiz und der «totalen Marktöffnung», wie Köppel im Tonfall der Agrarpropaganda schreibt, gibt es zahlreiche Schattierungen für mehr Markt und weniger Protektionismus. Bei uns wird das Rad unter dem Druck der Agrarlobby wieder zurückgedreht.

Achtzigstundenwoche ist reiner Mythos

Die Bauern sieht Köppel als «urschweizerische Unternehmer» mit einem Pensum von mindestens achtzig Wochenstunden. Er kennt offenbar die heutigen Verhältnisse einer hochmechanisierten Agrarwirtschaft nicht. Die Achtzigstundenwoche ist reiner Mythos. Erstens gibt es auf einem Bauernhof immer etwas zu tun, und die Arbeit ist etwa mit Büroarbeit am Bildschirm qualitativ nicht zu vergleichen. Zweitens gibt es heute viele Bauern mit Teilzeitpensen. Wenn man ihr Einkommen auf eine Vollzeitstelle umrechnet, erhalten sie

Der Kostenvergleich mit dem Sozialstaat ist an den Haaren herbeigezogen.

mehr als ein normaler Arbeiter in Industrie und Gewerbe. Informationen von der Front erhält man dazu von Xavier Menoud, im Val-de-Travers Eigentümer des grössten Milchbetriebs der Schweiz, wegen seiner erfolgreichen Vorwärts- und Expansionspolitik von bäuerlicher Seite angefeindet bis hin zu Demonstrationen vor dem Hof (www.menoudred.ch).

Köppels Kostenvergleich mit dem Sozialstaat ist an den Haaren herbeigezogen. Xavier Menoud nennt das Schweizer Agrarregime das

grösste Pro-Kopf-Sozialprogramm der Schweiz. Dieses Regime mit den hohen unspezifischen Direktzahlungen hat zur Folge, dass zu viele unwirtschaftliche Betriebe künstlich über Wasser gehalten werden, statt für wachstumswillige Bauernunternehmer auf den Markt zu kommen. So konkurrenzieren die meist zu kleinen Betriebe weiterhin die anderen und tragen latent zu Überproduktion und Preisdruck bei.

Die Landwirtschaft schrumpft in Bezug auf den Output überhaupt nicht. Dank dem wirtschaftlich-technologischen Fortschritt konnte



Das ist doch kein Verband freier Unternehmer!

auf weniger Agrarland mit weniger Betrieben der Selbstversorgungsgrad für eine wachsende Bevölkerung praktisch gehalten werden. Damit kommen wir zum unsäglichen «Bauernsterben». Der Strukturwandel wurde in der Schweiz durch die Einführung der allgemeinen Direktzahlungen Ende der 1990er Jahre deutlich abgebremst und lag in den meisten Jahren nach 2000 unter der Richtgrösse von jährlich zwei Prozent Betriebsaufgaben, die das Bundesamt für Landwirtschaft vertritt. Diese gilt als sozialverträglich, da die Aufgabe meist im Generationenwechsel stattfindet und vorausgeplant werden kann. Die Betriebe verschwinden dann nicht einfach, sondern die

Flächen werden übernommen und weiter bewirtschaftet. Deshalb ist auch die Behauptung, ein stärkeres «Bauernsterben» würde die gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäss Verfassung gefährden, reine Bauernpropaganda. Damit könnte Köppel als Medienbeauftragter direkt nach Brugg zum Schweizer Bauernverband (SBV) wechseln.

Einer der grössten Feinde der Artenvielfalt

Wenn die gemeinwirtschaftlichen Beiträge der Landwirtschaft als Ziele in der Verfassung stehen, heisst das noch lange nicht, dass die Landwirtschaft diese auch erfüllt. Dies ist tatsächlich nicht der Fall. Die weitgehend industriell produzierende Landwirtschaft der Schweiz ist zunächst einmal eine massive Umweltbelastung. Wenn die Agrarpropaganda im Zusammenhang mit den bäuerlichen Aktivitäten auch noch die Sorge um die Biodiversität in den Vordergrund rückt, ist daran zu erinnern, dass die Intensivlandwirtschaft mit zu hohen Tierbeständen und der massiven Gülle- rei zu den grössten Feinden der Artenvielfalt gehört. Die Bauern werden finanziell dafür belohnt, dass sie etwas weniger intensiv produzieren. Zum Teil erhalten sie sogar Geld dafür, dass sie einfach die Umweltvorschriften einhalten.

Schliesslich Köppels historischer Rückgriff auf das 14. Jahrhundert: der freie Schweizer Bauer als Garant für unsere Unabhängigkeit! Letztes Jahr feierte der Schweizer Bauernverband das «Jahr der Familienlandwirtschaft», via Internet/Website verbrüdet mit marxistisch-gewerkschaftlich organisierten Drittwelt-Kleinbauernvereinigungen wie Via Campesina, die an Demos mit Hammer- und Sichel-Emblemen auftreten. Das sind die heutigen geistigen Verbindungen: militant wie Via Campesina gegen WTO und Freihandel! Der SBV führt sich mit seinen Geld- und Schutzforderungen doch längst auf wie eine Gewerkschaft. Das ist doch kein Verband freier Unternehmer!

Hans Rentsch ist Ökonom und ehemaliger Projektleiter Agrarpolitik bei Avenir Suisse. Er schrieb unter anderem die Bücher «Der befreite Bauer» und «Agrarpolitische Mythen».

Die Schweiz ist offen wie ein Scheunentor

Das Wort Grenzwachtkorps beschwört das Bild einer Truppe herauf, die Schaden von den Grenzen fernhält. Doch bei illegalen Zuwanderern werden aus Wächtern Concierges im «Hotel Schweiz»: Wer «Asyl» ruft, darf ins Land. *Von Wolfgang Koydl*

Die beiden jungen Männer verreisen mit ganz leichtem Gepäck. Nur einen verknöteten kleinen Plastiksack trägt der Jüngere bei sich. Ein paar Kleidungsstücke zeichnen sich darin ab. Der Ältere hat die Fahrkarten in der Hand. Er streckt sie vor, wie einen Schlüssel, der ihm eine Türe aufschliessen soll. Dann steckt er sie freilich nur in den Entwerter.

Trüge er nicht eine grelle, altrosa Jeans zum giftgrünen Hoodie – der Mann und sein Begleiter fielen kaum auf in der Masse der Pendler, die auf dem Mailänder Hauptbahnhof an diesem frühen Morgen dem Ausgang und dem Arbeitsplatz zustreben. Die beiden Jugendlichen mit den feingeschnittenen Gesichtszügen, wie man sie in Somalia sieht, schwimmen gegen diesen Menschenstrom. Sie wollen fort, raus aus Mailand, weg von Italien.

Hand in Hand, wie zwei kleine Jungen aus dem Kindergarten, bahnen sie sich ihren Weg zu Gleis 12. Dort wartet der Tilo, die Regionalbahn Treni Regionali Ticino Lombardia, mit der Endstation Bellinzona. Abfahrt 8.10 Uhr über Monza, Seregno, Como San Giovanni. Drei Stationen und knapp vierzig Minuten später sind die Afrikaner am Ziel ihrer Reise gelangt: Chiasso, die Schweiz, der Beginn eines neuen Lebens. «Senza frontiere» steht auf den Waggons – ohne Grenzen. Wie wahr.

Mailand als letzte Zwischenstation

Nur zwei Personen sind es auf diesem Zug, aber es sind zwei von knapp 5000 illegalen Einwanderern, die seit Beginn dieses Jahres auf verschiedenen Wegen an unterschiedlichen Orten ins Land gekommen sind. Das sind so viele wie noch nie, und es werden immer mehr. Im ganzen letzten Jahr waren es nur 6000, im Jahr davor ein wenig über 4000. Sie stammen nicht mehr wie früher aus Syrien, dem Irak oder anderen Ländern des Nahen Ostens, sondern aus Schwarzafrika: aus Gambia, Nigeria, Senegal, Eritrea und Somalia. Kommen in Italien viele Bootsflüchtlinge an wie in den letzten Wochen und Monaten, rechnet Attila Lardori, der Sprecher der Eidgenössischen Zollverwaltung, vor, so spürt man das zeitverzögert auch an den Schweizer Grenzen.

Die meisten Flüchtlinge wählen das Tessin als Einfallstor nach Nordeuropa – aus rein praktischen, geografischen und verkehrstechni-

schen Gründen. Verfolgt man den Weg ihrer langen Wanderung, dann führt eine gerade Linie quer durch die Sahara an die Küste Libyens, von dort weiter über das Mittelmeer nach Lampedusa und Sizilien und schliesslich den italienischen Stiefel hinauf bis nach Mailand. Die lombardische Metropole ist die letzte Zwischenstation und Milano Centrale, der Hauptbahnhof, der Absprungsort in den Norden des Kontinents. Rings um den Bahnhof findet sich die ganze notwendige Infrastruktur: Lycamobile für die SIM-Karte, Western Union fürs Geld und Quick Photo für echte Passbilder in gefälschten Dokumenten.

Man muss schon genau hinschauen, wenn man die Flüchtlinge in den gewaltigen Hallen des monströsen Mussolini-Baus finden will. Sie wollen nach Möglichkeit nicht auffallen, sie versammeln sich kaum zu grösseren Gruppen. Meist sind sie allein oder zu zweit unterwegs, ständig in Bewegung, wie schemenhafte Geister, die sich nicht fassen lassen. Das haben die mit den Carabinieri gemeinsam, die ebenfalls in Zweiertteams patrouillieren. Beide, Flüchtlinge und Polizei, scheinen angestrengt bemüht zu sein, einander aus dem Weg zu gehen.

Als Flüchtling bezeichnet sich ohnehin niemand hier freiwillig, denn dann könnte er von Rechts wegen von der Staatsgewalt aufgegriffen und registriert werden. Das wiederum würde seine Chancen auf Asyl in der Schweiz mindern. «Ich bin aus Catania», meint ein fülliger Schwarzer denn auch – wenig glaubwürdig – mit französischem Akzent. Ein hagerer Eritreer beteuert: «Ich lebe schon seit sechs Jahren glücklich in Italien.» Er sei heute nur hergekommen, um einen Freund abzuholen, der mit

Flüchtlinge und Polizei scheinen angestrengt bemüht zu sein, einander aus dem Weg zu gehen.

dem Zug aus Neapel eintreffe. «Flüchtlinge?», fragt ein Dritter mit gespielter Unschuld. «Ich weiss nicht, wovon Sie sprechen.»

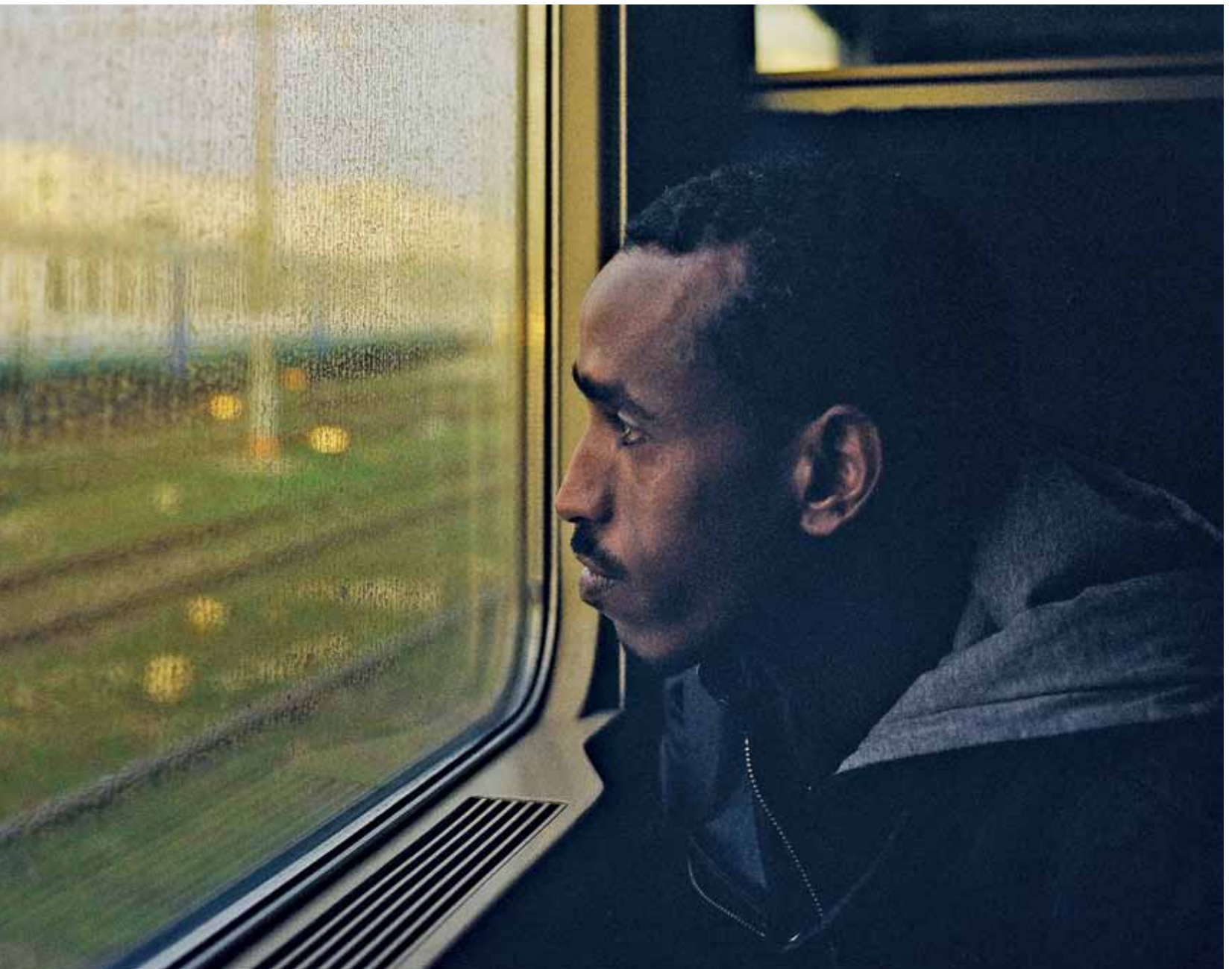
Die von der wohlmeinenden europäischen Presse wortreich beschriebenen Frauen mit kleinen Kindern sieht man so gut wie nirgendwo im Bahnhofsgebäude oder auf der Piazza Duca d'Aosta davor. Im Allgemeinen sind es



«Flüchtlinge? Ich weiss nicht, wovon Sie sprechen.»

junge schwarze Männer, nicht älter als Ende zwanzig. Stets haben sie das unverzichtbare Mobiltelefon am Ohr. Es ist ihr wichtigster und oft ihr einziger Besitz. Über das Handy erfahren sie, wann die Reise weitergeht. Mit dem Handy unterrichten sie ihre Familien und Freunde daheim, wie es vorangeht mit der Reise und ob sich der Bruder, der Cousin, der Schwager ebenfalls auf den Weg machen kann.

Deren Weg wird häufig ebenfalls über Mailand führen, denn von hier ist es nur ein Katzensprung nach Chiasso – mit der Regionalbahn, dem Eurocity, dem Bus oder dem Privatauto. Mehr als fünfzig Züge verkehren täglich zwischen den beiden Städten, mehr als zwei Dutzend Grenzübergänge führen von Italien ins Tessin. Die wenigsten sind rund um die Uhr bemannt, wie etwa der Checkpoint von Pedriate, idyllisch gelegen in den Hügeln über Chiasso: Beide Abfertigungsgebäude sind verwaist. Der einzige Unterschied: Das italienische



Häuschen ist heruntergekommen, auf der Schweizer Seite streicht ein Maler die Wände in frischem Weiss. Und dann gibt es natürlich noch die Schleichwege über die grüne Grenze: Die Schweiz ist offen wie ein Scheunentor.

Deshalb hat das Grenzwachtkorps angesichts des wachsenden Zustroms vor kurzem Alarm geschlagen. Einheiten aus anderen Landesteilen habe man abziehen und in den Südkanton verlegen müssen, hiess es. Weitere Verstärkung sei wohl unumgänglich. Wie viele Grenzschützer mittlerweile im Tessin Dienst tun, ist ein Amtsgeheimnis. Erwähnt wird auch die Jagd auf Schleuser, die mit dem eigenen PKW Flüchtlinge ins Land schaffen. Doch selbst wenn die Grenzschutz einen Menschenschmuggler schnappt, ist die Beweisführung schwierig. Die meisten Lenker geben an, nur einen Anhalter mitgenommen zu haben.

Das Wort Grenzwachtkorps hat einen martialisches Klang. Es beschwört Bilder herauf von

einer wachsamen Truppe auf den Zinnen einer Burg, die Böses und Schädliches von den Bürgern hinter den schützenden Mauern fernhalten will. Irgendwie fühlt man sich bei dem Begriff an die mexikanisch-amerikanische Grenze erinnert, wo die Amerikaner hinter Zäunen mit Drohnen, Wärmebildkameras und Spürhunden Tag und Nacht im Einsatz sind, um Illegale abzufangen und zurückzuschicken.

Doch das militärisch verklärte Bild der Schweizer Grenzschützer relativiert sich rasch, wenn man weiss, dass das Korps recht zivil der Zollverwaltung untersteht und in der Hauptsache bürokratisch Zollvergehen verfolgt. Die meisten Schweizer kennen die Beamten in ihren blitzblauen Uniformblusen denn auch von der Heimkehr aus dem Urlaub oder von Shopping-Expeditionen ins nahe Ausland. Auf Flughäfen kontrollieren die Korpsmitglieder die Pässe, an den Grenzübergängen spüren sie Konterbande auf – Kokain, Alkoholika oder

Kalbsfilets – und verhindern, dass illegale Güter ins Land gelangen.

Dann haben sie das Zauberwort gelernt

Menschen freilich können sie nicht am Betreten des Landes hindern. Sobald ein Flüchtling das Zauberwort «Asyl» ausspricht, sind ihnen die Hände gebunden. Dann nehmen sie brav die Personalien auf und überstellen die Ankömmlinge an das Empfangszentrum für Asylbewerber, wo ihre Anträge bearbeitet werden. Nur «rechtswidrige Aufenthalter» könnten an die Italiener retourniert werden, so Zollsprecher Lardori. Das sind Personen, die entweder nachweislich bereits in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt haben oder auf dieses Ansuchen in der Schweiz verzichten.

So weit die Theorie. In der Praxis bemüht sich kaum jemand um italienisches Asyl. Der Mailänder *Corriere della Sera* berichtete unlängst, dass im letzten Jahr von insgesamt 11 000 Syrern nur



Wer in die Schweiz flüchtet, versteckt sich nicht vor den Behörden, sondern will von ihnen erkannt, anerkannt und versorgt werden: Chiasso, 2015.

677 Asyl in Italien beantragt hätten. Selbst von 10 000 Flüchtlingen aus Eritrea – immerhin ein Land, das mit Italien kulturell, geschichtlich und sprachlich eng verbunden ist – entschied sich nur ein Fünftel für den Verbleib auf der Halbinsel. Und was ist mit jenen, die kein Asyl auf Schweizer Boden verlangen? Die werden tatsächlich der italienischen Guardia di Finanza überstellt. Doch kurz darauf sind sie wieder am Schweizer Posten, erzählen Eingeweihte. Und dann haben sie das Zauberwort gelernt.

Die Vorstellung vom illegalen Einwanderer ist irreführend, denn was da im Mendrisiotto anbrannt, sind eben nicht mittelamerikanische Migranten, die in der US-Schattenwirtschaft untertauchen und ein Leben in der Illegalität führen wollen. Wer in die Schweiz flüchtet, versteckt sich nicht vor den Behörden, sondern will von ihnen erkannt, anerkannt, versorgt und abgefertigt werden. Deshalb müssen die eidgenössischen Grenzschützer Illegale auch gar nicht in Verstecken in Reisebussen oder Kofferräumen aufspüren. Und deshalb schleichen sich Illegale auch nicht im Schutze der Dunkelheit durch Wald und Wiesen ins Land. Das Risiko, sich zu verlaufen und wieder in Italien zu landen, wäre viel zu gross. Zudem müssten sie sich in diesem Fall radebrechend zum nächsten Polizeiposten durchfragen, damit sie einen Asylantrag stellen können.

«Lampedusa der Schweiz»

Da ist es viel praktischer und für alle Beteiligten zeitsparender, in Chiasso aus dem Zug zu steigen und schnurstracks dem Zollbeamten in die Arme zu laufen. Wenn es um Flüchtlinge geht, mutieren die Männer und Frauen des Grenzschutzkorps damit von einer Schutztruppe zu einer Art von Concierges im «Hotel Schweiz», die an der Rezeption den Gästen beim Ausfüllen des Meldezettels behilflich sind und sie auf ihre Zimmer bringen – in diesem Fall im Asylantenzentrum.

«Wer reinkommen will, der kommt auch rein»: Mit identischen Worten beschreiben Don

Gianfranco Feliciani und Roberta Pantani die Situation in Kanton und Stadt, obwohl der katholische Pfarrer von Chiasso und die Sicherheitsdirektorin der Gemeinde sonst keine politischen Berührungspunkte aufweisen. Hochwürden bringt mit seinen verständnisvollen Predigten über das Leid der Flüchtlinge regelmässig die Politiker der Lega dei Ticinesi zur Weissglut. Die Lega-Nationalrätin wieder-

Deshalb schleichen sich Illegale auch nicht im Schutze der Dunkelheit ins Land.

um fordert ebenso regelmässig ein strengeres Vorgehen gegen die unkontrollierte Migration und hat ihre Heimatstadt auch schon mal als «Lampedusa der Schweiz» bezeichnet.

Das war vor vier Jahren, aber inzwischen muss auch sie zugeben, dass sich die Lage in der 8000 Einwohner zählenden Gemeinde entspannt hat. Zwar seien die 134 Plätze des Asylantenzentrums ebenso bis auf den letzten Platz besetzt wie die beiden Zivilschutzeinrichtungen, die obendrein bereitgestellt wurden. Inzwischen wurde eine zusätzliche Einrichtung in Stabio eröffnet, um dem Andrang Herr zu werden.

«Aber jetzt ist die Lage nicht mehr so schwierig wie damals», meint Pantani, und sie führt das auf mehrere Faktoren zurück. «Damals waren es junge Männer aus dem Nahen Osten, die wegen des Arabischen Frühlings geflohen waren», erinnert sie sich. Sie hätten den ganzen Tag im Ort herumgelungert, seien häufig betrunken und aggressiv gewesen und hätten Passanten, vor allem Frauen, belästigt. «Heute sind zwar mehr Flüchtlinge in der Stadt als damals», gibt die Politikerin zu. «Aber diese Afrikaner sind ruhiger.» Positiv habe sich zudem ausgewirkt, dass die Gemeinde den Asylanten die Möglichkeit zu Gelegenheitsarbeiten bietet. «Dieses Beschäftigungsprogramm war ein voller Erfolg», betont sie. «Wer etwas zu tun hat,

kommt nicht auf dumme Gedanken, die jungen Männer verdienen sich etwas dazu, und in der Bevölkerung weiss man es zu schätzen, dass die Fremden etwas für die Allgemeinheit tun.»

Reisen mit kleinem Gepäck

Auf Dauer kann das nicht gutgehen, glaubt Pantani mit Blick auf die Zahl der Flüchtlinge, die in Libyen aufs Weiterkommen warten. Schliesslich weiss sogar Pater Feliciani, der einen «Patriotismus der Humanität» predigt, dass «die Schweiz nicht die ganze Welt aufnehmen» könne. Die verstärkte Präsenz des Grenzschutzkorps findet Pantani zwar bewundernswert, aber letztlich hat sie den Eindruck, dass dies in erster Linie der Beruhigung der Bevölkerung und nicht dem Eindämmen der Zuwanderung dient. Die zusätzlichen Kräfte werden weniger zur Grenzsicherung als zur Bewältigung der Papierarbeit benötigt.

Auf direkte Gespräche mit Italien hofft die Tessiner Politikerin schon lange nicht mehr. Sie ist sich noch nicht einmal sicher, wie ernst der Bundesrat dieses Dossier in Rom vertritt. «Da müssen Sie schon Frau Sommaruga selber fragen», sagt sie maliziös. Ein wenig Erleichterung erwartet sie vom jüngsten Vorstoss der EU-Kommission, wonach die Flüchtlinge nach einer Quote in den europäischen Ländern verteilt werden müssen.

Doch das alles ändert nichts an den geografischen Gegebenheiten – dass Italien der nordafrikanischen Küste am nächsten liegt und dass die Schweiz an Italien und seine zweitgrösste Metropole Mailand grenzt. Das sind die Kanäle, über die die Flüchtlingsströme fliessen.

In Milano Centrale ist mittlerweile der Eurocity nach Zürich eingefahren, Abfahrt 10.25 Uhr mit Stopps in Chiasso, Lugano und Bellinzona. Vor der Billettkontrolle warten die Fahrgäste, darunter auch zwei junge Männer mit den feingeschnittenen Gesichtszügen, wie man sie aus Somalia kennt. Sie reisen mit sehr kleinem Gepäck. Noch nicht einmal einen Plastiksack haben sie dabei. ○

Drohgebärden

Die EU schwadroniert von Militäreinsätzen gegen libysche Schlepper. Doch statt die Aktion im Geheimen vorzubereiten, hängt der europäische Papiertiger alles an die grosse Glocke.

Von Kurt Pelda

Die Drohungen der EU an die Adresse der libyschen Schlepper und Menschenhändler erinnern in fataler Weise an den «Krieg» gegen die Drogenschmuggler – ein Kampf gegen Windmühlen, wie wir heute wissen. Immer wieder nehmen Politiker die Anbieter illegaler Güter oder Dienstleistungen ins Visier, ohne zu berücksichtigen, dass sich jede zahlungskräftige Nachfrage am Ende ein Angebot schafft, egal, ob es Politik und Justiz passt oder nicht.

Eigentlich sollte jede Militäraktion im Geheimen vorbereitet werden, um den grösstmöglichen Überraschungseffekt zu erzielen. Über das noch nicht abgeseignete, angeblich vertrauliche «Konzept» der EU-Aussenbeauftragten Federica Mogherini wird aber heftig diskutiert, so dass sich die Schlepper in Libyen bestens vorbereiten können.

Luxusferien an der Riviera

In einer ersten Phase sollen sich Europas Geheimdienste ein Bild von der Lage machen. Man kann sich aber fragen, warum das nicht schon längst geschehen ist. Der kürzlich in der *Weltwoche* porträtierte libysche Waffenhändler und Warlord Anwar al-Misrati (*Weltwoche* Nr.16/15) sowie ein Schlepperkönig aus Zuwara (*Weltwoche* Nr.17/15) arbeiten inzwischen immer enger zusammen: Das Ziel ist es, noch mehr Migranten nach Italien zu befördern und die Einnahmen der islamistischen «Morgenröte»-Milizen zu steigern.

Und wie um die geifernden EU-Politiker zu verhöhnen, verbrachte der erwähnte Händler des Todes kürzlich einige Tage in Fünfsternehotels an der französischen Riviera. Eine Einladung des Schlepperkönigs zum luxuriösen Strandkurzurlaub lehnte die *Weltwoche* dankend ab. Wo waren da die europäischen Geheimdienste? Warum liessen sie einen der einflussreichsten Männer in Libyens Schleusergeschäft durch die Lappen gehen? Müssen diese Leute nun wochenlang recherchieren und teure Berichte schreiben, um das zu erfahren, was manche Journalisten schon längst wissen?

Bei vielen der von Mogherini vorgeschlagenen Massnahmen, mit Gewalt gegen die Schlepper vorzugehen und deren Kähne zu versenken, scheinen die EU-Politiker von falschen Annahmen über das Geschäft mit dem Tod im Mittelmeer auszugehen. Libysche Schleuser fahren nie auf den Flüchtlingsbooten mit, es ist also eine totale Illusion, jemals einen Schlepper am Steuer eines mit Migranten überfüllten Kutters zu verhaften. In die Schlauchboote, die

vor allem vom Westen Libyens zur Überfahrt nach Lampedusa aufbrechen, setzen die Menschenhändler Migranten als Steuerleute ein, die einen Schnellkurs in der Bedienung von Aussenbordmotor und Satellitennavigationsgerät erhalten haben. Auf den grösseren Kähnen heuern tunesische Matrosen als Besatzung an. Für eine erfolgreich abgelieferte Menschenfracht erhalten diese rund 6000 Euro, eine Riesensumme für tunesische Verhältnisse.

Doch was ist vom Plan zu halten, die Boote auf hoher See zu versenken, nachdem die europäischen Marineschiffe die Migranten aufgenommen haben? Nicht viel. Denn die meisten der maroden Kähne und alle Schlauchboote sind im Kalkül der Schlepper als Einweggefährte verbucht. Ob diese Boote am Ende im Schiffsfriedhof auf Lampedusa oder Sizilien enden oder versenkt werden, spielt eine untergeordnete Rolle. Hauptsache, die Migranten kommen in Italien an. Das ist die Crux des EU-Plans: Die aufgegriffenen Migranten werden nicht etwa zur libyschen Küste zurückgebracht, sondern sicher nach Italien übersetzt.

Schlauchboot-Embargo gegen Libyen

Logischerweise ändert sich auch nichts, wenn die Boote schon innerhalb der libyschen Gewässer abgefangen werden, im Gegenteil. Ist die Bootsfahrt schon nach wenigen Kilometern zu

Ende und werden die Migranten danach auf Kosten der europäischen Steuerzahler nach Italien transportiert, können sich die Schleuser noch mehr ins Fäustchen lachen. Statt auf teure Fischkutter werden sie dann vermehrt auf billige Schlauchboote setzen. Damit erübrigt sich aber auch der Plan der EU, die Boote schon vor Beginn der Überfahrt am Festland zu zerstören. Vielleicht wird Europa dann ein Schlauchboot-Embargo gegen Libyen ergreifen, müsste dann aber das benachbarte Tunesien mit einschliessen, denn von dort gelangen viele der kleinen Gefährte auf dem Landweg nach Libyen.

Und gezielte Luftschläge und Militäraktionen gegen die «Infrastruktur» der Schlepper am Festland? Nun, die Villa unseres Schlepperbosses bei Zuwara wäre ein leichtes Ziel, trotz der starken Wachmannschaften. Doch Schleuser können sich in Städten oder an der französischen Riviera verstecken und von dort weiter die Fäden ziehen. Und selbst wenn unser Schleuserkönig einem Drohnenangriff zum Opfer fallen sollte, wird das wenig ändern, denn andere werden sofort an seine Stelle treten. Das Sterben im Mittelmeer wird erst aufhören, wenn die Europäer alle aufgegriffenen Migranten schnurstracks wieder zurück nach Libyen bringen. Erst dann wird das Geschäftsmodell der illegalen Bootsfahrten bedroht. ○



Einweg-Transportmittel der Schlepper: Schiffsfriedhof in Lampedusa.

Afrika in Amden

Ein Bergdorf im Kanton St. Gallen wehrt sich gegen ein Asylzentrum mit über hundert Personen. An einem Orientierungsabend entlädt sich der Zorn der Bevölkerung auf die angereisten Behördenvertreter. Diese waschen ihre Hände in Unschuld: Alles sei zwangsläufig. Von Alex Reichmuth



Übergangen und übertölpelt: Widerstand im Bergdorf Amden.

Wenige Minuten sind erst vergangen seit Beginn der Veranstaltung. Schon droht sie aus dem Ruder zu laufen. Der St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler (SP) hat eben zu seiner Rede vor den rund 400 Anwesenden angesetzt und versichert, er wolle die «Ängste und Befürchtungen» der Dorfbevölkerung ernst nehmen. In Amden solle ein «gutes, geordnetes Asylzentrum» entstehen. Da kommen aus dem übervollen Saal laute Zwischenrufe. «Wir wollen überhaupt kein Asylzentrum!», skandieren einige junge Männer. Applaus brandet auf. Fässler will weitermachen. Doch Buhrufe und Pfiffe stoppen ihn.

«So können wir nicht diskutieren», versucht sich der Regierungsrat zu wehren. «Unsere Meinung interessiert euch da vorne ja sowieso nicht», tönt es zurück. Die Atmosphäre ist geladen, es knistert vor Spannung.

Was passiert als Nächstes? Jagen die erbosten Ammler Fredy Fässler samt seiner Entourage zum Teufel?

Zeichen von oben

Dass an diesem lauen Frühlingsabend in Amden die Post abgehen würde, war absehbar. Schon bei der Anfahrt zum Bergdorf mit 1700 Einwohnern wird klar, dass der Ärger in der Bevölkerung gross ist. Überall hängen Transparente an den Häusern gegen die Pläne des Kantons. «Asylzentrum zerstört Tourismusort», liest man, «Ammler wehrt Euch!» oder schlicht: «Diktatur». In Rage gebracht hat die Bevölkerung nicht nur, dass aus dem beschaulichen Kurzentrum «Bergruh» unweit des Dorfkerns ein Asylheim für 120 Personen werden soll, sondern vor allem, dass sie sich übergangen und übertölpelt fühlt. Einige

Tage zuvor erst wurde das Dorf samt Gemeinderat vor vollendete Tatsachen gestellt: Die Baldegger Schwestern, die in Amden seit 1924 Kurgäste beherbergen, vermieten ihre Liegenschaft künftig an den Kanton, zwecks Unterbringung von Asylbewerbern. «Der Himmel hat mir ein Zeichen gegeben», lau-

Der heikle Moment ist überstanden. Friede kehrt damit noch lange nicht ein.

tete die Erklärung von Marie-Ruth Ziegler, Generalökonomin des Ordens. Die Verantwortlichen des Kantons liessen sich nicht zweimal bitten. Denn geeignete Unterkünfte für Asylsuchende sind nur mit grosser Mühe zu finden. Und dieses Kurhaus ist geeignet –

zumindes, wenn man vom Baulichen ausgeht. Im Saal versucht der Profimoderator, der vom Kanton für den Anlass angeheuert wurde, den Tumult gegen Fredy Fässler abzuwenden. «Wer ist dafür, dass wir weitermachen?», fragt er ins Publikum. Die Hände recken sich in die Höhe. Der heikle Moment ist überstanden. Friede kehrt damit noch lange nicht ein. Regierungsrat Fässler verspricht, die Asylanten würden «mit Kultur und Sprache vertraut gemacht». Er erntet Hohn und Spott.

«Zum Dank verraten»

Als Nächstes ist die Reihe an den Baldegger Schwestern. Steif liest Oberin Zita Estermann von einem Blatt Papier ab. Der Orden könne den Kurbetrieb nicht mehr weiter betreiben – wegen Überalterung. Säckelmeisterin Schwester Marie-Ruth ist mit mehr Kommunikationstalent gesegnet. Sie schildert, wie die Suche nach einer neuen Nutzung des Gebäudes – etwa als Altersheim oder Reha-Zentrum – ergebnislos verlaufen sei. Das Haus sei eben nicht rollstuhlgängig, und Amden werde auch nicht flacher. Undankbar seien die Schwestern, ruft einer im Saal. Die Gemeinde habe so viel gemacht für sie und extra einen neuen Zufahrtsweg zum Kurhaus gebaut. «Und jetzt werden wir zum Dank verraten!» – «Was hätten wir denn tun sollen?», ruft Schwester Marie-Ruth zurück. «Das Gebäude schliessen wäre ja wohl das Schlechteste für das Dorf.» Wieder ertönt Protestgedröhn.

Am meisten bringt an diesem Abend Jürg Eberle den Saal in Rage. Der Chef des kantonalen Migrationsamts wohnte einst selber in Amden. Ja, man habe die Gemeinde vor vollendete Tatsachen gestellt, sagt Eberle offen – «stellen müssen», ergänzt er, weil sich ein solches Zentrum sonst erst recht nicht realisieren lasse. «Heute Abend aber legen wir die Karten auf den Tisch.» Pfiffe. Eberle verstrickt sich in unglückliche Äusserungen – etwa mit dem Hinweis auf die «Hausordnung» als Mittel gegen einen allfälligen Kontrollverlust im Asylzentrum. Und dass nach der Eröffnung ein «Tag der offenen Tür» geplant sei.

Schlechte Erfahrungen

Applaus bekommt dagegen Urs Roth, Gemeindepräsident von Amden. Es habe ihn «enorm enttäuscht», dass die Baldegger Schwestern ohne Absprache mit der Gemeinde entschieden hätten, spricht er ins Mikrofon. Der Kanton umgekehrt zeige mit seinem Entscheid «wenig Fingerspitzengefühl». Damit meint Roth, dass es in Amden bereits früher ein Asylzentrum von ähnlicher Grösse gab.

Der Moderator versucht, Haltung zu bewahren. «Jetzt sind Sie mit Ihren Fragen an der Reihe», verkündet er mit aufgesetzter Heiterkeit. Er düst mit seinem Mikrofon im Saal umher. Manch einer mit kräftiger Stim-

me mag aber nicht warten und legt ohne Tonverstärker los. Das Ganze sei doch überhaupt nicht durchdacht mit diesen Asylanten! Wie etwa laufe die Verpflegung. Ob diese Leute denn alle im Dorfladen einkauften. Ob der Ortsbus dann voll mit Fremden sei. Und wo die zusätzlichen Kinder alle zur Schule gingen. Welcher Arzt die Asylbewerber medizinisch versorge. Und überhaupt: Wer für die Sicherheit garantiere. «Die Kantonspolizei braucht schliesslich zwanzig Minuten, bis sie hier oben in Amden ist.»

Der Regierungsrat und der Migrationschef geben sich alle Mühe zu beschwichtigen. Für die Verpflegung werde das lokale Gewerbe berücksichtigt, «wenn dieses zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten kann». Die Asylantenkinder würden heimintern geschult – von einem Lehrer, den der Kanton bezahle. Für lange Ausflüge mit dem öffentlichen Verkehr fehle den Asylbewerbern sowieso das Geld. Und es sei immer Personal im Haus, um für geordnete Verhältnisse zu sorgen. Alles sei geregelt, alles habe man im Griff, beschwören Fässler und Eberle.

Der Ton wird immer aggressiver. Man spricht die Behördenvertreter nun mit «du vom Kanton» an.

Es glaubt ihnen keiner. Mit dem früheren Asylzentrum habe man sehr schlechte Erfahrungen gemacht, tönt es aus der Menge. «Diese Zeiten sind aber lange her, heute ist es anders», entgegnet Migrationschef Eberle. Gelächter im Saal. Ein Mann im Publikum steht auf. Er wohne in Amden, arbeite aber bei der Kantonspolizei Zürich. Er wisse, dass Gewalt und Kriminalität im Asylbereich an der Tagesordnung seien – auch wenn das niemand zugebe. «Im Kanton St. Gallen sind die Verhältnisse aber anders als in Zürich», verteidigt sich der Regierungsrat. Gejohle im Saal. Das Publikum empört sich über immer neue «Lügen», die es entdeckt haben will.

Weniger Steuern?

Der Ton wird immer aggressiver. Man spricht die Behördenvertreter nun barsch mit «du vom Kanton» an. Vereinzelt fallen Bezeichnungen unter der Gürtellinie. Es geht um die Schweiz, um Europa, um die Welt. Die Flüchtlinge seien gar keine. Bundesrätin Sommaruga versage. Das Dublin-Abkommen funktioniere nicht. Und auf den Mittelmeer-überfahrten würden Muslime Christen über Bord werfen. «Ihr als christlicher Orden leistet dem ja noch Vorschub», schleudert einer den Baldegger Schwestern entgegen. Schwester Marie-Ruth bekommt unverhofft das Mikrofon in die Hand gedrückt. Und weiss nicht recht, wie reagieren. «Wir müssen uns um alle Menschen kümmern», meint sie schliesslich. Im Publi-

kum steht eine Frau auf. «Ich danke den Schwestern, dass sie sich für Flüchtlinge einsetzen und so christliche Werte hochhalten», spricht sie mutig ins Mikrofon. Der Saal reagiert mit Raunen auf die Abweicherin.

Die Diskussion dreht sich im Kreis. Die hinten haben eine Wut. Und die vorne machen nur ihren Job, wie sie sagen. Sie fänden die Situation auch nicht gut. «Wir müssen die Asylbewerber, die uns vom Bund zugewiesen werden, aber irgendwo unterbringen», sagt Migrationschef Jürg Eberle. Es kommen abenteuerliche Vorschläge – etwa der nach einer gezielten Steuererleichterung für die Einwohner Amdens, als Entschädigung. Geht leider nicht, heisst es – schon vom Bundesgesetz her.

Ein letzter Versuch

So scheint alles zwangsläufig zu sein. Amden hat mit dem Kurhaus nun einmal ein geeignetes Gebäude. Und der Kanton muss die Asylbewerber übernehmen. Und der Bund will eine humanitäre Flüchtlingstradition hochhalten. Und die Welt produziert immer mehr Vertriebene, wie es heisst. So wird aus Amden ein bisschen Afrika – Widerstand hin oder her.

Nach drei Stunden macht sich Erschöpfung im Publikum breit. Man hat es nun gehört, will nicht mehr. Ein letzter Versuch: «Ihr vom Kanton müsst euch verweigern und die Asylanten einfach nicht aufnehmen!» Geht auch nicht. Die Schweiz ist nicht Italien, mentalitätsmässig.

Die Leute strömen aus dem Saal. Der erleichterte Moderator kann den Abend endlich beschliessen. Draussen wird ein Apéro serviert. Dieser sei «bezahlt», war Stunden zuvor verkündet worden. Da hatte der Saal noch getobt ob solcher Arroganz. Jetzt langt man halt zu. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

● **Nein zur neuen Billag-Mediensteuer**
SRG zunehmend in der Defensive

● **Erbschaftssteuer-Initiative**
Steuerexperten warnen vor volkswirtschaftlichem Desaster

● **Cassis-de-Dijon-Prinzip**
Nationalrat agiert protektionistisch

www.gewerbezeitung.ch

«Ich bin so glücklich, Herr Doktor»

Kaum einer weiss besser, was Frauen schön finden, als Cédric George. Hier spricht der plastische Chirurg, Mitgründer und medizinische Leiter der Klinik Pyramide am See in Zürich über die befreiende Wirkung von Brustoperationen, über Männer als Verhinderer und den Vorteil echter Privatspitäler. *Von Philipp Gut*

Herr Dr. George, haben Sie heute schon operiert?

Ja, zweimal. Die erste Operation war eine etwas komplizierte Bauchwandstraffung. Die Patientin war schon zuvor operiert worden, hatte wüste Narben, die von einer Gallenblasenoperation herrührten. Der zweite Eingriff war eine kleinere kosmetische Brustoperation.

Und, wie lief es?

Es ging gut. Im Grossen und Ganzen läuft es fast immer rund – vorausgesetzt, man hat eine gewisse Übung.

Sich operativ verschönern zu lassen, galt lange als Frauensache. Die Männer haben aber aufgeholt. Wie sehen die Zahlenverhältnisse heute aus?

Es sind nach wie vor mehr Frauen, statistisch gesehen drei Viertel. Aber es gibt auch Tage oder Wochen, wo ich mehr Männer auf dem Programm habe.

Worin unterscheiden sich die Wünsche und Vorstellungen der Frauen von denjenigen der Männer?

Beim Gesicht ist es sehr ähnlich. Hängendes Gewebe im unteren Gesichts- und Halsbereich, hängende Augenoberlider und schwere -unterlider, sogenannte Tränensäcke, kommen bei beiden Geschlechtern vor. Männer schauen vielleicht etwas weniger auf kleine Fältchen, die Beschaffenheit ihrer Haut ist auch eine andere. Frauen lassen sich häufiger die Nase operieren. Brustoperationen sind natürlich eher Frauensache, aber es gibt auch Ausnahmen: die sogenannte Gynäkomastie, die störende Entwicklung der Brustdrüse beim Mann.

Das ist dann ein medizinischer, krankheitsbedingter Eingriff?

Nein, es gilt meist als kosmetische Operation. Aber die Krankenkassen übernehmen ab und zu einen Fall.

Wie lässt sich die Grenze zwischen medizinischen und ästhetischen Eingriffen ziehen?

Das ist eine ewige Diskussion. Es gibt immer wieder Patienten, die alles über die Krankenkasse abwickeln möchten. Aber es ist sonnenklar, dass es Grenzen gibt, auch wenn diese fließend sind. Es muss ein Krankheitswert vorhanden sein, die Leute müssen Beschwerden haben, etwa Hautpilz in grossen Falten bei einem Hängebauch oder Rückenbeschwerden bei sehr grossen

Brüsten. Gibt es keine solchen Symptome, ist die Operation nicht medizinisch, sondern ästhetisch. Diese Grenze müssen wir ziehen, bevor wir an die Krankenkasse schreiben. Dort entscheidet dann der Vertrauensarzt.

Bei Frauen sind Brusteingriffe am häufigsten. Wie viele davon sind rein ästhetisch motiviert?

Wir machen sehr viel Brustchirurgie. Etwa die Hälfte sind Tumorfälle, die andere Hälfte ist ästhetisch bedingt.

Welche Trends beobachten Sie über individuelle Vorlieben hinaus? Gibt es so etwas wie Modeoperationen – Wellen, die kommen und vielleicht auch schnell wieder gehen?

Nein, ich konnte in meiner Laufbahn keine solchen Trends feststellen. Die Menschen beschäftigen offensichtlich immer dieselben Probleme. Schon in der Antike, bei den alten Ägyptern und im präkolumbianischen Amerika gab es Schönheitschirurgie.

«Brustoperationen sind natürlich eher Frauensache, aber es gibt auch Ausnahmen.»

Sie beobachten eine Art anthropologische Konstante?

Es gibt Dinge, die stören – über Zeiten und Kulturen hinweg. Wie auch das Bedürfnis, daran etwas zu ändern. Es gibt Hinweise, dass bereits Tausende Jahre vor Christus Trepanationen gemacht wurden, um Schädelformen zu optimieren. Wie das gemacht wurde ohne Narkose, weiss man nicht genau.

In der Kulturgeschichte gibt es ja das Sinnbild des Jungbrunnens – das muss tief in uns drin sein.

Die Mittel und Methoden waren sehr verschieden. Diane de Poitiers, die Mätresse von Heinrich II., der dann Katharina von Medici heiratete, war eine bildschöne Frau. Sie war neunzehn Jahre älter als der König – das war im 16. Jahrhundert sehr viel – und starb an einer Goldvergiftung. Das Gold sollte die Jugendlichkeit erhalten.

Bei Thomas Mann werden die alten Ägypter als avantgardistische, schon in die Dekaden kippende Hochkultur dargestellt. Mit geschminkten Männern und geschmückten Frauen. Kleopatra gilt bis heute als eine der faszinierendsten Frauen der Weltgeschichte. Was haben die Ägypter auf dem Gebiet der Schönheitsmedizin gemacht?

Ich muss sagen, ich bin in der Ägyptologie nicht so wahnsinnig bewandert, obwohl ich hier in der Pyramide arbeite. *(Lacht)*

Der Pharaon von Zürich!

Im Ernst: Es gab Mixturen für die Haut, so etwas wie Peelings. Aber natürlich auch die Präparierung der Leichname, die Mumifizierungen – auf Pflanzenbasis wurden chemische Effekte auf das Gewebe erzielt.

Dank Angelina Jolie spricht die ganze Welt über Brustamputationen. Ist die präventive Entfernung nicht ein etwas gar brachialer Akt?

Komischerweise kam das bei uns nicht so gut rüber. Ich behaupte aber, dass jede Frau, die davon betroffen ist, es ganz anders anschaut. Patientinnen mit einem Krebs-Gen und 85 Prozent Wahrscheinlichkeit, an Brust- oder auch Eierstockkrebs zu erkranken, müssen handeln. Man muss das nicht unbedingt in ganz jungen Jahren tun, damit man bis zu einem gewissen Alter die Organe noch benutzen kann. Die Erfüllung des Kinderwunsches taucht oft auf. Gehandelt wird dann meist so ab 35.

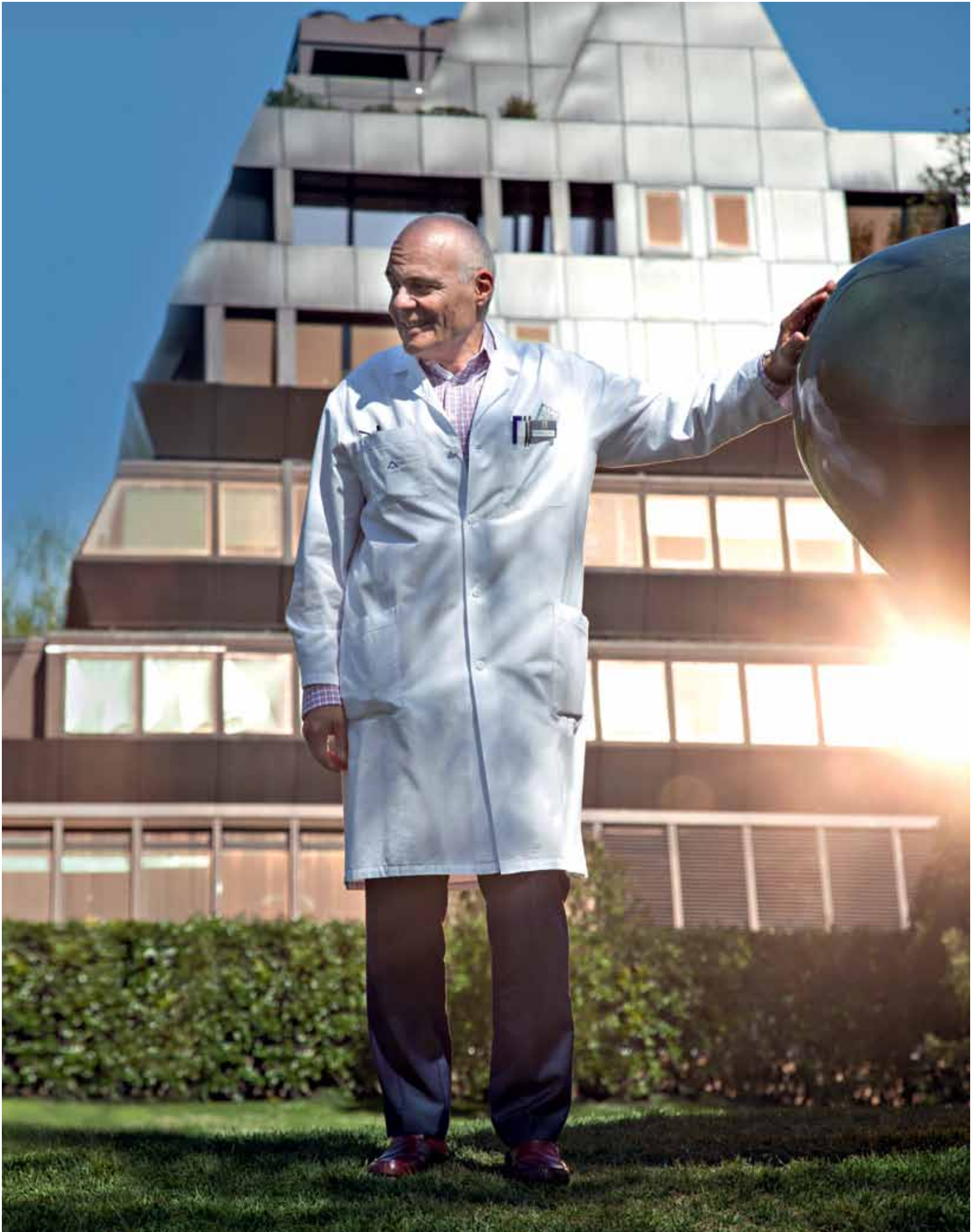
Ist die präventive Totalentfernung wirklich nötig? Reicht es nicht, wenn Risikofälle regelmässig zur Kontrolle kommen? Oder ist es dann schon zu spät?

Wenn Sie bei jedem Fragezeichen auf einem Röntgenbild anfangen müssen, in der Brust herumzustochern oder eine Biopsie zu machen, dann wird es schwierig. Es bleiben inwendig kleine Narben, die eine Beurteilung erschweren. Und immer mit diesem Damoklesschwert zu leben, ist auch nicht angenehm. Man muss die Operation einfach so machen, dass die Lebensqualität erhalten bleibt. Der einzige Nachteil ist, dass man keine Gefühle mehr in der Brust empfindet. Mit den heutigen Methoden, etwa Eigengewebeverschiebungen, können wir schöne, natürliche Formen erreichen. Für die Frau ist das eine richtige Befreiung, nicht irgendein Luxus.

Die Brust ist ein Sinnbild der Weiblichkeit. Was raten Sie den Kundinnen auf psychologischer Ebene: Wie sollen Sie mit diesem Verlust umgehen?

Die Brust wird ja nicht eigentlich entfernt, sondern ersetzt. Verlustig geht das Gefühl. Die Weiblichkeit kann erhalten bleiben. Mit oder ohne Kleider sieht man nur minimale Unterschiede zum Originalzustand.

Man begegnet immer mehr Gestalten mit diesen grotesk aufgespritzten Riesenlippen



«Man muss gut basteln können»: Chirurg George.

in den Strassen. Woher kommt das? Wer sind die *role models* dieser Operettenästhetik?

Wer auffällt, ist eine kleine Minderheit, die übertreibt. Extreme Facelifts, aufgespritzte Lippen – das provoziert berechtigte Reaktionen gegen die plastische Chirurgie. Das sind dekadente Erscheinungen. Wir haben auch Anfragen von Patientinnen, die Riesenbrüste haben wollen, die keinen Sinn haben. Das ist medizinisch problematisch und sieht einfach nicht anständig aus. Alles, was nicht natürlich ist, sollte man eigentlich nicht machen. Dabei geht vergessen, dass man die meisten Schönheitsoperationen gar nicht erkennt. Eine gelungene Operation sieht man nicht.

Gilt der Umkehrschluss: Wenn man es sieht, ist man zu weit gegangen?

Ja, das ist korrekt. Wenn Sie die Bahnhofstrasse hochlaufen, begegnen ihnen ganz viele Leute, die operiert sind, ohne dass sie etwas merken.

Stichwort Bahnhofstrasse: Aus welchen Milieus und Schichten kommen Ihre Kunden? Überwiegt die Zürichberg- und Goldküsten-Klientel? Oder kommt auch die Sekretärin aus Schwamendingen zu Ihnen?

Querbeet. Wir sehen Leute aus allen Kreisen. Natürlich muss man es sich leisten können. Aber es gibt auch jene, die Prioritäten setzen und auf eine Operation hin sparen.

Viele Frauen sagen, sie liessen sich operieren, um sich selber besser zu gefallen. Glauben Sie das? Ist die Aussenwirkung wirklich sekundär?

Die richtige Indikation ist, wenn ein Mensch etwas für sich selber macht. Weil er sich dann besser fühlt, eine positivere Ausstrahlung hat. Indirekt hat er damit auch mehr Erfolg, sei es beim anderen Geschlecht, bei der Arbeit oder in der Politik. Es ist selten, dass jemand unter äusserem Druck kommt – etwa weil der Freund sagt: «Du musst jetzt grössere Brüste machen lassen.» Meist ist es umgekehrt: Die Frau will, und der Mann oder Partner sagt nein. Ich hatte einmal eine fast siebzigjährige Patientin, die wegen einer Brustvergrösserung zu mir kam. Sie wollte es immer schon machen, aber ihr Mann war dagegen gewesen. Vor zwei Jahren ist er gestorben. Sie habe dann nochmals gewartet, weil ihr Gynäkologe auch dagegen war. Der sei jetzt ebenfalls gestorben.

Die Männer sind Verhinderer, nicht Antreiber?

Absolut.

Sie hätten bessere Umsätze, wenn die Männer weniger zu sagen hätten. Aus Geschäftsgründen müssen Sie ein glühender Förderer der Frauenemanzipation sein.

Starke Frauen, die für sich selber entscheiden, sind gefragt.

Worauf achten Frauen eigentlich mehr: auf das Urteil der Männer oder auf dasjenige anderer Frauen?

Eine gute Frage, die ich nie wissenschaftlich untersucht habe. Ich glaube, Sie treffen es schon richtig: Es geht um das Urteil des anderen Geschlechts, aber sicher auch um das der Mitbewerberinnen. Da kann es ziemlich zickig zu- und hergehen.

Darf man einer Frau ungefragt eine Operation schenken?

Das ist eine ethische oder gesellschaftliche Frage. In der Praxis sehe ich immer wieder, dass sich Patientinnen einen Eingriff durch Dritte finanzieren lassen.

Es gibt so etwas wie OP-Sugar-Daddys?

So könnte man es nennen. Für uns steht die Patientin im Vordergrund, wer zahlt, spielt keine Rolle. Wir dulden aber keine Kreditfinanzierung.

Es bleibt ein heikles Terrain: Wenn ich einer Frau einen Eingriff vorschlage, heisst das doch, dass ich bei ihr einen Mangel sehe.

In Ausnahmefällen kommt das vor. Häufig aber ist es umgekehrt: Die Frau sagt dem Mann: «Mach doch deine Augen», oder Ähnliches. Diesen Leuten sage ich: «Sie sind Sie. Entscheiden Sie selber.» Druck von aussen ist nie gut.

«Letztlich entscheidet also der Staat, wo man sich operieren lassen darf.»

Wie oft kommt es vor, dass Kunden einen Eingriff bereuen? Gibt es so etwas wie ein Leiden an der Künstlichkeit?

Als junger Chirurg fällt man manchmal auf die Nase. Mit den Jahren entwickelt man eine Art sechsten Sinn. Dieser vermittelt einem das Gefühl dafür, wann man operieren sollte und wann nicht. Die Kunst besteht darin, diese Fälle vor der Operation herauszufiltern. Im Zweifelsfall sagt man lieber einmal zu viel nein. Jemanden zu operieren, der nachher nicht zufrieden ist – das ist das Schlimmste, was einem passieren kann. Das Ziel muss es sein, dass die Operation ohne Komplikationen verläuft, dass der Patient zufrieden ist und womöglich ein Briefchen schreibt des Inhalts: «Ich bin so glücklich, Herr Doktor.»

Kann die ständige Optimierung des eigenen Körpers zu so etwas wie einer Operationsucht führen?

Ein kleiner Prozentsatz der Patienten hat diese Tendenz.

Liegt es nicht in der Logik des Ganzen, dass es stets etwas Neues zu verbessern gibt? Niemand wird jünger, man kann den Körper nicht fixieren, die Zeit nicht einfrieren.

Das ist richtig. Aber älter zu werden, heisst nicht unbedingt, hässlicher zu werden. Manche sehen im hohen Alter so gut aus, dass sie nichts brauchen. Andere sind zwei- oder dreimal geliftet.

Wie alt sind Ihre Kunden im Durchschnitt?

Über alles gesehen, von Kindern mit Absteheohren bis zu den Ältesten, liegt der Schnitt irgendwo bei fünfzig. Meine älteste Patientin war 99, sie kam allein mit dem Stock in die Praxis.

Gibt es Lebensphasen, wo es besonders drängt? Schönheitskrisen?

Einen grossen Schub gibt es zwischen 20 und 25. Dann gibt es Frauen mit Kindern um die 35, 40, die Folgen problematischer Schwangerschaften an Bauch oder Brust beseitigen wollen. Ab 40 fangen die Anfragen für Facelifts an. Mit 50, 60 kommen die allgemeinen Alterserscheinungen. Man fühlt sich jünger, als man aussieht, schaut in den Spiegel und denkt: «Es stimmt einfach nicht mehr.»

Welches sind die häufigsten Komplikationen?

Gefährliche Komplikationen haben wir weniger als in anderen Bereichen. Aber wie bei allen Operationen gibt es Risiken: Thrombose, Embolie, Hämatom, Infektion, schlecht verheilende Narben.

Irgendwo habe ich gelesen, Sie hätten schon im Kindergartenalter die Puppen Ihrer Schwester aufgeschlitzt. Muss man ein bisschen verrückt sein, um Chirurg zu werden?

Verrückt, das glaube ich nicht. Man muss manuell begabt sein, gut basteln können, wenn es im Haus etwas zu flicken gibt. Es braucht eine klare Linie, Selbstsicherheit, man muss geradeaus denken. Prioritäten setzen. Das Ziel verfolgen, ohne sich ablenken zu lassen. Während des Operierens dürfen Sie nicht nach rechts oder links schauen. Es gibt kein Wenn und Aber.

Sie gelten als Pionier eines liberalen Schweizer Gesundheitswesens. Wo sehen Sie die grössten Mängel der staatlichen Steuerung?

Es ist eine Planwirtschaft. Im Krankenversicherungsgesetz ist zwar von mehr Wettbewerb die Rede. Die Schlagworte heissen: wirtschaftlich, zweckmässig, wirksam. Aber die Realität ist ganz anders. Das grösste Problem ist: Jeder Schweizer Bürger ist obligatorisch versichert. Er zahlt Krankenkasse. Der Staat sagt Ihnen, wohin Sie gehen dürfen. Achtzig Prozent der Leute sind nur allgemeinversichert. Den Sockelbetrag, den der Staat bei jeder Operation zahlt, bekommen Sie als Spital nur, wenn Sie auf der Liste sind, die der Staat absegnet. Letztlich entscheidet also der Staat, wo man sich operieren lassen darf. Diesen Sockelbetrag müsste jeder Patient mitnehmen können – auch zu Spitälern, die nicht auf der obrigkeitlichen Liste stehen.

Die Klinik Pyramide ist ein sogenanntes Vertragsspital, Sie rechnen direkt mit den Krankenkassen ab und bekommen keine Staatsbeiträge. Sind Sie deshalb teurer?

Im Gegenteil. Wir arbeiten so effizient, dass wir diesen fehlenden Sockelbetrag wettmachen können.

Wie könnte man das bürokratische System aufbrechen?

Man muss das Krankenversicherungsgesetz revidieren. Es braucht eine politische Aktion und eine Volksinitiative.

Was können die Privatspitäler besser als die staatlichen?

Es ist wie sonst in der Wirtschaft: Private sind flexibler, näher beim Kunden. Die Dienstleistungsbereitschaft und die Motivation der Mitarbeiter sind höher. Bei staatlichen Spitälern entscheidet nicht das Bedürfnis des Kunden, am Ende sind es die Gewerkschaften.

Die Pyramide nimmt für sich in Anspruch, eine «echte» Privatklinik zu sein. Wo sind denn die angemassen, unechten?

Das sind eben jene Kliniken, die auf der Spitalliste stehen. Sie müssen bestimmte Bedingungen erfüllen, die der Staat definiert. Darunter leidet unweigerlich die Qualität. Wir sind eine Boutique, kein Warenhaus. Wir versuchen, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Das ist nur in

einem kleineren Rahmen möglich, nicht in einer riesigen Fabrik.

Warum sollte Grösse denn ein Problem sein?

Die Margen sind so klein, dass es nur noch mit der schieren Anzahl geht. Als Patient sind Sie eine Nummer. Die Ansprechpartner wechseln ständig. Bei uns betreut derselbe Arzt den Patienten vor, während und nach der Operation. Auch das Engagement der Ärzte ist in öffentlichen Spitälern nicht das-

«Ich sehe mich nicht als Verkäufer. Ich bin Troubleshooter für Leute, die etwas verbessern möchten.»

selbe. Nach Feierabend ist Schluss. Meine Patienten kriegen meine Handynummer.

Im Vertrauen, wir sind hier ja unter uns. Wenn Sie mich anschauen: Welche Schönheitsoperation würden Sie mir empfehlen?

Ich habe immer wieder Patienten, die mit dieser Frage zu mir kommen. Meine Antwort ist immer dieselbe: «Mich stört gar nichts an Ihnen. Gehen Sie nach Hause, schauen Sie in den Spiegel und sagen Sie mir, was Sie stört.» Natürlich gibt es offensichtliche Missbildungen, etwa Lippen-Kiefer-Gaumenspalten. Wenn Sie einen Schlitz im Gesicht haben, ist es logisch, dass man zu einem Eingriff rät. Aber solange jemand in

der Norm liegt, gibt es keinen Grund, den Kunden etwas vorzuschlagen. Es gibt Chirurgen, die das machen. Aber dann sind Sie ein Verkäufer. Ich sehe mich nicht als Verkäufer. Ich bin Troubleshooter für Leute, die etwas an sich verbessern möchten.

Sie haben keine Mission, die Menschheit schöner zu machen?

Ich bin nicht Pygmalion. Kein Künstler, der irgendwelche Kunstwerke kreiert, wie das andere Schönheitschirurgen tun. Ich sehe mich als Doktor. Ein Doktor muss seinen Patienten weiterhelfen. Insofern mache ich keinen Unterschied zwischen Krebs- und anderen Patienten. Es geht darum, das Bestmögliche für die Medizin zu machen und es dem Patienten zu ermöglichen, möglichst lange möglichst gut leben zu können. Wir müssen alle einmal sterben, ob mit oder ohne Krebs. Die Lebensqualität hat höchste Priorität.

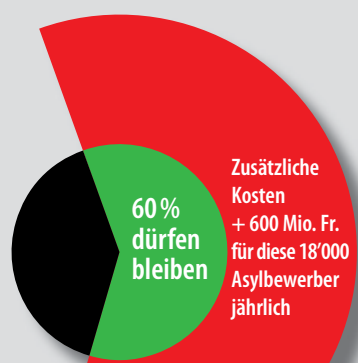
Dr. med. Cédric A. George ist Facharzt FMH für plastische, wiederherstellende und ästhetische Chirurgie. 1993 gründete er mit andern Ärzten die Privatklinik Pyramide am See in Zürich, der er als medizinischer Leiter vorsteht. Neben seiner chirurgischen Tätigkeit engagiert sich George für Reformen im Gesundheitswesen und für mehr Markt und Wettbewerb zwischen den Spitälern.

Haben Sie schon gewusst?

Das läuft alles schief in unserem Asylwesen:

Jährlich bis zu 6 Milliarden Steuergelder nur für die Asylindustrie zahlen?

- Der Bund zahlt jährlich über 1 Milliarde Franken fürs Asylwesen und 3 Milliarden für die Entwicklungshilfe. Kantone und Gemeinden tragen Kosten von bis zu 2 Milliarden. Dieses Geld der Steuerzahler versandet grösstenteils in der Asylindustrie, internationaler Bürokratie und Korruption. Die Wirkung auf den Zustrom der Asylanter ist gleich Null.
- Asylbewerber waren in den letzten Jahren 15x krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Nebst mehr Gewalt und Kriminalität müssen wir Steuerzahler zusätzlich noch die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten zahlen!
- Heute können 60% aller Asylbewerber, 3x mehr als noch 2012, in der Schweiz bleiben. Für 2015 bedeutet das (Hochrechnung): + 18'000 Asylanter bleiben zusätzlich in unserem Land. Viele können künftig auch ihre Familien in die Schweiz holen. Die meisten landen in der Sozialhilfe, beanspruchen Integrationsprogramme und vieles mehr. Zusätzliche Kosten von rund + 600 Millionen Franken!



2015: + 30'000 Asylbewerber



Wer ist schuld daran?
Mit der von SP-Bundesrätin Sommaruga betriebenen Asylpolitik werden Missbräuche gefördert. Profitiert haben die Wirtschaftsmigranten, Schlepperbanden und die Asylindustrie in der Schweiz.



Mehr Infos unter www.svp.ch



SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern
PC: 30-8828-5



Bezahlt wird in Metall: Die Schweizer Rockband Krokus im legendären «Whisky a Go Go» in Los Angeles, wo unter anderem Frank Zappa und



Aerosmith aufzutreten sind.

Satanische Verse

Von Daniele Muscionico

Was ist Hardrock? Hardrock ist, wenn der Skorpion mit der Wolfsmutter auf dem Sunset Strip jagen geht. In den Nüstern der Gestank zerbrochener Träume, unter der Haut die Erinnerung an River Phoenix, der hier starb. Und am lockeren Hintern der Stachel, der sein Gift gegen alles spritzt, was nach Bürgerlichkeit böckelt.

Wenn nach Sonnenuntergang der Skorpion mit der Wolfsmutter, wächst aus dem Asphalt – der Krokus! Die Queen aller Krokusse sogar. Ausdauernd und mit röhrig verwachsenem Kelch. Blütenkelch, Klangschale – nenn's, wie du willst. Und jedes der sechs Blütenblätter ist ein Go-go-Tänzer und spricht satanische Verse.

Was könnte Hardrock sonst noch sein? Es ist die Hardware Amerikas. Das «Dirty Dynamite» des Wilden Westens. Es ist *mother's best* und Onkel Toms Darling, denn bezahlt wird in Metall.

Dieses Bild zum Beispiel ist Hardrock. Schnell und flackernd und heiss und einsam. Unruhig, ruhelos. Immer auf der Suche. Wonach? Nach der Frage. Immer auf der Flucht. Wovor? Vor der Antwort.

Diese Fotografie ist Hardrock. Es ist ein Bild aus dem Abspann eines Roadmovies. Ein dreckiges Halbdutzend hat ihn gesehen und selber gedreht, den grossen fremden Film zum kleinen eigenen Leben. Zwölf US-amerikanische Städte von Ost nach West, das war ihre Grand Tour, und dann, am Ende, das grosse Finale dort, wo der Sündenfall begann. Krokus, die «Judas-Priester» der Schweiz, sind wieder dort, wo sie hingehören.

Das «Whisky a Go Go» gilt als ältester und erster Rockklub von Los Angeles. Und weit über Los Angeles hinaus, sagt man. Doch wer sagt das, und wer hat mitgezählt? Die Doors und Alice Cooper jedenfalls haben dort gespielt, zum ersten Mal gespielt, zum ersten Mal vor mehr als vor einem leeren Bierkasten.

Klar ist, das «Whisky a Go Go» ist ein Balg der Sechziger, genau wie Krokus, diese Flower-Power-Extremisten der Siebziger, die sich Metall in ihre Blumenseele genietet haben. Und war damals alles besser? Nicht besser, aber lauter vielleicht. Und ehrlicher. Und ehrlich von sich selbst begeistert. Und von der Möglichkeit, mit der «Titanic» Musik die Schweiz in Richtung Westen verlassen zu können. Angefixt vom Sound der Freiheit und an der Nadel der Romanzen, die man nur in der Neuen Welt träumt. Damals. Heute. Was macht das für einen Unterschied? Für den Hardrock ist Zeit nur ein anderes Wort für Solothurn.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Montecristo (*Diogenes*)
- 2 (2) **Martin Walker:** Provokateure (*Diogenes*)
- 3 (–) **Andrea Camilleri:** Das Spiel des Poeten (*Bastei Lübbe*)
- 4 (–) **Donna Leon:** Tod zwischen den Zeilen (*Diogenes*)
- 5 (3) **Viveca Sten:** Tod in stiller Nacht (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 6 (5) **Jussi Adler-Olsen:** Verheissung – Der Grenzenlose (*DTV*)
- 7 (4) **Blanca Imboden:** Matterhörner (*Wörterseh*)
- 8 (6) **Milena Moser:** Das Glück sieht immer anders aus (*Nagel & Kimche*)
- 9 (8) **Elif Shafak:** Der Architekt des Sultans (*Kein & Aber*)
- 10 (7) **Cecelia Ahern:** Das Jahr, in dem ich dich traf (*Fischer Krüger*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Joachim Bauer:** Selbststeuerung (*Blessing*)
- 3 (4) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der auf dem Fahrrad ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 4 (3) **Thomas Maissen:** Schweizer Heldengeschichten ... (*Hier und Jetzt*)
- 5 (6) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 6 (7) **Thomas Gottschalk:** Herbstblond (*Heyne*)
- 7 (–) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 8 (5) **Katrin Bentley:** Allein zu zweit (*Wörterseh*)
- 9 (–) **Shlomo Graber, Adrian Suter:** Denn Liebe ist stärker als Hass (*Riverfield*)
- 10 (–) **Lukas Bärfuss:** Stil und Moral (*Wallstein*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Schmutzige Hände

Die Kritiken sind durchzogen, der Vorverkauf läuft schleppend – völlig zu Unrecht. Sartres Drama «Die schmutzigen Hände» gehört zum Stärksten, was diese Saison am Zürcher Schauspielhaus zu sehen ist. Das texttreu inszenierte Stück über einen Linksaktivisten, der einen parteiinternen Widersacher umlegen sollte, ist eine hochaktuelle Studie über Machtmechanismen und Extremismus: Der Kampf für den angeblich guten Zweck ist bloss Fassade, eigentlich geht es um gekränkte Egos, Machtspielchen und Frauen. Dass in Stefan Puchers Inszenierung Jean Ziegler einen Kurzauftritt bekommt, passt hervorragend: Auch Ziegler schien jegliche Zurechnungsfähigkeit bezüglich Mittel und Zweck verloren gehabt zu haben, als er sich an Diktatoren wie Gaddafi oder Fidel Castro anschmiegte. (rb)

Literatur

«Macht macht böse»

Rolf Hochhuth hat mit dem Stück «Der Stellvertreter» 1963 den Vatikan erschüttert. Er pflegte Kontakt zu Geistesgrößen wie Hannah Arendt, Karl Jaspers und Ernst Jünger. Hausbesuch bei einem Monument. Von Rico Bandle und Peter Rigaud (Bilder)

Bei ihm ist alles historisch aufgeladen. Seine Arbeitswohnung in Berlin befindet sich in einem Edelplattenbau nahe des Brandenburger Tors, gleich hinter dem Luxushotel «Adlon». Die DDR-Führung hatte diese Wohnungen mit Sicht über die Mauer für die treuesten Parteikader vorgesehen. Doch kaum waren sie bezugsbereit, fiel die Mauer. Anstatt in den feindlichen Westen sieht man von Rolf Hochhuths Arbeitszimmer aus nun direkt auf das Holocaust-Mahnmal mit seinen Touristenströmen. Auch Angela Merkel wohnte eine Zeitlang hier, bevor sie Bundeskanzlerin wurde, ein Stockwerk über Hochhuth. Heute allerdings wirken Treppenhaus und Wohnungen etwas heruntergekommen, vom Glanz ist nichts mehr da.

Hier arbeitet der 84-jährige Autor noch immer täglich, schreibt Gedichte und Theaterstücke in einem Tempo, das jeden Leser, jeden Verlag überfordert. Der Mann, der mit seinen Enthüllungen die katholische Kirche in eine tiefe Krise gestürzt hat, vergleichbar mit dem Missbrauchsskandal, der sogar schon einen Ministerpräsidenten zum Rücktritt gezwungen hat und dem das legendäre Brecht-Theater Berliner Ensemble gehört, begrüsst den Gast aus der Schweiz barfuss, aber in Hemd und Kravatte gekleidet.

Herr Hochhuth, die Welt feierte in den letzten Tagen siebzig Jahre Kriegsende. Können Sie sich noch an den Augenblick erinnern, als die Amerikaner nach Eschwege kamen, wo Sie wohnten?

Sehr genau sogar. Das war am 3. April 1945, zwei Tage nach meinem 14. Geburtstag. Ich war in meinem Grosseltern- und Elternhaus. Die Amerikaner sind in die Häuser eingedrungen, haben geschaut, ob da deutsche Soldaten sind. So auch bei uns. Wir verschanzten uns im Keller. Als sie kamen, hielten wir alle die Hände hoch. Doch das waren sehr freundliche Leute.

Die ganze Familie war im Keller versteckt?

Nicht versteckt. Man ging in den Keller, in der Erwartung, dass die Amerikaner erst in die Stadt eindringen, nachdem sie sie zerbombt haben. Es gab aber nur einzelne Schüsse. Als sie in unser Haus kamen, sagte mein Vater: «No soldiers here.» Sie durchsuchten das Haus trotzdem. In der Stadt gab es Sperrzeiten, man durfte nicht immer auf der Strasse sein. Am nächsten Tag klingelte es während der Sperrzeit an der Haustüre, mein Onkel

stand leichenblass da. Er sagte, die Amerikaner hätten ihn eben zum Bürgermeister von Eschwege ernannt, anstelle des Nazis.

Und was war mit Ihnen?

Die Schulen waren geschlossen, mein Onkel stellte mich als Laufjunge an, für zwanzig Reichsmark im Monat. Ich rannte zu jenen Häusern, die die Amerikaner beschlagnahmen wollten, um die Leute darin zu informieren. Im Juli nahmen die Amerikaner auch mein Elternhaus ein, innerhalb von zwei Stunden mussten wir es verlassen. Das war damals üblich. Trotzdem waren die Amerikaner sicher die humanste Besatzungsmacht aller Zeiten – ich habe sie mit vierzehn vergöttert. Sie sorgten sich um uns, haben uns die herrlichste Bibliothek gebracht. Die Gesamtausgabe von Thomas Mann, die man unter Hitler nicht lesen durfte, war auch da. Jahre später habe ich in Basel den Philosophen Karl Jaspers besucht und mit ihm darüber gesprochen, dass wir uns eigentlich wundern müssen, dass die Amerikaner uns nicht umgebracht haben, nachdem sie Lager wie Buchenwald gesehen hatten. Stattdessen haben sie uns die Kriegsschulden gestundet und die Wirtschaft wieder auf eine Höhe gebracht wie zur Kaiserzeit.

Im Nachhinein ist klar: Der Einmarsch der Amerikaner war eine Befreiung. Waren Sie sich dessen bereits an dem Tag bewusst, als sie kamen?

An dem Tag begriff man nur etwas, und auch das nur sehr elementar: «Jetzt ist keine Gefahr mehr, dass wir kaputtgebombt werden.»

«Die USA waren die humanste Besatzungsmacht aller Zeiten – ich habe sie mit 14 vergöttert.»

Was alles überschattet hat, war die Sorge um die Angehörigen in der Armee. Aber dafür konnten die Amerikaner nichts.

Kurz darauf kamen die Russen und haben direkt vor Ihrer Nase die Grenze dichtgemacht.

Ja, 1500 Meter vor meinem Grosselternhaus fiel der Eiserne Vorhang und wurde die Ostzone errichtet. Die Amerikaner waren ja erst bis Leipzig vorgedrungen und haben dann Sachsen und Thüringen wieder geräumt. Es gab Gerüchte, dass auch wir russisch würden, denn Hessen hatte vor Jahrhunderten auch zu Thüringen gehört, und das war Russland



«Ich habe die Ostzone schon mit fünfzehn total verabscheut»: Autor Hochhuth.

zugeschlagen worden. Das war aber zum Glück nicht der Fall.

Der Krieg, die Befreiung, das hat Ihr ganzes Leben geprägt. Fast jeder Ihrer Texte lässt sich auf dieses unfassbare Kapitel deutscher Geschichte zurückführen.

Nicht nur mein Leben. Es ist doch verrückt, dass Hitler heute noch, siebzig Jahre nach seinem Tod, vier- oder fünfmal die Woche im Fernsehen zu sehen ist. Das Wort von Heine: «Nicht gedacht soll seiner werden, nicht im Liede, nicht im Buche», ist der Beweis der totalen Ohnmacht der Literatur gegenüber der Geschichte. Meine Frau wohnt 300 Meter von hier, dort steht ein Glaskasten, der den Grundriss des Führerbunkers darstellt. Täglich halten dort vierzig Reisebusse aus aller Welt, zusätzlich pilgern fünfzig bis sechzig Gruppen zu Fuss dahin, als gäbe es etwas zu sehen. Es ist entsetzlich. Ich habe ein Gedicht darüber gemacht: «Pilgerstätte Hitlerbunker».

Die Faszination des Bösen.

Ja, das Bösertige überwiegt an Faszination alles.

In Ihrer lebenslangen Beschäftigung mit dem Thema: Sind Sie der Ursache auf den Grund gekommen, weshalb sich die Deutschen für Hitlers fürchterliche Idee haben begeistern können?

Ich wurde deswegen schon als fremdenfeindlich beschimpft, aber ich glaube, es war eine nötige Voraussetzung, dass Hitler Ausländer war. In der amerikanischen Verfassung ist klugerweise festgeschrieben, dass nur jemand Präsident werden kann, der in Amerika geboren worden ist. Napoleon, der kein Franzose war, und Hitler, der kein Deutscher war, haben Frankreich und Deutschland vernichtet, weil sie kein Mitgefühl für das Volk hatten, das sie regierten. Hitler sagte bei Kriegsende: «Das deutsche Volk war meiner nicht würdig, deshalb geht es jetzt zu Recht unter.» Ähnlich abschätzig hat sich auch Napoleon geäußert, nachdem seine Truppen in Russland untergegangen waren. Es ist gut, wenn kein Ausländer Staatsoberhaupt werden darf.

Ist das nicht etwas gar weit hergeholt?

Natürlich war Hitler äusserst begabt. Golo Mann hat gesagt: «Er kam zur Macht, weil er von den Politikern der Weimarer Republik weitaus der begabteste war.» Es gibt Mirakel in der Geschichte, denen wir mit Vernunft nicht beikommen. Schrecklich oder? Ich glaube auch, dass Churchill recht hatte, als er 1951 auf der Überfahrt nach Amerika zu Aussenminister Anthony Eden sagte: «Hätte man 1918 einen Enkel des Kaisers auf dem Thron gelassen, die Welt hätte den Hitler nie zu sehen gekriegt.» Die Monarchie ist nicht schlecht.

Zurück zu Ihrer Biografie. Sie haben mit vierzehn, als der Krieg zu Ende war, die



«Der Papst hat doch bestimmt einmal an Hitler geschrieben?»: Proteste gegen Hochhuth, Basel 1963.

Schule abgebrochen und Buchhändler gelernt.

Ich habe aber nicht eine einzige Minute lang erwogen, einen anderen Beruf zu ergreifen als jenen des Schriftstellers. Sie können dies keinem erzählen, ohne sich vollkommen lächerlich zu machen. Zu jedem Beruf gibt es Schulen, auch für künstlerische Berufe, für Schriftsteller nicht. Also wurde ich Buchhändler. Mein Vater, ein Mathematiker, war mit meiner Wahl nicht zufrieden. Ich habe mich aber durchgesetzt.

Sie sind nicht einfach Schriftsteller geworden, sondern ein Autor, der Missstände aufdeckt, der die katholische Kirche in ihren Grundfesten erschütterte, der 1978 den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, mit einem literarischen Text zu Fall brachte.

Ist denn das etwas Besonderes? Ist das nicht die Aufgabe der Literatur?

Ich hätte eher gedacht, das ist die Aufgabe des Journalisten.

Ich weiss nicht, ob man den Unterschied zwischen Journalist und Schriftsteller überhaupt definieren kann. Denken Sie doch mal an Thomas Mann, der fand es auch nötig, als der Erste Weltkrieg ausbrach, dass er «Friedrich und die grosse Koalition» schrieb.

Thomas Mann hat doch die Gesellschaft beschrieben, nicht etwas aufgedeckt, was man nicht wusste.

Das stimmt. Ich habe auch Glück gehabt. Zum Beispiel, dass es beim *Spiegel* Rudolf Augstein gab, der meine Aufsätze druckte, auch wenn die Redaktion geschlossen dagegen war.

Eine andere grosse Leistung: Sie haben bereits vor fünfzig Jahren ein Gedicht über den Hitler-Attentäter Georg Elser geschrie-

ben, als noch niemand etwas von ihm wusste. Nun ist ein Spielfilm über ihn in die Kinos gekommen, er wird als Held gefeiert. Wie kamen Sie zu Ihren Informationen?

Oft geht es einfach darum, die nächstliegende Frage zu stellen. Bei der katholischen Kirche lautete sie: Wie konnte jener Mann zu Auschwitz schweigen, der sich selbst unzynisch als Stellvertreter Gottes auf Erden bezeichnet? Weshalb vor mir dies niemand gefragt hat, weiss ich nicht. Auch zu Elser ist es doch unglaublich, dass der Name im Grossen Brockhaus und im grossen Meyer-Lexikon bis zuletzt nicht vorkam. Ich habe Schadenfreude verspürt, als ich hörte, dass die beiden Lexika wegen des Internets eingegangen sind. Fünfzig Jahre nach Kriegsende hatten die jenen Mann noch mit keinem Buchstaben erwähnt,

«Ich war ja der Erste, der euch Schweizern 1976 von Maurice Bavaud berichtet hat.»

der sechs Jahre vor von Stauffenberg bereits ein Attentat auf Hitler geplant hatte und nur ganz knapp gescheitert war. Elser ist ein ganz grosser Mann! Er gehört zu den vier oder fünf Deutschen des 20. Jahrhunderts, die man in 200 Jahren noch kennt.

Wie sind Sie auf ihn gestossen?

Der hat mich beeindruckt. Dann habe ich recherchiert. Ich war ja auch der Erste, der euch Schweizern 1976 von Maurice Bavaud berichtet hat. Aus den stenografischen Mitschriften aus dem Führerhauptquartier hat nach dem Krieg jemand ein hochinteressantes Buch gemacht. Darin konnte man lesen, dass Hitler mehrmals gesagt hat, dass ihm kein Mensch je so gefährlich geworden sei wie dieser

Schweizer Oberkellner. Im Gegensatz zu Elser und Stauffenberg, die beide sehr solide Chancen hatten, zu entkommen, hat der Schweizer gewusst, dass er nach dem Attentatsversuch auf der Stelle gelyncht wird – und hat es trotzdem riskiert. Heroisch wie kein anderer! Ich suchte in Schweizer Telefonbüchern nach dem Namen Bavaud. Tatsächlich fand ich über Umwege seine Eltern in Boudry, Kanton Neuenburg. Ich besuchte sie, sie waren beide 86, sie gaben mir sein Foto.

Bavaud ist nur knapp gescheitert.

Ja. Trotz imponierender Umsicht und Intelligenz. Obwohl er nicht Deutsch sprach, hatte er es am 9. November 1938 tatsächlich fertiggebracht, beim Gedenkmarsch zur Münchner Feldherrnhalle einen Platz auf der Ehrentribüne in der ersten Reihe zu erhalten. Unglaublich! Er hielt die Pistole unter dem Trenchcoat versteckt. Er ist nur gescheitert, weil er nicht wusste, dass die Fahnen zum Gruss gesenkt werden, wenn Hitler vorbeischiebt. Bavaud konnte deshalb Hitler nicht sehen, als dieser zwei Schritte vor ihm vorbeiging. Der sogenannte liebe Gott gibt Teufeln einen Schutzengel – Hitler hatte in seinen zwölf Amtsjahren oft einen ...

Sie waren Lektor beim Sigbert-Mohn-Verlag, wo man Ihnen 1959 drei Monate freigab, damit Sie für den «Stellvertreter», Ihr erstes grosses Drama, recherchieren konnten.

Die Auszeit hat man mir gewährt, weil ich dem 160 Jahre alten Verlag den bis dahin grössten Erfolg beschert habe. Ich hatte festgestellt, dass am 1. Januar 1959 die Urheberfrist für die Werke Wilhelm Buschs auslief. Also habe ich genau auf diesen Tag hin eine repräsentative Busch-Ausgabe in zwei Bänden herausgebracht. Es war mir gar gelungen, den amtierenden Bundeskanzler Theodor Heuss für ein Vorwort zu gewinnen. Wir haben in sechs Wochen eine Million Exemplare verkauft.

Als Dank durften Sie nach Rom. Wie kamen Sie zu der höchst brisanten Information, dass Papst Pius XII. nie bei Hitler interveniert hatte?

Ich habe mich – ein bisschen infam – angefreundet mit einem hochgestellten Mann im Staatssekretariat des Vatikans, Monsignore Bruno Wüstenberg, einem Deutschen. Wegen mir wurde er nachher als Nuntius nach Tokio strafversetzt, er hat auch nie mehr auf meine Briefe geantwortet. Er organisierte mir einen Arbeitsplatz im Vatikan. Und er fragte mich: «Was wollen Sie eigentlich?» Ich sagte: Wenn in Auschwitz einer getürmt war, wurden zehn unschuldige Insassen zum Tode verurteilt mittels Verhungern. Als das wieder einmal passiert war, trat der polnische Pater Kolbe – der wurde später selig gesprochen – vor,

um freiwillig für einen Familienvater in den Tod zu gehen. Also fragte ich Wüstenberg: der Papst hat doch bestimmt auch einmal an Hitler geschrieben? Er antwortete: «Nein.» Ich glaubte ihm nicht, das könne doch nicht sein. Doch Wüstenberg beharrte darauf. Das war mein Glück. Obschon die Archive alle gesperrt waren, hatte ich die Bestätigung: Da war nichts. Und niemand konnte bisher das Gegenteil beweisen.

Es dauerte nach der Fertigstellung ziemlich lange, bis das Stück endlich veröffentlicht werden konnte.

Drei Jahre. Ich war Cheflektor in dem Verlag. Wie im Dritten Reich war es ein kleiner Denunziant, der mein Buch verhinderte. Ein Setzer meldete seinem Vorgesetzten, der Hochhuth schreibe ein Buch, in dem stehe, der Papst sei ein Verbrecher. Da wurde ich zur



Verlagsleitung bestellt: Den damals kolossalen Vorschuss von 1500 Mark durfte ich behalten, aber das Buch wurde nicht gedruckt. Ich bat den Verleger, den Bleisatz nicht wegzuschmeissen. Der Rowohlt-Verlag übernahm ihn. Allerdings lag er auch dort eineinhalb Jahre herum, bis klar war, dass Erwin Piscator den «Stellvertreter» an der Berliner Volksbühne inszenieren würde. «Wenn der Verrückte das macht, dann drucken wir 1500 Stück mit», hiess es.

Es gab Vorwürfe, Sie hätten für den «Stellvertreter» Informationen des sowjetischen Geheimdiensts KGB erhalten.

Unsinn. Jedem, der etwas Überraschendes sagte in der BRD, wurde angehängt, er habe seine Weisheit aus der Ostzone! Wir sind die Nation der Denunzianten – Zehntausende kamen unters Fallbeil, weil von «Volksgenossen», vor allem «Volksgenossinnen», angezeigt.

Sie gehörten zu den wenigen Intellektuellen, die keine Sympathien für den Osten hatten.

Ich habe die Ostzone schon mit fünfzehn total verabscheut. Auch dem Intendanten des Deutschen Theaters in Ostberlin, Wolfgang Langhoff, habe ich 1963 gesagt: «Ihr dürft den «Stellvertreter» erst spielen, wenn der Philosoph Wolfgang Harich (damals politischer Gefangener) freigelassen wird.» Nach drei Monaten Anstandsfrist kam Harich tatsächlich im Zuge einer Amnestie frei, also konnte mein Stück auch dort gespielt werden. Als die Linke bei uns begann, den Honecker-Staat ganz passabel zu finden, habe ich immer mit Hass dagegen gesprochen. Ein Staat, der eine Mauer bauen muss, damit ihm die Untertanen nicht weglaufen, ist nicht weniger übel als der Hitler-Staat, abzüglich der Judenvernichtung.

Die Uraufführung des «Stellvertreters» sorgte international für einen riesigen Aufruhr. Sie sind dann in die Schweiz geflüchtet, um in Ruhe weiterarbeiten zu können.

Das stimmt nicht ganz. Ich zog in die Schweiz, weil Friedrich Schramm, der Direktor des Theaters Basel, den «Stellvertreter» als Erster nach der Uraufführung auf die Bühne brachte. Wegen dieser Aufführung sind Sie nach Basel gezogen und dann 41 Jahre geblieben?

Ja. Der Buchhändler Bider-Wackernagel kam zu mir und sagte: «Bei dem Krach hier gegen Ihr Stück – das muss ja furchtbar sein, allein im Hotel zu wohnen.» Und hat mich eingeladen, mit Frau und Sohn zu ihm in das herrliche Barockpalais, den Seidenhof, zu ziehen.

Dies, obwohl in Basel 4000 Leute gegen das Stück auf die Strasse gingen und jede Vorstellung nur unter massivem Polizeischutz gespielt werden konnte?

Damals soll es ja weniger Katholiken als Juden in Basel gegeben haben. Da war zwar dieser wüste Fackelzug samt Plakaten gegen mein Stück, aber die Juden waren auf meiner Seite. Ich wurde mit rührender Gastfreundschaft aufgenommen: Walter Muschg, Ordinarius für Germanistik, Verfasser der «Tragischen Literaturgeschichte», begrüßte in den leider wegfusionierten *Basler Nachrichten* den «Stellvertreter» mit dem Satz: «Auf ein solches Stück haben wir lange gewartet!»

Wegen der Gastfreundschaft sind Sie in der Schweiz geblieben? Das hört man selten ...

Die Aufnahme in der Bevölkerung war grossartig, als Reaktion auf die Proteste! Regierungspräsident Lukas Burckhardt sagte sogar: «Nun werden Sie doch Schweizer, Herr Hochhuth.» Ich Idiot war ihm zwar sehr dankbar, lehnte aber ab, was ich heute mehr als je bereue, denn ich muss leider mit Gottfried Benn sagen: «In Deutschland blieb ich stets das rote Tuch.» Ich begründete die Ablehnung damals damit, dass ich mir wie ein Hochstapler vorgekommen wäre, denn alles, was ich schriebe und noch

schreiben würde, sei deutsche Geschichte. Was gottlob totaler Quatsch war – aber das wusste ich nicht vor 52 Jahren.

Ein anderer sehr berühmter Deutscher damals in Basel, mit dem Sie Kontakt hatten, entschied sich anders und wurde Schweizer: der Philosoph Karl Jaspers.

Ich hatte ihn zuvor wenig gelesen, da wurde ich zu ihm in die Austrasse 126 zitiert. Er war 83 Jahre alt, wollte einen Eindruck von mir, bevor er im Basler Rundfunk mit zwei Professoren und mir diskutierte. Es war das letzte Mal in seinem Leben, dass Jaspers öffentlich auftrat.

Worüber haben Sie mit Jaspers gesprochen?

Die Mutter meiner ersten Frau wurde 1943 als Mitverschwörerin der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen in Plötzensee enthauptet, das war der Anknüpfungspunkt. Jaspers hatte 1937 seinen Lehrstuhl in Heidelberg verloren, weil seine Frau Jüdin war. Was mich heute von ihm ein bisschen entfremdet hat, ist seine Affenliebe – ich kann es nicht anders sagen – zu Nietzsche: Eine ganze Generation, auch Thomas Mann und Gottfried Benn, war geradezu berauscht von Nietzsches absolut neuem Deutsch. Auch als Aphoristiker ist er ersten Ranges – als Denker aber albern: Was sollen solche komischen Aphorismen wie: «Du gehst zum Weib? Vergiss die Peitsche nicht!>? Nietzsche war tatsächlich, was kein Intellektueller ausser Otto Flake zu schreiben wagte, «Hitlers Kirchenvater». Doch darüber konnte man mit Jaspers nicht reden – wie übrigens mit keinem Menschen. Heinrich Mann war der einzige Deutsche, der aussen vor blieb und den hirnlosen Nietzsche-Kult nie mitgequatscht hat.

Eine enge Bezugsperson für Sie in Basel war der Germanist Walter Muschg, der Halbbruder von Schriftsteller Adolf Muschg.

Er war entscheidend dafür, dass ich nicht mehr weg bin aus Basel. Unersetzlich, dass Muschg folgende Kritik an mir übte: «Sie sind zu gründlich – Sie müssen schreiben, wie wir Schweizer den Käse machen, mit Löchern! Sie unterschätzen Ihre Leser und Zuschauer – die wissen schon, was Sie meinen, speziell auf der Bühne!» Wertvoller hat mir tatsächlich nie einer am Zeug geflickt.

Bei Werner Wollenberger, dem legendären Zürcher Autor und Journalisten, haben Sie auch einmal gewohnt.

Seine Familie hat mich versteckt, während ich über die Ermordung des Polen Sikorski [von 1939 bis zu seinem Tod 1943 Ministerpräsident der Polnischen Exilregierung in London; Anm. d. Red.] durch Churchill schrieb. Ein britischer Geheimdienstmann hatte mich davor gewarnt, nachts allein

zwischen Basel und Riehen hin- und herzu radeln.

Hier ging es um das Stück «Soldaten» (1967), in dem Sie die These aufstellten, dass Sikorski 1943 in Gibraltar nicht mit dem Flugzeug abgestürzt, sondern auf der Piste samt seinem Stab erschlagen worden sei. Wie kamen Sie darauf?

Ich war in Paris eingeladen, dort war der «Stellvertreter» über 360-mal gespielt worden, häufiger als in ganz Deutschland. Wie immer fragte man natürlich: «Was schreiben Sie jetzt?» Ich erzählte von meinem Stück über Churchill, der immerhin 75 000 deutsche Zivilisten totgebombt hat. Die Amerikaner haben das verurteilt, sie bombten nicht blind und nachts in die Städte, sondern gezielt und bei Tage, was sie 44 000 Piloten kostete. Aber je mehr ich mich in die Person Churchills vertiefte – ich habe ja auch noch seinen Sohn interviewt –, desto mehr spürte ich: «Ich werde ihm gegenüber völlig unfähig zur Kritik.» Er hat mich während des Schreibens total überwältigt: Er ist tatsächlich ein

«Meine Exaktheit macht mich zu einem Lyriker zweiten Ranges, weil Gründlichkeit Gedichte versaut.»

Gigant, in der Kunst nur vergleichbar mit Michelangelo! Auch den Literaturnobelpreis hat er völlig zu Recht erhalten. So lobte ich ihn in Paris. Da unterbrach mich die Frau meines Verlegers Rowohlt, eine Britin: «Jetzt hören Sie auf, Hochhuth, den so zu idealisieren, immerhin hat er Sikorski umgebracht.» Von diesem Staatsgeheimnis der Briten hatte ich natürlich niemals ein Wort gehört. Doch Frau Rowohlt als Britin war im Krieg in der SOE



(Special Operations Executive) gewesen, der Abteilung, wie das sogar offiziell in Grossbritannien heisst, für «Sabotage, Ermordungen und ähnliche Unternehmen».

Ihre Ermordungstheorie wird oft als Verschwörungstheorie abgetan.

Von wem noch! Nennen Sie mir einen Briten oder Polen, der noch glaubt und schreibt, Sikorski sei bei einem Flugzeugabsturz umgekommen.

Ich behaupte nun mal: Sie sind Literat geworden und nicht Historiker oder Journalist, um sich einen Fluchtweg offenzuhalten: Erweist sich etwas als nicht korrekt, können Sie sich immer mit der literarischen Freiheit herausreden.

Da muss ich widersprechen. Ich bin sehr exakt. Der einzige Ernstzunehmende, was historische Stücke betrifft, Schiller, hat in seinem «Wallenstein» überhaupt nichts erfunden. Meine Exaktheit macht mich sogar zu einem Lyriker zweiten Ranges, weil Gründlichkeit Gedichte versaut. Auch die Dramen sind durch meine Dokumentiersucht schwer und umständlich. Aber wenn Sie einen Stoff aufnehmen wie Sikorski, der Sie vor Gericht bringen kann, müssen Sie halt exakt sein. Es ist nicht ganz ungefährlich, wenn man politische Stücke schreibt, die in der eigenen Epoche spielen.

Kehren wir zurück in die Schweiz. Sie waren eng befreundet mit dem Philosophen Hans Saner, dem Assistenten von Karl Jaspers. Saner war und ist ein grosser Schweiz-Kritiker, wie fast alle Intellektuellen, Sie aber loben das Land über alle Massen.

Das ist doch normal. Ich spreche kritisch über die Deutschen, weil ich selbst einer bin. Saner spricht aus demselben Grund zu kritisch über die Schweiz. Jeder Mensch, der zur Selbstbetrachtung neigt, spricht über sein Vaterland abfälliger, als es sachlich gerechtfertigt ist.

Sie kritisieren die Machenschaften der Banken und Grosskonzerne, zum Beispiel in Ihrem Stück «McKinsey kommt». Die Schweiz muss doch schlimm sein für Sie.

Josef Ackermann wollte mich wegen des Stückes verklagen, hat es aber bis heute nicht gemacht. Schweizer Banken sind bestimmt nicht menschenfeindlicher als andere. Ich selbst habe ja immer die Liberalen gewählt, bin auch befreundet mit Hans-Dietrich Genscher. Jaspers hat mir einmal mit ausgestrecktem Finger gesagt: «Sie wählen die FDP? Die ist wichtig!» Mittlerweile sehe ich das ähnlich: Die FDP wurde immer mehr zum Werkzeug der Konzerne. Deshalb habe ich den Niedergang der Partei in den letzten Jahren auch mit Genugtuung beobachtet. Für die Schweiz bin ich aber noch immer voller Bewunderung, sonst hätte ich nicht 41 Jahre dort gelebt, wo ja auch meine Enkel geboren sind wie schon zwei meiner Söhne.



«Ich habe mir den ungeheuren Hass der Berliner Intellektuellen zugezogen»: Hochhuth, Berlin 2015.

Ihnen gehört das Berliner Ensemble, das Theater Bertolt Brechts. Wie kommt man in den Besitz einer der bekanntesten Bühnen im deutschsprachigen Raum?

Indem man, als die Ostzone weg war, die enteigneten Besitzer anruft, die berühmte Familie Wertheim in London. Ich sagte, wir könnten das Theater doch zusammen führen, an Kaufen hatte ich gar nicht gedacht. Die Frau Wertheim, eine geborene Beer aus Köln, sagte, die Nazis hätten 37 Mitglieder ihrer Familie ermordet. Das Theater solle nicht an Berlin gehen, wo auf der Wannseekonferenz der Holocaust beschlossen wurde. Herr Wertheim sagte einfach: «Das kriegt der Deutsche, der schon als Junge den <Stellvertreter> schrieb.» Alles im Sinn Fontanes, der gesagt hat: «Die Juden finanzieren uns die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus.»

Und dann konnten Sie das Theater einfach so kaufen?

Ja, und habe mir den ungeheuren Hass der Berliner Intellektuellen zugezogen. Heiner Müller sprach von einer «feindlichen Übernahme».

Mit dem Intendanten des Berliner Ensembles, Claus Peymann, sind Sie im Dauerstreit. Macht Empörung glücklich?

Keineswegs, ich bin von Natur ängstlich und habe keinen anderen Wunsch, als in Frieden noch mein Stück «Bei Coco Chanel, Jackie, Marlene, Strawinsky» zu schreiben.

Aber Sie orten dauernd gravierende Missstände, kürzlich haben Sie vor einem dritten Weltkrieg angesichts des Konflikts mit Russland gewarnt. Halten Sie den Menschen für grundsätzlich böse?

Da geht es keineswegs um einen «Missstand», sondern um die Frage: Wie sonst ist eine Nato-Parade in Narwa, hundert Meter – nicht Kilometer – vor der russischen Grenze, zu deuten oder ein Flottenmanöver der Nato vor der Krim – wenn man nicht vermutet, dass die USA Russland zum Krieg zwingen wollen? Und warum muss ausgerechnet die deutsche Rüstungsministerin für eine halbe Milliarde Waffen ins Baltikum verkaufen?

Aber nochmals: Ist der Mensch grundsätzlich böse?

Nein. Der Mensch ist nicht böse von Geburt an, sondern wird es erst, wenn er die Macht hat. Das beobachte ich immer wieder: Macht macht böse.

Erst die Macht?

Ja. Die «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» des Schweizer Philosophen Jacob Burckhardt waren das Evangelium meiner Jugend. Dort heisst es: «Und nun ist die Macht an sich böse, gleichviel wer sie ausübe. Sie ist kein Beharren, sondern eine Gier und eo ipso unerfüllbar, daher in sich unglücklich und muss also andere unglücklich machen.»

Rolf Hochhuth, geboren 1931, hat mit seinen Recherche-basierten Stücken und Essays immer wieder kirchliche und weltliche Autoritäten angegriffen, zum Teil in schwere Krisen gestürzt. Sein Welterfolg «Der Stellvertreter» wurde 2002 von Constantin Costa-Gavras verfilmt. Von 1963 bis 2007 lebte er in oder nahe Basel, heute wohnt er in Berlin. 1996 übergab er sein Archiv dem Schweizerischen Literaturarchiv in Bern. Hochhuth wurde mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Kunstpreis der Stadt Basel (1976) und dem Cicero-Rednerpreis (2002).

Jazz

Zwischen Musik und Dichtung

Von Peter Rüedi

Ihr Erstling war vor zwei Jahren eine Verwandlung von Schuberts «Winterreise» in eine Handvoll «Songs», der Abtransport des Lieds (*le lied*) aus dem bürgerlichen Salon, Frack und Abendrobe, rein in die mikrofonmodellerte Diktion des amerikanischen *standard*. Das klingt nach Sakrileg, und Lia Pale, als Julia Pallanch 1985 im oberösterreichischen Wels geboren, und ihr Mentor und Entdecker, der nach dem unfreiwilligen Ende seines explosiven Vienna Art Orchestra auf kammermusikalische Intimität zurückgeworfene Mathias Rüegg, nannten ihr Experiment denn auch nicht ohne Ironie «Gone Too Far». Sie gingen keineswegs zu weit. Die Substanz der klassischen Evergreens leuchtete strahlend neu. Jetzt sind sie noch einen Schritt weiter gegangen. «My Poet's Love» ist nicht eine dialektale Neubelebung von Robert Schumanns Liederzyklus «Dichterliebe» nach Gedichten von Heinrich Heine. Rüegg schrieb eigene Kompositionen, zur einen Hälfte zwar auch zu Texten von Heine, zur anderen von Rilke. Pale machte sich die Originale (mit Respekt und kompetenter Hilfe) auf Englisch mundgerecht, wissend, dass die Distanz der Übersetzung auch eine Chance ist. So kümmert sie sich auch nicht um geschlechtsspezifische Rollenwechsel, wie Rüegg seinerseits illustrative Doppelungen zum Text vermeidet. Die Band mit Ingrid Oberkanins an der Percussion, Hans Strasser am Kontrabass und Rüegg selbst am Piano (gelegentlich auch an der Orgel oder Harmonika) ist superb, dazu kommen mit Pales ungekünstelt ausdrucksstarker Stimme mal innig verwobene, mal solistisch kontrastierende Linien der sich abwechselnden Flügelhornisten/Trompeter Juraj Bartos, Dominik Fuss, Thomas Gansch, Richard Köster, Matthieu Michel und Mario Rom. Die Rilke-Texte sind mit ihrem spezifischen Gewicht schwieriger umzusetzen als Heines ironischer Volksliedton, in beiden Fällen aber sind wir dankbar für den Abdruck der Originale und Übersetzungen im Booklet. Liebesgeschichten, Liebesgedichte; und insgesamt eine leidenschaftliche Affäre zwischen Musik und Dichtung.



Lia Pale: My Poet's Love. Emarcy/Universal 00602547134387

Die Royals des Selfies

Kim Kardashian erobert die Bücherwelt. Und in Amsterdam ist Rembrandt, der König des Selbstporträts, zu neuem Leben erweckt. Ein Fest des Tiefenblicks. Von Urs Gehriger

Die Kunstwelt hört nicht auf, uns zu beglücken. Fangen wir von hinten an. Mit einem Prachtexemplar, das durch fleischliche Wucht jegliches Konzept von Proportion verwirft. Kim Kardashians Hinterteil gibt's jetzt in Buchform zu bestaunen. «Selfish» heisst der Bildband, ein Titel von raffinierter Doppeldeutigkeit. Ist doch besagte Kim nicht bloss selbstsüchtig, sondern auch Königin des Selfies, jener modernen Form des Selbstporträtiens also, bei der es gilt, auf Armlänge – oder via Spiegel – sich in kecken Posen anzupreisen.

Das erste Selfie weist die Forschung für das Jahr 2002 aus (im australischen Internetportal ABC Online). Das ist natürlich Unsinn. Picasso hat's gemacht, Da Vinci auch, keiner jedoch so oft wie Rembrandt van Rijn. Zwar schaffte es der Niederländer nicht ganz auf Tausende wie Kim, aber an die sechzig Selbstporträts sind es immerhin, die der Barockmeister mit Kohlestift und Pinsel gefertigt hat, womit er kunstgeschichtlich gesehen der unangefochtene König des Selfies ist.

Und somit geht's nach Amsterdam, in Rembrandts Heimatstadt, wo das Rijksmuseum hundert seiner Werke aus aller Welt versammelt hat und wo man staunenden Auges die Vita des Meisters (1606–1669) anhand von Selbstporträts abwandern kann. Welche Morgenröte, welche Schicksalsschläge ziehen wie Gewitterwolken über die Leinwand seines Konterfeis!

Mit 26 in voller Blüte

Sein erstes Selbstbild malt Rembrandt als junger Mann, glatt die Haut, rein der Blick. Bald kommt Zug ins Gesicht, wütend, schreiend sehen wir ihn, wie ein Irrer glotzend. Seine frühen Selfies sind Stilstudien, die er später für seine grossen Kompositionen nutzen wird. Immer wieder schleicht er sich in seine Meisterwerke ein, gibt Cameos wie später Hitchcock in seinen Filmen. Einmal stemmt er sogar das Kreuz zu Golgatha, als schändlicher Komplize der Christismörder. Man malt sich lebhaft aus, mit welch schelmischem Vergnügen er sich derart in Szene gepinselt hat.

Mit 26 steigt er auf zu voller Blüte. Er gewinnt lukrative Privataufträge, heiratet Saskia, die Tochter eines reichen Patriziers. Vergnügt hat er sie auf dem Knie, das Glas hoch erhoben. Das Leben, man kann's nicht übersehen, meint es gut mit ihm. Wie ein Besessener experimentiert er nun mit Licht und Schatten. Er zieht das Kreuzlicht vor, das Dramatik evoziert.

Auch Kim, die Selfie-Queen von heute, ist sich der Wichtigkeit der akkuraten Inszenierung durchaus bewusst. «Hold your phone high [as you shoot]; know your angle; know your lighting; and no duckface!» Keine Schnute ziehen!

Rembrandt schert sich um polierte Oberflächen keinen Deut. Sein Gesicht ist Projektionsfläche des Innenlebens. Es ist das Zeitalter der Aufklärung, wo man zur Entdeckungsfahrt zu Geist und Seele aufbricht. «Nosce te ipsum», das delphische Diktum, treibt sie alle an, Künstler und Philosophen: «Erkenne dich selbst!» Rembrandts Zeitgenosse Descartes entdeckt die letzte Referenz im Kopf: «Cogito, ergo sum!»

«Ich knipse, also bin ich», ruft Kim, Smartphone in der Hand, aus dem Heute zurück.

Auch sie lässt uns tief blicken, lässt üppig aus den Hüllen quellen, was sich nicht bändigen lassen will. Rembrandt konnte nicht knipsen, er drückte sein Inneres in Farben aus. Es walten Gelb-, Braun-, Rot- und Goldtöne: der Rembrandt-Kosmos, der ganz ohne Blau und Grün auskommt. Und mittendrin seine Augen, der Schlüssel zur Seele. In ihnen erhält die Farbe, stellt Simon Schama in seiner Studie «Rembrandts Augen» fest, «ein erstaunlich vagabundierendes Eigenleben».

Langsam tun sich Abgründe auf. Rembrandts Blick wird wässrig, seine Stirn ist von Falten durchpflügt. Das Schicksal spielt ihm übel mit, drei Kinder sterben im frühesten Alter, dann holt der Tuberkulosestod auch seine Saskia. Er setzt den Palettenspachtel nicht mehr nur zum Mischen der Farben ein, sondern greift mit ihm direkt auf der Leinwand ein. Seine Selbstbildnisse werden zu Reliefs des Leidens. Mit 53 Jahren sieht er aus wie ein Greis. Neun Verfärbungen zählt man auf seinem Gesicht, typische Indizien für eine Krankheit, die man unter Dermatologen «Kupferrose» nennt. Entzündliche Papeln und Pusteln, knollenartige Wucherungen der Nase entstehen.



«Nosce te ipsum»: Kim Kardashians Selbstbildnisse.



Rembrandts Pinsel kennt keine Gnade mehr vor falscher Eitelkeit: Nichts als die harten Fakten zählen. Der Meister muss vor Gericht. Eine frühere Geliebte, Geertje Dirks, beschuldigt ihn des gebrochenen Eheversprechens und gewinnt. Er muss sein Haus veräußern und den Grossteil seiner Kunstsammlung. Schliesslich verkauft er sogar

**In schäbigem Gewand,
irr der Blick, wirt das Haar.
Der Tod lauert auf.**

Saskias Grab. Aus dem gefeierten Maler ist ein Bankrotteur geworden. Aus seinen letzten Selfies blickt er uns wie ein Penner an, in schäbigem Gewand, irr der Blick, wirt das Haar. Der Tod lauert auf.

Kapitulation? Nein. Rembrandts Spätwerk zeigt ihn gezeichnet, aber ungebrochen. Erlösung schwingt in seinen Augen. Wenn er sich malt, muss er sich keinem Klienten beugen, der in bestem Licht gemalt sein will. Rembrandts Kratergesicht ist Leben in Vollendung, das schonungslos den vom Schicksal verunstalteten Menschen zeigt. Dieser Magie kann



Keine Schnute ziehen! So sah sich Rembrandt.

sich der Betrachter nicht entziehen. Ebenso wenig Kims pneumatischem Hintern. Wie ein Zappelfisch auf dem Trockenen wirft sie sich in Pose. Ihr Buch, kaum erschienen, ist auf Wochen hinaus vergriffen. Eine Sensation! Eine «popkulturelle Sonne», um die moderne Menschen kreisten, versuchen Kritiker das Phänomen zu erklären.



Strahle nur, Monsterarsch! Denn ein Spaziergang wird das nicht, wenn die Zeit am Körper beginnt zu wüten, wie uns König Rembrandt zeigt. Alles Gute hat ein Ende, und am Schluss gewinnt immer die Gravitation.

Kim Kardashian West: Selfish. Universe. 352 S., Fr. 25.90

Der späte Rembrandt. Hirmer. 304 S., 45 Euro

Top 10

Knorrs Liste

1	Mad Max: Fury Road	★★★★☆
	Regie: George Miller	
2	Chef	★★★★☆
	Regie: Jon Favreau	
3	Les combattants	★★★★☆
	Regie: Thomas Cailley	
4	Shaun the Sheep Movie	★★★★☆
	Regie: M. Burton/R. Starzak	
5	Cinderella	★★★★☆
	Regie: Kenneth Branagh	
6	The Water Diviner	★★★★☆
	Regie: Russell Crowe	
7	A Little Chaos	★★★★☆
	Regie: Alan Rickman	
8	Ex Machina	★★★★☆
	Regie: Alex Garland	
9	Big Eyes	★★★★☆
	Regie: Tim Burton	
10	Avengers: Age of Ultron	★★★★☆
	Regie: Joss Whedon	

Kinozuschauer

1 (-)	Pitch Perfect 2	29 327
	Regie: Elizabeth Banks	
2 (-)	Mad Max: Fury Road (3-D)	25 688
	Regie: George Miller	
3 (1)	Avengers: Age of Ultron	11 295
	Regie: Joss Whedon	
4 (2)	The Longest Ride	8016
	Regie: Nicholas Sparks	
5 (-)	Ostwind 2	7509
	Regie: Katja von Garnier	
6 (4)	Get Hard	6388
	Regie: Etan Cohen	
7 (3)	Fast & Furious 7	5637
	Regie: James Wan	
8 (5)	Tinker Bell and the Legend of the ...	5576
	Regie: Steve Loter	
9 (10)	Shaun the Sheep Movie	3558
	Regie: M. Burton/R. Starzak	
10 (-)	Chef	3469
	Jon Favreau	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Herz aus Stahl (Sony)
2 (1)	Der Hobbit – Die Schlacht ... (Warner)
3 (-)	The Best of Me (Ascot Elite)
4 (-)	Der grosse Trip – Wild (Fox)
5 (-)	Die Entdeckung der ... (Universal)
6 (-)	Let's Be Cops – Die Partybullen (Fox)
7 (2)	Der Hobbit – Trilogie (Warner)
8 (3)	Interstellar (Warner)
9 (4)	Exodus: Götter und Könige (Fox)
10 (-)	Pretty Little Liars – Staffel 4 (Warner)

Quelle: Media Control



Permanenter Überbietungswahn: Cop Max Rockatansky (Tom Hardy).

Kino

Die Wüste bebt

George Miller, Erfinder des «Mad Max», hat nach dreissig Jahren einen neuen Film gedreht – als pure Kinetik.

Von Wolfram Knorr

Durch staubtrockene, lebensfeindliche Ödniskrawallen und kreischen und röhren und brüllen Monster-Benzinfresser von Neandertaler-Triebkraft-Wucht. Sie ächzen und hüpfen auf Traktorenreifen, rasseln platternd auf Panzerketten, mit Sidepipes so voluminös wie Abflussrohre, stählernen Kühlergrills, trapezoidartigen Karosserie-Aufbauten, igelartigen aufgeschweissten Blechstacheln. Die barock aufgebockten Limousinen und raubtierhaften Trucks pflügen sich mit Karacho durch kochend heissen roten Wüstensand, den Räder, Ketten und Chassis zu gewaltigen Fontänen aufwirbeln, die die wütende gelbe Sonne schlucken.

Bizarrer denn je

Die Wüste bebt unter dem Fuhrpark des Teufels, gesteuert von lemurenartigen, zombiehaften Kerlen, ihre mit Motorenöl verschmierten Visagen hinter wüst aufmontierten, martialischen Waffen. Sie radebrechen, als sei ihnen das Hirn in die Benzintanks weggetropft, in ihren Augen funkelt die Paranoia,

und ihre entzündeten Schädel werden nur von einer Gier gejagt: Weiber und Benzin zu kapern und jeden wegzuballern, der ihnen das streitig zu machen versucht.

Der legendäre Mad Max, eine Kultfigur aus den Achtzigern, ist wieder unterwegs, bizarrer denn je – in einem Gewerbe des permanenten Überbietungswahns gar nicht anders möglich. Dabei fing der Zirkus Ende der siebziger Jahre relativ harmlos an. Der Australier George Miller erfand den Cop Max Rockatansky, dessen Freund und Kollege abgemurkst wird und bald auch seine komplette Familie. Max sieht darauf rot und fräst mit seinem getunten V8-Ford-Falcon die Mistkerle, die gemordet haben, in Grund und Boden. Und schon hatte Miller einen Archetyp moderner Gesellschaftsängste auf die Leinwand gewuchtet und nicht nur Mel Gibson in der Titelrolle in eine globale Karriere-Umlaufbahn katapultiert, sondern auch eine neue Variante des Western auf den Weg gebracht. Denn statt die Wildnis zu zivilisieren (wie im klassischen Western), galt es nun, eine Zivilgesell-



Trotzdem – oder vielleicht deshalb – wurde «Mad Max» zum Hit. 200 000 Dollar kostete der Film, spielte aber Hunderte Millionen ein. 1981 folgte das erste Sequel, «The Road Warrior», 1985 mit «Mad Max Beyond Thunderdome» das zweite – Miller war endgültig zum Mastermind einer Gattung geworden, die sich seitdem besonderer Beliebtheit erfreut: Endzeitfilme, die Postapokalypse. Sie erlaubt, was selbst die Science-Fiction nur begrenzt zulässt: eine radikale Abwesenheit jeglicher moralischer Instanzen.

Die letzten Überlebenden, und das ist eben das Reizvolle an der Gattung, existieren in völliger Freiheit, sowohl in sozialer als auch physischer, räumlicher Imagination. Es geht nur noch darum, die Instinkte auszuleben; in Gestalt von Sekten, Banden und Banditen, die sich wie Wölfe, Hyänen, Krähen, Ratten und Wildsäue gegenseitig den Garaus machen. Die Helden sind Allzweck-Samurais, die durch die nachnukleare Barbarei tigern und die Brutalstämme zu dezimieren versuchen. Es geht immer um die letzten Ressourcen aus der Kapitalismusära. Damit der einstige Kapitalismus als Koloss, der am eigenen Gewicht zusammengebrochen ist, als solcher auch wahrgenommen wird, ist die nachatomare Welt zwar kaputt, wird aber als ein gigantischer Schrotberg, vor allem voller Autos, dargestellt. Auch der Endzeitfilm lebt nun mal von Bewegung, und das Auto ist das wichtigste Vehikel, deshalb geht es immer um Ölraffinerien, Sprit, Schmiermittel. Postapokalyptische Filme sind Roadmovies und brauchen PS-starke Geschosse mit vielen Turboladern. Wie Lumpacivagabundus können die Überlebenden nicht, nachatomar hin oder her, über die Strassen latschen. Höchstens sensible Öko-Seelen würde so was ins Kino locken.

Ursprünglich, heisst es, habe Miller schon kurz nach der «Mad Max»-Trilogie einen weiteren Film drehen wollen, weil er mit dem Abschluss nicht zufrieden gewesen sei. Doch er habe das Geld für einen vierten Teil nicht zusammenbekommen und musste dreissig Jahre warten, bis es endlich gelang. Inzwischen ist Miller siebzig, doch Vergnügen an Strassen-

raser-Orgien hat er noch immer, und im nun neuen «Mad Max: Fury Road», um den Warner Bros. ein affiges Getue gemacht hat, zeigt er vor allem Vergnügen am guten alten B-Movie mit seiner rabiaten Schnelligkeit und visuellen Bötörung. «Fury Road» ist ausschliesslich eine Verfolgungsjagd, pures Adrenalin mit aberwitzigen Stunts und Action-Szenen, die nicht, wie es heute Standard ist, runtergepixelt wurden, sondern, mehrheitlich zumindest, im guten alten «Handwerk»-Stil realistisch gedreht wurden – und das macht sich bemerkbar; es emotionalisiert. Wer den Nachspann abwartet, findet eine Menge Handwerker, die mitgeschreinert, -geschraubt und -gehämmert haben. Miller drehte in Namibia und legte Wert auf echte, nicht simulierte Stunts. Das kommt der aberwitzigen Story, in der Max von Tom Hardy gespielt wird, zugute.

Beatniks, Punks und Dadaisten

Max, der ruhelose Einzelgänger, der die Furien der Vergangenheit nicht loswird, wird erst zum «Blutbeutel» der schrillen «Immortan Joe»-Sekte, die Sprit und Autos vergöttert, aber an Blutmangel leidet, dann Mitstreiter attraktiver Frauen, die vor dem teuflischen Warlord fliehen. Der braucht die Frauen zum Überleben so dringend wie den Treibstoff. Angeführt wird die Amazonen-Riege von einer Einarmigen, gespielt von Charlize Theron, der charismatischen Heldin, im Gegensatz zum etwas schwachen Tom Hardy. Sie ist, am Steuer des Monster-Trucks, eine scharfe Granate, pures Nitroglyzerin. «Mad Max: Fury Road», der rasante Amoklauf der Gier, hat den Witz atavistischer Zerstörungsfeste bekliffter Beatniks, Punks und Dadaisten als barbarisch grunzender Höhlenbewohner.

Wenn sie allerdings im breitgefächerten Konvoi durch die Wüste brettern, erinnern sie nicht zufällig an die real existierenden IS-Terroristen. So gesehen, ist George Miller – bei allem surrealistisch-postapokalyptischen Hokuspokus – auch noch auf der Höhe der Zeit. Mag die Story albern sein, die Umsetzung ist grandios. Die reinste Verkörperung von Geschwindigkeit und Vitalität. ★★★★★

schaft vor den Bedrohungen einer unberechenbaren anarchischen Meute zu schützen.

Auch wenn der erste «Mad Max» noch in einem leidlich funktionierenden Gemeinwesen angesiedelt war, wetterleuchtete schon eine brutalisierte Mord-und-Totschlag-Zukunft am Horizont. Der Rachefeldzug von Max verlief nach zeitbezogenem üblichem Actionfilm-Muster, aber der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft in Deutschland war das Vergeltungs-Trumm trotzdem nicht geheuer, und sie setzte es auf den Index, begleitet von einer Kritik, die das «Machwerk» als faschistoid abkanzelte.



Auf der Höhe der Zeit: «Mad Max», 2015.



Amazonen-Riege: «Imperator Furiosa» (Charlize Theron, r.).

Rotierende Spanferkel

Entenfest in der Mühle Tiefenbrunnen; Kunstmäzenin wirft das Handtuch; «Zunfthaus zum Rüden». Von *Hildegard Schwaninger*



Strahlen um die Wette: Geschäftsführer Christian Nebel und Christian Wolf.

Zum Glück war das Wetter schön, und so war der Andrang gross, als das Team von der «Blauen Ente» zum Entenfest in die Mühle Tiefenbrunnen lud. Gastronom Nico Maeder, der mit seinem Team von der «Bäregasse» die Oberhoheit über die «Blaue Ente» hat: «Wir wollen uns bei unseren Gästen für ihre Treue bedanken.» Das ist eine grossartige Geste, denn welches Restaurant macht das schon? Geschäftsführer Christian Nebel und Christian Wolf strahlten um die Wette, sie sind zufrieden mit dem guten Geschäftsgang. Der treueste Stammgast ist der Schriftsteller und Psychiater Jürg Acklin, der jeden Mittag zehn vor zwölf das Lokal betritt – und das seit über 25 Jahren. Damals waren Nebel und Wolf noch im Kindergarten.

Es war ein schöner Sonntagnachmittag. Ein Spanferkel rotierte über dem Grill, es roch nach Bratwürsten, und die Gäste sassen dichtgedrängt auf den Holzbänken, Kinder, Hunde, Freunde und Unbekannte, es gab Platz für alle. Das Trio Jürg Morgenthaler, Beat Baumli und Giorgios Antoniou spielte Jazz. In der «Blauen Ente» wird Musik grossgeschrieben. Jeden Freitag zur Happy Hour spielt ein Pianist in der Bar. Und jeden ersten Montag im Monat zapft Mühle-Hausherr Fritz Wehrli (liess sich beim Entenfest krankheitshalber entschuldigen) höchstpersönlich das Bier.

Die Freiluftparty dauerte länger als geplant. Die Gäste wollten gar nicht mehr gehen, erst

um 21 Uhr war Sperrstunde. Speis und Trank gab es in Hülle und Fülle. Die zirka 600 Gäste konsumierten: 6 Spanferkel, 4 Fass Bier, 70 Magnumflaschen Prosecco, 40 Flaschen Rotwein, 30 Flaschen Weisswein, ein Riesenbuffet Shrimps, *crudités* und Würste und zum Dessert Glace, Schokoladenmousse und Fruchtsalat.

Im Gedränge gesichtet: Volker Herre, Geschäftsführer Hugo Boss, Peter Frymann, Geschäftsführer Pelzparadies Wyssbrod in Zürich, die Gastronomen Sascha Manz und Mischa Manz aus der «Hotel St. Gotthard»-



Grossartige Geste: Exklusives vom Grill.

Dynastie, Künstler und Unternehmer Dieter Meier, TV-Star Kiki Maeder (die «kleine Schwester» von Nico Maeder), Ex-Miss-Schweiz Dominique Rinderknecht.

Die wichtigste Sammlung lateinamerikanischer Kunst in Europa wurde von Kunsthändler Thomas Ammann und Kunstliebhaber Alexander Schmidheiny geschaffen. Unter dem Namen Daros Collection fand sie – nach dem Ableben der beiden Sammler – auf dem Löwenbräu-Areal in Zürich ihre Ausstellungsstätte. Das Privatmuseum wurde Ende 2011 geschlossen. Mäzenin Ruth Schmidheiny, die Ex-Frau von Stephan Schmidheiny (dem Bruder von Alexander Schmidheiny), gab der Sammlung einen neuen Standort: In Rio de Janeiro kaufte sie ein verlassenes Waisenhaus, liess es restaurieren, und im März 2013 zog die Sammlung ins Museum Casa Daros auf einem 12 000 Quadratmeter grossen Grundstück im Stadtteil Botafogo ein. Mit einer Museumsfläche von 3000 Quadratmetern war es ein voller Erfolg bei Publikum und Presse. Trotzdem: Im Dezember 2015 wird die Casa Daros geschlossen. Ein Entscheid, für den die Mäzenin in der brasilianischen Presse kritisiert wird. Man bedauert, dass «eine Institution, die so gut funktioniert», schliesst.

Der deutsche Kunsthistoriker Hans-Michael Herzog war Mitbegründer des Museums, half bei der Erweiterung der Sammlung und ist Kurator. Zwischen ihm und Ruth Schmidheiny soll es zum Zerwürfnis gekommen sein. Die Führung der Casa Daros war aufwendig und nervenaufreibend. Es gab keinerlei Unterstützung von der brasilianischen Politik, geschwe-



Zerwürfnis: Schmidheiny, Herzog.

ge denn Subventionen. Zu den hohen Kosten für Transport und Einfuhr der Kunstwerke aus der Schweiz kam als Hürde noch die brasilianische Bürokratie beim Zoll. Eugenio Valdes Figueroa, der in leitender Funktion tätig war, hat Rio de Janeiro bereits verlassen und arbeitet jetzt für die Collection Cisneros in Miami.

Die Pacht für das «Zunfthaus zur Rüden» (Stube der Gesellschaft zur Constaffel) wurde neu vergeben: an Giovanni Pecoraro und seine Frau Tami, zurzeit am Vierwaldstättersee im Seminarhotel «Rotschuo» in Gersau.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Allein zu zweit

Die Suche nach den Gründen, warum ihr Partner, der Finanzspezialist Gavin Bentley, 48, anders ist als alle anderen Männer, belastete Katrin Bentley-Widmer, 55, jahrelang. (Teil 1)



«System für jede Handlung»: Bentley-Widmer.

Katrin: Der Antrag fiel etwas karg aus, aber das fand ich damals charmant. Keine Blumen, keine Romantik, kein Kuss. Gavin fragte nach wenigen Monaten einfach: «Willst du mich heiraten?», und ich sagte: «Ja.» Das war vor 27 Jahren. Wir waren sehr verliebt. Ich blieb in Australien und war glücklich. Allerdings nicht für lange Zeit, denn Gavin verhielt sich in meinen Augen manchmal seltsam, legte eine exzessive Sparsamkeit an den Tag, verweigerte eine konstruktive Diskussion und regte sich über Kleinigkeiten unglaublich auf. Aber das war nur der Anfang.

Gavin: Was Glückseligkeit bedeutet, weiss ich nicht, aber geht das anderen Menschen nicht auch so? Das Gefühl der Zufriedenheit stellt sich bei mir ein, wenn ich ein Ziel erreiche und Erfolg habe. Auch können tausend Menschen um mich herum sein, ich fühle mich trotzdem allein. Ist das schlimm? Nein, ich finde nicht. So, wie ich bin, fühle ich mich nicht abnormal.

Katrin: Im Alltag hatte er für jede Handlung ein System, und unermüdlich waren seine Versuche, mir beizubringen, wie man einen Toast richtig mit Butter beschmiert, die Badehosen korrekt aufhängt oder das Besteck richtig ordnet.

Gavin: Erst viel später wurde die Diagnose Asperger-Syndrom gestellt. Es ist aber falsch, alle Beziehungsprobleme dem Syndrom zuzuschreiben. Es gibt und gab bei uns auch viele andere Faktoren, die für quasi normale Schwierigkeiten sorgten: die unterschiedliche Kultur und die Sprache oder der Umgang mit dem Geld.

Katrin: Augenkontakt oder Berührungen mag er nicht. Akustische und optische Ein-

«Augenkontakt oder Berührungen mag er nicht.»

flüsse stressen ihn extrem. Er konnte ununterbrochen referieren, sich aber auch tagelang komplett zurückziehen.

Gavin: Ich versuche, andere emotional zu unterstützen, und glaube, ich bin gut darin. Das Feedback meiner Mitmenschen zeigt mir allerdings, dass dies offenbar nicht ganz der Fall ist.

Katrin: Einmal kam er nach Hause und sagte: «Ich habe eine andere Frau geküsst.» Ich war völlig überrascht. Unsere Diskussion endete mit einem in seinen Augen gerechten Entschluss: «Du darfst auch fremde Männer küssen, wenn du willst.» Diese Episode war schnell erledigt.

Gavin: Dass mir meine Frau und die Kinder wichtig sind, versuche ich zu zeigen, indem ich ihnen gebe, was ich zu bieten habe: So kann ich zum Beispiel Fähigkeiten vermitteln, finanzielle Sicherheit bieten und schöne Ferien planen.

Katrin: Seine Loyalität mir und der Familie gegenüber haben dazu beigetragen, dass ich nie aufgab und immer an unsere Beziehung glaubte.

Katrin Bentley-Widmer: Allein zu zweit – Mein Mann, das Asperger-Syndrom und ich. Wörterseh. 224 S., Fr. 36.90

Protokoll: Franziska K. Müller

Mehr Steuern

Von *Andreas Thiel* — Für die Steuerbehörde wäre alles einfacher.



Leuthard: Warum schreibst du immer so schlecht über die Politik? Wir leben doch hier im Paradies.

Thiel: Alle wissen, dass wir hier im Paradies leben. Ihr Sozialisten glaubt jedoch, dieses Paradies müsse noch gründlich durchreguliert werden, bevor es perfekt ist, während wir Bürgerlichen befürchten, dass gerade diese Regulierung das Paradies zur Hölle macht.

Leuthard: Ich bin keine Sozialistin, ich bin bürgerlich.

Thiel: Und dann glauben einige von euch Sozialisten auch noch, sie seien bürgerlich.

Leuthard: Aber gerade das neue Radio- und Fernsehgesetz würde doch alles vereinfachen.

Thiel: Das stimmt insofern, als dass es für den Staat einfacher würde, die Gebühren zu erhöhen und die Steuerzahler auszunehmen. Nur das Abzocken der Bürger würde einfacher. Geradeso gut könntest du verkünden: «Es würde die Arbeit der Steuerbehörde ungemein vereinfachen, wenn die Steuerzahler auf Abzüge verzichten würden. Ein weiterer positiver Effekt dieser Vereinfachung wäre, dass mehr Geld in die Staatskasse gespült würde.» Und dann würdest du auch noch behaupten, dass von dieser Vereinfachung nicht zuletzt die Steuerzahler profitieren würden, weil auch sie weniger rechnen müssten. Aber von Steuern und Gebühren profitieren immer nur jene, die vom Steuergeld leben, und das sind nicht jene, die die Staatskasse füllen, sondern jene, die sie leeren. Und das sind Politiker, Staatsangestellte, Sozialhilfe-, Stipendien- und Subventionsempfänger sowie sämtliche Angestellte staatsnaher Betriebe.

Leuthard: Du tust wirklich so, als lebten wir in der Hölle.

Thiel: Für euch Gebühreneintreiber ist es natürlich das Paradies.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Die Untraube

Von Peter Rüedi



Dies ist eine Flasche für vorurteilsresistente Weintrinker. Sie heisst «Buio Buio» (sehr, sehr dunkel), und tatsächlich könnten wir Schillers Wallensteins Tod abwandeln zitieren: «Nacht muss es sein, wo Carignanos Sterne strahlen.» Der reinsortige Carignano del Sulcis kommt aus dem Südwesten Sardiens, wo sich der Werber Gavino Sanna in S. Anna Arresi seinen Traum von einem Weingut erfüllt hat. Sein Weisser mit dem Namen «Opale» war kürzlich an dieser Stelle zu feiern (*Weltwoche* Nr. 9/15). Einen guten sardischen Vermentino kriegt einer allerdings bald einmal hin. Mit der Sorte Carignan steht er vor anderen Herausforderungen. Wer sich eine Ahnung verschaffen will, schlage das «Oxford Weinlexikon» von Jancis Robinson auf. Beim Stichwort Carignan verfällt das ansonsten um Sachlichkeit bemühte Handbuch schon mit dem ersten Satz in den Tonfall einer alttestamentarischen Verfluchung: «Spät reifende dunkle Traubensorte, die man auch die Plage des europäischen Weinbaus nennen könnte.» Die sehr wuchskräftige, zudem für falschen und echten Mehltau und Wurmbefall empfindliche Carignan habe in den sechziger Jahren als Verschnittersatz für Algerier «den Midi überschwemmt» und sei in den Achtzigern im Rahmen der Bemühungen der EU gegen Massenproduktion als «unangebrachte Sorte» «zu Recht» breit gerodet worden. Und so fort. Die Carignan, eine Untraube. Nach Sardinien kam sie dank der langen Zugehörigkeit der Insel zu Aragón, und immerhin lässt da Robinsons Nachschlagewerk etwas Milde walten. Zumal im Sulcis zeitige sie «starke und gelegentlich recht erfreuliche Rot- und Roséweine». Nichts, was man haben muss, sage ich mir also beim Öffnen von Sannas «Buio Buio» und schlucke nach dem ersten Schlürfer erst einmal leer. Dies ist das Gegenteil aller Verwünschungen, die wunderbare Verwandlung einer Weinplage in eine kraftvolle, austarierte, balsamisch-aromatische Offenbarung mit gezügelten Tanninen und guter Säure. Nicht gerade, was man einen Damenwein nennt. Dafür aber frisch, besonders, charaktervoll. Anders als alle andern.

Mesa: Isola dei Nuraghi IGT Buio Buio 2011.
Carignano del Sulcis. 14%. Hofer, Zürich. Fr. 24.50.
www.hoferweine.ch

Gerichte und Geschichten

Elena Arzak gehört zu den besten Köchinnen der Welt. Auf Besuch in San Sebastian, versteht man schnell, warum. Von David Schnapp



Am Gaumen bekommt alles einen tieferen Sinn: Elena Arzak.

Ortstermin in San Sebastian, kulinarisch eine der interessantesten Städte Europas. Hier begann 1975 die baskische Küchenrevolution, angezettelt von Juan Mari Arzak und Pedro Subijana. Hier steht mit Juan Maris Tochter Elena, 45, eine der besten Köchinnen der Welt in der Verantwortung. Sie arbeitet im Tandem mit ihrem Vater, erzählt sie vor dem Essen. Der ist gerade nicht da, er nimmt in den USA einen Preis für sein Lebenswerk entgegen.

Elena Arzak, Absolventin der Hotelfachschule Luzern, ist eine aufmerksame Gastgeberin. Während des Mittagessens erscheint sie immer wieder am Tisch, fragt und erklärt. Das macht sie übrigens in gutem Deutsch. Und sie macht es, weil fast alle Arzak-Gerichte eine Geschichte haben. Der lauwarmer, leicht exotisch gewürzte Hummer läuft unter dem Titel «Meer und Garten» und liegt auf einem Bildschirm, auf dem in einer Endlosschleife das Meer dem Ufer entgegenbrandet. Das Bild steht für die Stadt am Meer, das Gericht verbindet das grillierte Krustentier mit einem knusprigen falschen Seestern, dazu gibt es mit Holzkohlenöl aromatisierte Zucchini und eine Lauchcreme.

Oder die Angulas, kleine, fingerlange Aale, kaum dicker als Spaghetti: Sie kündigt Elena Arzak dann als «typisches baskisches Gericht» an. Die Glasaale werden traditionell mit viel Knoblauch und Petersilie grilliert, im Dreiersternelokal macht man das subtiler. Die Miniatur-

fische werden in einer Pfanne über offenem Feuer gebraten, mit etwas Petersilie gemischt und auf ein knuspriges Gebäck gelegt, worin der Knoblauch eingearbeitet ist. Darauf liegt ein Cracker aus Codium-Algen, daneben zwei Rosenkohlblätter, vier Granatapfelkerne sowie Blumenkohl- und Broccoli-Fragmente. Die leichte Säure und die Kohlnoten hellen das Geschmacksbild auf; was zufällig aussieht, bekommt am Gaumen einen tieferen Sinn.

Hirsch im Lotusblatt

Die vielleicht beste Geschichte und das beste Gericht an diesem Tag sind die in Lotusblättern gegarten Hirsch- und Rehrücken. Das Garen in Blättern soll daran erinnern, dass der Mensch sich einst von dem ernährt hat, was er im Wald fand. Das Fleisch wird kurz gebraten und zieht dann, in Blätter eingewickelt, vor sich hin. Es ist phänomenal zart und erhält in der Kombination mit einer Sauce aus Lotuswurzel, Zitronengras und Kaffirlimettenblättern eine fernöstliche Note, die ihm sehr gut steht. «Jedes Gericht schmeckt auch ohne Geschichte», sagt Arzak. Aber die Gerichte, jedes davon aussergewöhnlich, bekommen dadurch einen tieferen Zauber.

Arzak: Avda. Alcalde Jose Elosegui, 273,
20015 Donostia-San Sebastian. Tel. +34 943 278 465.
Sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf
www.dasfilet.ch



Auto

Kleiner Flaneur

Der neue Smart ist besser als der alte, bleibt angenehm handlich und wirft doch einige Fragen auf. *Von David Schnapp*

Der Smart für zwei («Fortwo») ist, obwohl ein Kleinwagen, eine Ikone des zeitgenössischen Automobilbaus. Aus der Idee von Nicolas Hayek für ein modernes, kleines und günstiges Stadtauto ist ein weltweiter Kassenschlager geworden. Auch wenn es am Ende nicht ganz nach Hayeks Wünschen lief, war der erste Smart von 1998 ein Ereignis.

An manche erste Male erinnert man sich gerade bei Autos besser, als einem lieb ist. Den ersten Smart lieh ich mir bei Mobility, um zu einem Autohändler zu fahren, wo ich beabsichtigte, einen Saab 9000 zu kaufen. Aller-

dings war ich nicht in der Lage, den Smart zu starten, das automatisierte Schaltgetriebe verlangte eine exakt einzuhaltende Abfolge von Manipulationen, was ohne Blick in die Bedienungsanleitung nicht zu schaffen war.

Der neue Smart Fortwo hat zum Glück ein ganz normales 5-Gang-Schaltgetriebe; Kuppelung drücken, Schlüssel drehen, läuft! Mit dem 3-Zylinder-Saugmotor ist der Smart gut ausgestattet, aber nicht übermotorisiert: 15,1 Sekunden vergehen, bis man 100 km/h erreicht, bei 151 km/h ist Schluss. Man wird deshalb weiterhin Smart-Fahrer mit angestrengtem Gesicht beziehungsweise durchgedrücktem Gaspedal auf der Überholspur zu sehen bekommen.

Dabei ist der Smart gemacht für das entspannte Flanieren durch die Stadt und übers Land. Weil er immer noch bloss 2,69 Meter lang ist, kann man ihn nach wie vor quer parkieren, der Wendekreis ist so wunderbar klein, dass man sich vorkommt wie ein Gabelstaplerfahrer und nur noch diesen Knauf am Lenkrad vermisst, um richtig schnell kurbeln zu können. Der Smart ist zwar kurz, aber breiter. Der Sitzkomfort wurde deutlich gesteigert, und auch

für Gepäck ist etwas mehr Platz, genau 40 Liter. Ausserdem wirkt der Zweisitzer bulliger und steht präserter auf der Strasse.

Und jetzt zum Preis

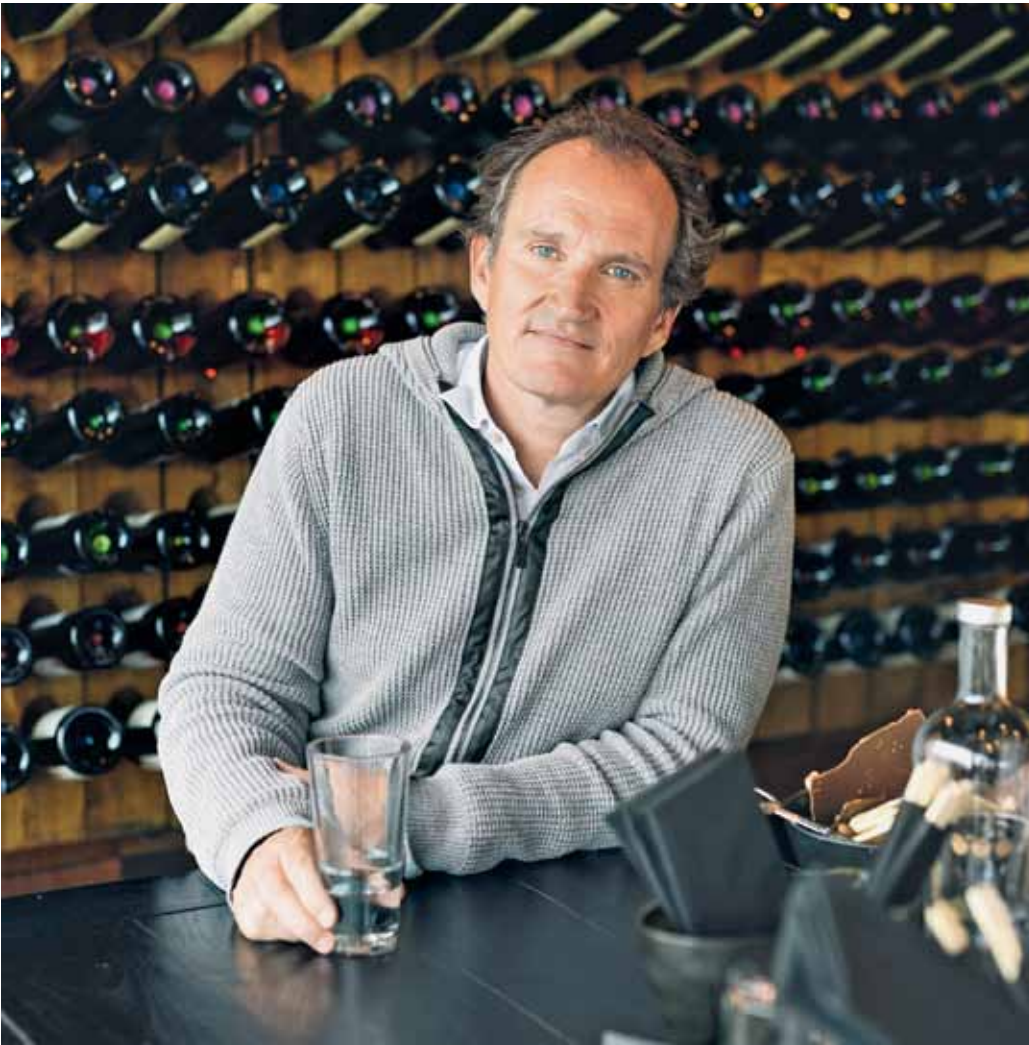
Mein Test-Smart wurde mit der Zusatzausstattung Edition #1 ausgerüstet: Für knapp 4000 Franken erhält man unter anderem schwarze 16-Zoll-Leichtmetallräder, eine modische Zweifarben-Lackierung in Weiss und Orange oder orangefarbene Stoffbezüge auf der Armaturentafel, die an atmungsaktive Funktionsbekleidung erinnern. Hier tauchen dann einige Fragen auf. Der Innenraum des Smarts ist zwar funktional, die Materialien aber wirken teilweise recht schlicht. Und das einfache Radio mit Bluetooth-Anbindung, USB-Schnittstelle und Connect-App ist zwar zeitgemäss vernetzt, aber die Bedienung wirkt eher gestrig. Hätte man das auch anders lösen können?

Damit sind wir bei einer weiteren, wichtigen Frage: Was kostet der Spass? Bei 61 PS nennt Smart einen Barkaufpreis von 10 593 Franken. Dann geht es schnell aufwärts, unser Testwagen mit 71 PS und in der Ausführung «Passion» kommt schon auf 16 400 Franken zu stehen und mit etwas Zusatzausstattung – selbst ein grösserer Tank mit 35 Liter Inhalt kostet 80 Franken mehr – ist man dann bei über 21 000 Franken. Das ist dann wohl der Preis für eine Ikone des Automobilbaus.

Smart Fortwo Passion

Leistung: 71 PS, Hubraum: 999 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 151 km/h
Preis: Fr. 16 400.–; Testwagen: Fr. 21 735.–





«Billig, wie sonst nirgendwo»: Gastronomieunternehmer Péclard, 46.

MvH trifft

Michel Péclard

Von Mark van Huisseling — Im Gegensatz zu vielen anderen Wirten, Pardon, «Gastronomen» hat er Erfolg und verdient Geld.

Andere Unternehmer klagen, sie verdienen zu wenig, oder geben auf. Du eröffnest neue Restaurants – was machst du anders und besser? – «Ich überleg' mir das oft auch. Ich unterrichte an der Hotelfachschule in Luzern und muss Studenten sagen: «Ihr seid mal fertig, macht einen Laden auf – und in der Schweiz, sagt man, macht man dann einen Gewinn von 0,3 Prozent. Oder minus...» Das kann doch nicht sein. Ich schau mich als Gast an, ich geh sehr persönlich ans Geschäft ran. Mich interessiert nicht, was im «Pauli» steht [«Lehrbuch der Küche», ein Standardwerk], ich such' einen Koch – stelle aber alles infrage. Und mache dann das, was die anderen nicht machen. Dieses Projekt hat sich, übrigens, Rolf Hiltl auch angeschaut und andere, und alle haben abgesagt [das Treffen fand statt in seinem neuen Restaurant im fünften Stock des Modissa-Geschäfts an der Bahnhofstrasse in Zürich, das offiziell keinen Namen hat; das Essen – Küche verschiedener asiatischer Länder

– schmeckte gut, ich empfehle das Lokal, ich war sein Gast]. Ich reise in der Welt *umenand* – und klaue. Die Stühle und Tische auf der Terrasse sind aus dem Hotel «Costes», Paris, und die Wände [in denen Weinflaschen stecken] hab ich in einem «Nobu» gesehen. Und ich arbeite mit Bühnenbildnern, nicht mit Architekten.»

Michel Péclard, 46, ist Gastronomieunternehmer in Zürich; er betreibt gegenwärtig acht Restaurants, darunter das «Coco» und die «Milchbar» beim Paradeplatz oder das «Péclard Schober» im Niederdorf. In der *Schweizer Familie* stand, er habe «frischen Wind in Zürichs Restaurantszene gebracht», für das Schweizer Fernsehen ist er ein «Star-Gastronom». Zurzeit hat er aber Sorgen mit dem «Fischers Fritz» auf dem Campingplatz Wollishofen am Zürichsee: Nachdem er es vier Jahre führte, rund eine Million Franken investierte (eigene Angabe) und es zu einem «weit über die Stadtgrenze hinaus bekannten Fischres-

taurant» machte (*Tages-Anzeiger*), soll es dieses Jahr nur eingeschränkt nutzbar sein, weil eine Bewilligung für ein Aussenzelt fehle, sagt der Sekretär des städtischen Hochbaudepartements. Péclard hat die Hotelfachschule gemacht, ist geschieden, Vater zweier Söhne und lebt wieder in Kilchberg, wo er aufwuchs.

«Wenn Journalisten über dich schreiben, steht oft «Trend- oder «Szene-Gastronom» – bist du happy mit den Titeln?» – «Überhaupt nicht. Für mich ist ein Szene-Gastronom einer, der was macht, was in zwei Jahren nicht mehr läuft. Ich mache bodenständige Küche, neu interpretiert. Und wir haben sozusagen keine Stundenlöhner angestellt, ich zahle überdurchschnittliche Löhne, lade das Kader nach Miami ein – das ist Marketing für die Firma.» – «Du hast acht Betriebe, in denen 170 Leute arbeiten – wie stellst du die Qualitätskontrolle sicher? Du kannst nicht mal jedes Lokal einmal am Tag besuchen...» – «Die Verantwortung für die Qualität hat der Geschäftsführer. Und das Büro macht mein Stellvertreter, der beteiligt ist. Ich glaub', Qualität in einem Betrieb bekommt man hin, wenn man seine Leute motiviert, Qualität zu liefern. Das ist mein Job.»

«Warum kostet ein Liter Wasser in Zürcher Restaurants zehn, elf Franken, in deinem «Rooftop» im Modissa-Haus neun Franken [es handelt sich um Wasser vom Hahn, mit *Blöötterli* oder ohne]?» – «Es wird mit einer Sodamaschine aufbereitet, das ist umweltfreundlicher. Ich gehe in Kur ins Ayurveda-Parkschlösschen in Deutschland, dort arbeitet einer der besten Köche für veganes Essen – er verdient 1800 Euro im Monat. Bei uns bekommt man keinen guten Küchenchef unter 8000 Franken. Und die Mieten, die wir zahlen – die müssen runterkommen.» – «Und ein günstiger Wein kostet in Zürich 59 Franken...» – «Definitiv zu teuer. Ich hab meinem Händler gesagt, ich will guten Wein – für sechs, sieben *Stutz* die Flasche. Er sagte: «Das geht nicht.» Wenn man mir sagt, «Geht nicht», fordert man mich heraus. Dann hab ich einen gefunden, wir hatten eine Weindegustation, Flaschen von hier bis dort [zeigt auf das Tischende], die günstigste Flasche war 1.20 Euro. Alles Franzosen, weil ich keinen Überseewein will, ich seh's nicht ein: Weshalb Wein aus Australien, wenn Frankreich und Italien mit den besten Weinen nebenan sind? Jetzt haben wir einen Sauvignon blanc von der Loire für 2.45 Euro, wir zahlen für die Flasche, bis sie bei uns in der Schweiz ist, fünf Franken. Und geben sie für 35 Franken. So günstig, wie man ihn sonst nirgendwo bekommt.» – «Was wirst du als Nächstes tun?» – «Erstens plan' ich momentan nichts, weil ich kein Geld mehr hab, haha. Und zweitens ist mein Plan seit langem, ein Hotel zu machen.»

Sein liebstes Restaurant: «Der Innenhof des Hotels «Costes», aber nur der Innenhof, drinnen ist es zu theatralisch.» Hotel «Costes», «Terrasse», 239–241 rue St.-Honoré, Paris, Tel. +33 1 42 44 50 00

1		2		3	4		5	6		7		8	9	10
				11								12		
13	14		15				16		17		18			
19					20									
			21							22				
23		24						25						
26					27						28		29	
30				31				32		33				
34				35				36				37		38
39								40				41		
				42						43				
	44							45				46		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Märchenhaft: Wenn Engel Pflanzen giessen

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Auf Überstrapazierung folgende Splitterung - zum Haareausreißen! 5 Bei Arztromanen ist sie klar weiblich. 11 Eine der Hauptinseln, auf Hawaii dabei. 12 Knapp und klar: deutsch, Film, Universum. 13 Rheinland-pfälzische Burg, karibische Hauptstadt. 16 *Vom Winde verweht* ist eines. 19 Schon ein Grund, doch beschränkt. 20 Sie haben eine Schichtung, so der Geologe. 21 Leistet erleuchtende Dienste. 22 Im Seeland städtischer Schwerpunkt. 23 Nach oben geht's bestimmt. 25 Dem Botaniker gefällt der Tiger nur mit ihr. 26 Sizilien: einst Königsstadt mit Blick Richtung Nordafrika. 27 Wanne für intime Wonne. 28 Ein Baum, für Dichter Walt Whitman war es dies. 30 Unter Dach und Fach gebracht - na also. 32 Bergspitze: passt zu Aneto (Pyrenäen). 34 Aventuriers, mit Venturo und Delon: Da fehlt doch was. 35 Die aus dem Serail gibt's leider auch real. 39 Familie: römisch, historisch, teils päpstlich und fürstlich. 40 An dem Abend in Locarno wurde einiges verdreht. 41 Gewesen - und so warten die Franzosen auf den nächsten. 42 Sieht man das Ganze umgekehrt, spricht man vom Körper einer Zelle. 43 Schweizer: passt zu Josef (Komponist) und Simon (Kabarettist). 44 Ungewöhnlich, gerade auch räumlich betrachtet. 45 Übereinstimmung von Jogurt und Polster. 46 Er fehlt bei den Fussballern aus Mailand.

Senkrecht — 1 Album «4» besagt hier, dass es von ihr ist. 2 Wirklich ein schlaffes Tautstück, und somit nicht fest haftend. 3 So ist es dann durch reelle Zahlen bestimmt. 4 Die dumme wühlt nicht gern im Dreck. 5 Erhabene Figur auf Schmuckstein. 6 Noten reichen nicht, es braucht auch eine Stimme. 7 Eisenzeitlicher Stammesverband bei der Jordansenke. 8 Es kann lange dauern, die Fans freuts. 9 Auf den Neuen Hebriden auch als Île Vate bekannt. 10 Das Blättchen finden wir bei Blätterpilzen. 14 Das Volk reihte in Vorderasien vor 4000 Jahren Erfolg an Erfolg. 15 Im Wilden Westen einst Ort des Lasters, munkelt man. 17 Eingrenzen kann man auch so. 18 Komplementärbegriff ist der Kreditor. 20 Etwas zwischen Bruchsand und Schotter. 23 Im Ganzen gesehen ist solches Denken pauschal. 24 Er macht es zu einer kriminellen Handlung. 25 Schoggihasen sind für Schleckermäuler, doch wir mögen besser Echte Hasen. 27 Sie gehen uns alle an, diese kaum mehr beachteten Regeln. 29 Einbringen von Dingen, die Genuss bringen. 31 Mit ihm konnte man in fränkischer Zeit bar bezahlen. 33 Frank Herberts *Wüstenplanet*: Paul Atreides Konkubine. 36 Ausgelassene Alternative zum grauen Alltag. 37 Maurer, der es mit seinem Handwerk weit gebracht hat. 38 Ein langer, biegsamer Stock mit abgeschnittenem Ende.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 417

M	A	S	I	M	S	E	P	A	U	S	E		
O	R	N	A	T	N	O	M	B	B	R	A	S	
P	L	T	R	O	L	L	U	M	S	T	I	R	N
S	A	I	T	E	M	P	E	G	E	S	R	A	
G	A	R	I	E	U	N	I	E					
S	A	M	U	E	L	F	R	O	L	F	O		
B	N	I	D	T	R	I	B	U	T	R	G	B	
A	M	T	I	A	R	A	A	L	O	R	S		
S	T	I	L	S	E	N	N	A	E	T	A	T	
O	R	K	A	N	T	T	R	O	T	T	E		
N	A	R	K	O	T	I	K	U	M	Z	E	T	A
B	Y	T	E	N	B	S	T	E	E				

Waagrecht — 3 SIMSE 7 PAUSE 12 ORNAT 15 NOME (früher Region, heute Stadt in Alaska) 16 (Wonder-)BRAS (man: engl. f. Mann) 17 PET-ROLEUM 18 STIRN 19 SAITE 20 MPEG 22 ESRA 23 ARIE 25 UNI 27 SAMUEL 30 ROLF 33 ENID 34 TRIBUT 37 RGB (steht f. Rot, Grün, Bau) 39 TIARA 40 ALORS 42 STIL 45 SENNA 47 ETAT (umgekehrt: Tate-n) 48 ORKAN (Mike: Orkan im März 2015) 50 TROTTE (schweiz. f. Weinkelter) 51 NARKOTIKUM 52 ZETA 53 BYTE 54 ESTEE (Estée Lauder, Gründerin des Kosmetik-Unternehmens)

Senkrecht — 1 MOPS 2 ANTI 3 STOERE 4 MNE-ME (Muse der Erinnerung) 5 SOUP (engl. f. Suppe: Campbell's Soup) 6 EMME 8 ABTEIL 9 (Leon) URIS (sein berühmtes Buch: *Exodus*) 10 SARRE (dt. Saar) 11 ESNA (ägypt. Stadt) 13 REAGAN 14 ARTAUD (Antonin, Theaterregisseur u.v.a.) 21 GURU 24 ILTIS 26 NOTA (it. f. Bemerkung) 27 SEASON (engl. f. würzen, Jahreszeit) 28 MIMIKRY 29 FIRN 31 FROTTEE 32 OBST 35 RAETIN 36 BANTU 38 GRAETE 41 LETZT 43 TRAB 44 LAKT (Best.wort im Zusammenhang mit Milch) 46 ARME 49 NOE (nuclear Overhauser effect)

Lösungswort — **PERSONALIEN**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

Bleiben Sie verbunden über den Wolken

Profitieren Sie von unserem kostenlosen WLAN auf
den meisten A380 und ausgewählten Boeing 777 Flügen.



Hello Tomorrow 

Über 2'000 Unterhaltungskanäle ♦ Gourmet-Küche